

RotFuchs

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Griff zur Weltmacht

Am 13. Februar eröffnete Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) die sogenannte Münchener Sicherheitskonferenz mit einer wochenlang erarbeiteten Grundsatzrede zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Er stellte darin ein „Programm der Freiheit“ in vier Punkten vor, in dem das weltpolitische Programm des heutigen deutschen Imperialismus enthalten ist. Sein Hauptpunkt: Militärische Stärke als Voraussetzung für einen neuen Griff zur Weltmacht.

Die Rede kann historisch genannt werden – im negativen Sinn. Sie setzt mit unverfrorener Offenheit die Kriegsziele des deutschen Imperialismus wieder auf die Tagesordnung. Ihre Fundamente sind dieselbe Arroganz und Realitätsverweigerung, die zur Anzettelung des Ersten und des Zweiten Weltkrieges führten.

Merz konnte direkt an seine Amtsvorgänger seit der Beseitigung der DDR anknüpfen. Was etwa Helmut Kohl in seiner ersten Regierungserklärung nach dem Anschluß der DDR am 30. Januar 1991 im Bundestag ankündigte, nimmt mit der Merz-Rede Gestalt an. Kohl sagte vor 35 Jahren: „Mit der Wiedergewinnung der vollen Souveränität wächst uns Deutschen nicht nur mehr Handlungsfreiheit, sondern auch mehr Verantwortung zu. So sehen es auch unsere Partner in der Welt. Sie erwarten vom vereinten Deutschland, daß es dieser neuen Rolle gerecht wird.“ Was das bedeutete, sagte er noch nicht wie Merz im Klartext. So behauptete Kohl zum Beispiel allen Ernstes zu den von ihm und dem damaligen Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) maßgeblich angestifteten Kriegen, die zur Auflösung Jugoslawiens führten: „Bereits jetzt leisten wir einen erheblichen Beitrag zur Stabilität in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Dieses Engagement – man kann es nicht oft genug sagen – liegt im gemeinsamen westlichen Interesse.“ Das sah man selbst in Washington anders: Es lag vor allem im Interesse Deutschlands, diese Regionen zum eigenen Hinterhof zu erklären.

Damals war die Tinte unter dem Zwei-plus-Vier-Vertrag noch nicht trocken. Dessen Artikel zwei enthielt den Satz: „Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird.“ Keine Bundesregierung hat sich seither daran gehalten – siehe den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 und die folgenden gegen Afghanistan, den Irak, Libyen, Westafrika und schließlich den in der Ukraine seit dem nationalistischen und faschistischen Putsch von 2014.

Mit den vier Punkten des Merz-Programms der Freiheit ist eine neue Stufe imperialistischer Kriegsdrohung erreicht. Die Punkte lauten: „Erstens. Wir stärken uns militärisch, politisch, wirtschaftlich und technologisch.“ Dabei steht die militärische Stärke ganz oben. Etwas vor schnell feierte Merz in München bereits seine Erfolge als Kriegsherr: „Wir haben Moskau ungeahnte Verluste und Kosten aufgezwungen. Wenn Moskau endlich einem Frieden zustimmt, dann auch deshalb. Das ist Ausdruck europäischer Selbstbehauptung.“ Er fügte hinzu, Rußland müsse „wirtschaftlich und militärisch erschöpft“ werden. Und wiederholte, die Bundeswehr solle „schnellstmöglich zur stärksten konventionellen Armee Europas“ gemacht werden – einschließlich „Reform des Wehrdienstes“, also Wehrpflicht.

Punkt zwei: „Wir stärken Europa“, also Westeuropa. Dazu gehört: „Ich habe mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron erste Gespräche über europäische nukleare Abschreckung aufgenommen.“ An die rechtlichen Verpflichtungen Deutschlands „werden wir uns halten“. Vermutlich so wie beim Zwei-plus-Vier-Vertrag. Drittens soll eine „neue transatlantische Partnerschaft“ begründet werden, die „handfest“ sein müsse, „nicht esoterisch“, d. h. eine Konfrontation mit den USA nicht ausgeschlossen. Denn die „übermäßige Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten“ ließen „wir“ jetzt „hinter uns“. Und schließlich,

viertens, gehe es um „ein starkes Netz globaler Partnerschaften“. Eine „Schlüsselrolle“ spielten „Kanada und Japan, die Türkei, Indien, Brasilien und auch Südafrika, die Golfstaaten und andere“. Anders gesagt: Spaltung von BRICS und des globalen Südens insgesamt.

In der Vergangenheit führten die Politiker und Generäle des deutschen Imperialismus mit Zweifrontenkriegen in den Untergang. Merz will mit drei Großmächten kämpfen – den USA, Rußland und China. Kommentar überflüssig.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Zur Geschichte der USA	2
Völkerrecht war gestern	4
Internationale Solidarität mit Kuba	6
Venezuela: „Wir kämpfen gemeinsam und wir werden siegen!“	7
Der Ukraine-Konflikt zwischen Patt, Eskalation und Beendigung	8
Chinareise bildet	11
Krieg und Hegemoniefrage	13
Staatsorgane unter Artenschutz	15
Und sie träumen von der Bombe	16
Wehrdienst verfassungswidrig?	17
Zur Strategie der Friedensbewegung	18
Frauentag als Friedenstag	20
Zurück zu Marx heißt: Vorwärts mit Lenin!	21
Der Humanismus im Werk Maxim Gorkis (RF-Archiv)	23
Junkerland in Bauernhand	25
Zum 70. Jahrestag der Gründung der NVA	27
Zum 80. Geburtstag der FDJ	29
Leserbriefe	33

Von Märchen, Mythen und wirklich wahrer Geschichte

Oder wie man sich ein Reich zusammenstiehlt und – kauft

Das Wort Menschenrechte scheint eine Erfindung guter US-amerikanischer Politiker zu sein, und alle Länder dieser Welt sollten so schnell wie möglich diesen american way of life anstreben, um die Menschen in ihren Ländern glücklich zu machen. Allerdings ist es wie immer bei etwas Gutem, es gibt ein paar Verstockte, die partout keine Einsicht zeigen wollen. Jüngstes Beispiel sind die Grönländer. Gut, es sind nur knapp mehr als 50 000 von fast acht Milliarden, und doch wollen sie sich weder erobern noch kaufen lassen und entgehen damit der Möglichkeit, sich Gottes Reich auf Erden anzuschließen. Vielleicht hat es ja auch nur damit zu tun, daß sie sich von ein paar TV-Bildern, die US-ICE-Beamte bei der Arbeit für Freiheit und Wohlstand der USA sowie der optischen Ähnlichkeit der gejagten „Chicanos“ mit den Inuit auf Grönland haben, beeindrucken lassen. Im übrigen gehört Grönland mit derselben Berechtigung heute zu Dänemark wie Deutsch-Südwest-Afrika zur Bundesrepublik. Denn schon um die Zeit der Geburt des Propheten Mohammed (um 550) kamen aus Gebieten, die im heutigen Kanada liegen, frühere Eskimos (heute Inuit) nach Grönland und siedelten dort. Etwa um die Zeit, als Papst Johannes IX. stirbt (900), machen sich Nordmänner (und natürlich auch Frauen) massenhaft auf den Weg, neue, bessere Wohngegenden zu erkunden. Die einen gelangen nach Nordfrankreich (Normandie), andere wiederum nach Nordostengland (Angeln und Sachsen) und verprügeln die Einheimischen, um sich später mit ihnen zu assimilieren, und noch andere landen auf der riesigen Insel, der sie den Namen Grönland verpassen. So richtig zu Dänemark kam die Insel aber erst durch den norwegischen Pastor Hans Egede, der im Auftrag des dänischen Königs die auf Grönland Lebenden missioniert und die Insel so dem dänischen Königreich zuführt. Die Geschichte aber jenen Landes, dessen orange-blondes Staatsoberhaupt sich aktuell einverleiben will, egal ob gekauft oder mit Gewalt, ist ja auch keine Geschichte von Gänseblümchen pflückenden Philanthropen (Menschenfreunden). Auch hier geht man davon aus, daß die ersten Europäer auf dem nordamerikanischen Kontinent jene segelfreudigen Nordmänner (wieder nebst Frauen, sonst hätten sie sich ja nicht vermehren können) waren, die auf dem Weg nach Island oder eben Grönland die Inseln verfehlt hätten und dann eben an den Küsten des heutigen Kanada landeten und blieben. Sie machten jedoch kein großes Aufsehen davon, so daß der 1492 auf Kuba gestrandete Italiener Christoph Columbus,

der im Auftrag des spanischen Königs den Seeweg nach Indien erkunden sollte (deswegen wurden aus den amerikanischen Ureinwohnern Indianer), als „Entdecker Amerikas“ in die Schul- und Geschichtsbücher geriet.

In den nächsten 300 Jahren hatten spanische und portugiesische Conquistadores (Eroberer) alle Hände voll zu tun, die Ureinwohner Mittel- und Südamerikas auf ein erträgliches zivilisatorisches Maß zu reduzieren, zu missionieren und jede Menge Beute nach Europa zu schaffen. Fehlende Arbeitskräfte, vor allem auf den Feldern, wurden durch Sklaven aus Afrika ersetzt. Im Norden hielten sich derweil Inuit und andere Indigene tapfer gegen ein paar tausend französische, holländische (schließlich hieß New York vorher Nieuw Amsterdam) und englische Siedler. Nordostamerika war in der Zwischenzeit französische und britische Kolonie geworden, natürlich ohne die einheimische Bevölkerung zu fragen. Wer ein wenig blutig-romantisches Zeitkolorit dazu benötigt, möge noch einmal die Lederstrumpferzählungen von James Fenimore Cooper lesen. Die Siedler gründeten Ortschaften, aus denen Städte wurden. Immer mehr Europäer kamen, auch, weil sie dadurch den miesen feudalen Verhältnissen mit Leibeigenschaft und rechtlicher Willkür in Europa entfliehen konnten. Die Neusiedler verdrängten einfach die einheimische Bevölkerung, doch in den walddreichen Gebieten des Nordostens war noch Platz für alle. Dieses Gebiet galt als britische Kolonie. Weiter im Norden und im Mittelwesten bis hinunter an den Golf hatten französische Siedler das Land für Frankreich in Besitz genommen, wir denken an Nouvelle Orleans. Ganz im Südwesten gründeten Nachkommen spanischer Eroberer Städte, wie Los Angeles oder San Francisco. Die dreizehn ostamerikanischen Kolonien, New Hampshire, Massachusetts, Rhode Island, Connecticut, New York, New Jersey, Pennsylvania, Delaware, Maryland, Virginia, North- und South Carolina sowie Georgia gerieten, auch wegen ihrer sich entwickelnden Wirtschaftskraft, immer stärker in Konflikt mit dem englischen Königshaus und begannen sich öffentlich zu widersetzen. Der Konflikt bestand auch mit der anglikanischen Staatskirche, einer nationalen Form eines abgemilderten Katholizismus, die vor allem der rückhaltlosen Unterstützung des englischen Königshauses und seines Imperiums dienen sollte und von Heinrich VIII. wegen seiner vielen mehr oder weniger gewaltsamen Trennungen von seinen Frauen erfunden

wurde. Dieser religiöse Konflikt führte zur Etablierung einer ganzen Reihe von Vereinigungen, man könnte auch im christlichen Sinne von Sekten reden, denen eins gemeinsam war, sich in irgendeiner Form auf das Alte oder das Neue Testament zu berufen. Es reichte jedenfalls dafür, sich schon Mitte des 18. Jahrhunderts beim Abschlagen von Indianern, ihren Frauen und Kindern, im moralischen Recht zu fühlen, wenn man die Ungläubigen mit Stumpf und Stiel ausrottete, quasi Gottes Werk tat.

Seit 1775 fanden ständig Scharmützel zwischen britischen Armeeeinheiten und Milizen nordamerikanischer Siedler statt. Schließlich trafen nach längerem Prozeß 1876 Vertreter von 13 östlichen Provinzen zusammen, erklärten sich für von Großbritannien unabhängig und gründeten eine Konföderation der Vereinigten Staaten von Amerika. 1781 kapitulieren die britischen Einheiten, und zwei Jahre danach wird auch ein Friedensvertrag mit Frankreich geschlossen. Eine erste Verfassung, die für alle zusammengeschlossenen Bundesstaaten gilt, kommt dann 1787. Von Dezember 1788 bis Januar 1789 finden die ersten Präsidentenwahlen statt, George Washington wird am 30. April 1789 erster Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Die USA sind nun ein Gebilde einiger ehemaliger Provinzen, die sich nun als Bundesstaaten zusammengeschlossen haben, um nach außen gemeinsam zu agieren. Das große, konstituierende Dokument ist hierbei zumindest im Selbstverständnis der US-Amerikaner, die Unabhängigkeitserklärung von 1776, in der u.a. erklärt wird: *„Wir halten die nachfolgenden Wahrheiten für klar an sich und keines Beweises bedürftig, nämlich: daß alle Menschen gleich geboren; daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt sind; daß zu diesen Leben, Freiheit und das Streben nach Glückseligkeit gehöre; daß, um diese Rechte zu sichern, Regierungen eingesetzt sein müssen, deren volle Gewalten von der Zustimmung der Regierten herkommen; daß zu jeder Zeit, wenn irgend eine Regierungsform zerstörend auf diese Endzwecke einwirkt, das Volk das Recht hat, jene zu ändern oder abzuschaffen, eine neue Regierung einzusetzen und diese auf solche Grundsätze zu gründen, und deren Gewalten in solcher Form zu ordnen, wie es ihm zu seiner Sicherheit und seinem Glück am zweckmäßigsten erscheint. - Klugheit zwar gebiete, schon lange bestehende Regierungen nicht um leichter und vorübergehender Ursachen willen zu ändern, und dieser gemäß hat alle Erfahrung gezeigt, daß die Menschheit geneigter ist, zu leiden, so lange Leiden*

zu ertragen sind, als sich selbst Rechte zu verschaffen, durch Vernichtung der Formen, an welche sie sich einmal gewöhnt. Wenn aber eine lange Reihe von Mißbräuchen und rechtswidrigen Ereignissen, welche unabänderlich den nämlichen Gegenstand verfolgen, die Absicht beweist, ein Volk dem absoluten Despotismus zu unterwerfen, so hat dieses das Recht, so ist es dessen Pflicht, eine solche Regierung umzustürzen, und neue Schutzwehren für seine künftige Sicherheit anzuordnen.“¹ Insbesondere mit dem letzten Abschnitt wird immer wieder begründet, warum für die USA Regimechange in anderen Ländern in ihrer Gründungs-DNS (heute wird oft der Begriff DNA benutzt, der ist jedoch nur die englische Schreibweise von Desoxyribonukleinsäure, denn Säure heißt auf Englisch Acid) angelegt ist. Zunächst jedoch, also in den folgenden etwas mehr als 100 Jahren, sollten sich diese Entwicklungen fast ausschließlich auf dem nordamerikanischen Kontinent vollziehen. In den nächsten Jahrzehnten passieren drei Dinge gleichzeitig. Die USA dehnen sich aus, vor allem nach Westen. Es werden neue Länder gegründet und den USA beigetreten oder bestehende Strukturen, z. B. im Süden und Südwesten, werden erobert oder auch hier und da gekauft, von anderen unrechtmäßigen Eigentümern, denn die indigene Bevölkerung wird entweder mit Schwindelverträgen hereingelegt oder die Verträge gleich gebrochen. Die meisten Indigenen werden in den nächsten 100 Jahren vertrieben, abgeschlachtet und der Rest in sogenannte Reservate abgeschoben. Auch die seit Jahrzehnten zu tausenden ins Land geschafften Afrikaner, die vor allem als Sklaven auf den riesigen Feldern des Südens schufteten, waren nur „sprechende Werkzeuge“. So kam als dritte Sache neben Landnahme West, Vertreibung und physische Dezimierung der Ureinwohner eine signifikant werdende unterschiedliche wirtschaftliche Ausrichtung zwischen Süd- und Nordstaaten hinzu. Im Süden boten das Klima und der Boden Möglichkeiten, üppig Feldwirtschaft zu betreiben. Baumwolle und Tabak wurden neben Lebensmitteln Hauptanbauprodukte. Der Norden setzte auf zunehmende Industrialisierung. Daraus erwuchsen auch unterschiedliche Interessen mit den Produzenten, und da rede ich nicht von den dickbäuchigen Besitzern von Farmen und Fabriken, sondern von denen, die auf den Feldern oder Fabriken schufteten. Im Süden herrschten mit der Verwendung von abertausenden Arbeitssklaven eher feudale Produktionsbedingungen. Der Norden benötigte für seine Fabriken den „doppelt freien Lohnarbeiter“, wie Marx es nannte. Während im Süden die Produzenten als Sklaven der persönliche Besitz der Landlords waren, die man zwar (fast) nach

Belieben auspeitschen oder töten durfte, um die man sich aber, wie auch um den anderen Besitz, ständig kümmern mußte, Unterkunft, Nahrung usw. Dem Fabrikanten des Nordens war es völlig egal, wo und wie seine Produzenten lebten. Sie hatten täglich in seinen Produktionsanlagen zu schuften und bekamen dafür einen Bruchteil des Wertes ihrer verausgabten Ware Arbeitskraft bezahlt. Um Unterkunft und Nahrung hatten sie sich gefälligst selbst zu kümmern. Das heißt, daß auch ihnen die billigen schwarzen Arbeitskräfte sehr willkommen waren – aber eben nicht als Sklaven. Im Grunde hatten sie nichts gegen die Sklaverei, „Hausneger“ waren auch im Norden tätig. Ob aber jemand sich als Haussklave verdingte oder als „freier“ Arbeiter in der Fabrik, war ihnen egal. Ehemalige Sklaven konnten also im Norden relativ frei leben, und die Behörden der nördlichen Staaten unterstützten die Südstaatler nicht bei der „Wiederbeschaffung ihres Eigentums“, also der Ex-Sklaven. Fortschrittlich denkende Weiße verbündeten sich mit freien Schwarzen im Kampf um die Abschaffung der Sklaverei in allen US-Staaten, sie nannten es Abolitionismus, herkommend vom lateinischen Wort abolitio, Abschaffung. Die Abolitionistenbewegung kam schon von Europa her, wo einige christliche Gruppen das Wort, daß alle Menschen vor dem „Herrn“ gleich sind, ernst genommen hatten. In den USA erstarkte die Bewegung besonders in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts. Schließlich führten die Süd- gegen die Nordstaaten von 1861 bis 1865 einen blutigen Bürgerkrieg, dessen wichtigstes Ergebnis die Abschaffung der Sklaverei in allen US-Bundesstaaten war. Kleine Volte der Geschichte: Die Abschaffung der Sklaverei führte nicht zur Abschaffung der gesetzlichen Ungleichheit zwischen Weißen und Farbigen. Im Gegenteil, um den unterlegenen Süden milde zu stimmen, wurden neue Gesetze geschaffen, um die Ungleichheit zu verschärfen und eine Vermischung der Ethnien unter Strafe zu stellen. Zweite Bemerkung dazu: Etwa zur gleichen Zeit, als die Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei erstarkte, gab es auch ein vorsichtiges Anwachsen einer Bewegung zur Gleichberechtigung der Frau. Frauen durften nicht wählen, kein eigenes Geld ohne männlichen Vormund verwalten, waren als Ehefrau dem Manne untertan und mußten ihm gehorchen. Ehebruch von Frauen wurde in einigen Gegenden noch drastisch bestraft, während Männer tun konnten, was sie wollten. So gab es in den 40er und 50er Jahren des 19. Jahrhunderts einige Bestrebungen, die Frauen- und Abolitionistenbewegungen zusammen kämpfen zu lassen. Doch es blieb damals, wie es auch heute noch oft bei einigen sich links Wählenden so ist, jeder macht sein Ding für sich. So wollten die meisten Frauen nichts mit „Negern“ zu tun haben, und viele Schwarze

und Weiße in der Abolitionistenbewegung fanden den Gedanken, daß Frauen gleich den Männern sein sollten, höchst absonderlich, wenn nicht sogar unchristlich. Im übrigen ging die Ausdehnung nach Westen weiter, Indianer wurden gemeuchelt oder in Reservate gesperrt, die kaum ein Überleben möglich machten. Die perfideste Art, den Prärieindianern den Lebensraum zu nehmen, war die ab Mitte des 19. Jahrhunderts staatlich geförderte Büffel- und Bisonjagd. Für die Felle wurden Prämien gezahlt, und mit dem Aufkommen von Repetiergewehren ging das Massenabschlachten noch leichter und schneller von der Hand. Schätzungen gehen davon aus, daß es auf dem Gebiet der heutigen USA ca. 30 Millionen Büffel gab. 100 Jahre später waren die Tiere fast ausgerottet.² Den Ureinwohnern war damit die wichtigste Nahrungsquelle genommen.

Die weitere Landnahme war dann oft sowohl kriegerisch als auch kaufmännisch. Der Krieg gegen Mexiko brachte große Teile New Mexikos, Utahs, Nevadas, Colorados und Wyomings zu den USA, weitere Teile wurden gekauft. Texas, ursprünglich auch mexikanisch, wurde zum Teil erobert und zum Teil gekauft. Der Süden Floridas wurde den Spaniern abgekauft, und schließlich haben die USA 1867 Alaska für 7,2 Millionen Dollar vom russischen Zaren, der nach dem Krimkrieg seine Kassen füllen mußte, gekauft. Wir sehen also, Landzukauf zum eigenen Nutzen liegt absolut in der DNS der USA. Zum Ende des 19. Jahrhunderts hatten sich die USA soweit innerlich, wirtschaftlich und militärisch gefestigt, um ihre imperialen Ansprüche nach außen zu tragen. Mit mehr oder weniger großen Flotten tauchte man vor fremden Küsten auf, erpreßte ganze Staaten, änderte Regierungen und machte sie wirtschaftlich abhängig. Und das geht bis heute so. Schauen wir uns also an, wie es mit Freiheit, Demokratie und Menschenrechten in den USA aussieht, müssen wir feststellen: Freiheit kann man haben, solange man nicht einem Mächtigeren in die Quere kommt, Demokratie heißt auch heute noch, je mehr Kohle, ich investiere, um so mehr habe ich mitzureden, und wie es um die ach so hehren Menschenrechte bestellt ist, kann man fast täglich beobachten, wenn die ICE-Beamten ihr Werk tun oder wieder ein schwarzer Querulant final ruhiggestellt wurde. Und bei all dem haben wir das Faß der dutzenden von Kriegen und extralegalen Tötungen auf der ganzen Welt noch nicht einmal aufgemacht. God bless America

PS: Auch in Grönland geht es um nix weiter, als sich den Zugriff auf die arktischen Bodenschätze zu sichern. Also MAGA (Make America Great Again)!

Uli Jeschke

¹ siehe <https://www.verfassungen.net/us/unabhaengigkeit76.htm>

² Siehe <https://www.fluter.de/native-americans-durch-bisonjagd-ausgerottet>

Gilt das Völkerrecht noch?

Beim US-amerikanischen Angriff auf Venezuela am 3. Januar 2026 handelte es sich um eine militärische Intervention US-amerikanischer Streitkräfte auf dem Territorium Venezuelas. Es war und ist ein Völkerrechtsbruch und ein Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen (Artikel 1): Gewaltverzicht und die Achtung des Grundsatzes der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker.

Bereits 2019 wollte Donald Trump Grönland übernehmen. 2025 bekräftigte er das Bestreben, Grönland in die USA einzugliedern. Dafür gibt es zwei wesentliche Gründe: Einerseits würde angeblich Grönland von Rußland und China bedroht. Diese Konstellation wäre eine reale Gefahr für die USA-Sicherheit. Andererseits wollen die USA den ungehinderten Zugriff zu Rohstoffen, seltenen Erden u.a.m., die unter dem grönländischen Eis liegen.

Nun haben Donald Trump, Präsident der USA, und Mark Rutte, NATO-Generalsekretär, einen „Grönland-Deal“ auf dem Weltwirtschaftsforum am 21. Januar 2026 verkündet. Demnach soll eine Neufassung des 1951 geschlossenen Verteidigungsabkommens zwischen Dänemark und den USA erarbeitet werden. Neben dem Ausbau von US/NATO-Stützpunkten wollen die USA bei der Investitionskontrolle für Grönland mitentscheiden. So wollen sie verhindern, daß konkurrierende Länder, wie „China oder Rußland“, sich Zugang zu Ressourcen auf Grönland sichern. Außerdem sollen sich die NATO-Partner stärker für die „Verteidigung und Sicherheit“ der Arktisregion engagieren.

Auf Grönland existiert gegenwärtig nur ein aktiver US-Stützpunkt, die Pituffik Space Base (ehemals Thule Air Base) im Nordwesten der Insel. Die Basis dient der Weltraumüberwachung und Raketenabwehr. Alle anderen früheren US-Militäreinrichtungen wurden geschlossen.

„Es ist ein Deal, mit dem alle sehr zufrieden sind“, schrieb US-Präsident Donald Trump auf seinem Kurznachrichtendienst Truth Social. „Es ist ein Deal für die Ewigkeit.“ Mark Rutte sagte dem US-Sender Fox News, in Gesprächen mit US-Präsident Donald Trump am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos sei man übereingekommen, daß man die Arktisregion gemeinsam schützen müsse.

Natürlich würden die USA aber auch ihre Gespräche mit Grönland und Dänemark fortsetzen, wenn es etwa darum gehe, einen Zugang Rußlands und Chinas zur Wirtschaft Grönlands zu verhindern.¹

In vorkolonialer Zeit lebten auf Grönland ausschließlich Inuit. Ab 1721 wurde das Land durch Dänemark-Norwegen kolonialisiert. Es fiel 1814 an Dänemark und ist immer noch eine Kolonie Dänemarks mit autonomen Rechten. Heute wird Grönland von einer Mischbevölkerung bewohnt.

Die „riesige“ Bevölkerung lebt entlang der Küste, hauptsächlich im Westen des Landes.



Die Pituffik Space Base der USA im Norden Grönlands (früher Thule Air Base)

Sie beträgt etwa 56 500 Einwohner. Das sind 0,026 Einwohner pro km². Unter den Grönländern gibt es eine starke Bewegung für eine vollständige Unabhängigkeit vom Königreich Dänemark, trotz wirtschaftlicher Abhängigkeit. Offensichtlich wurden und werden sie nicht gefragt, ob sie sich unter eine umfassende US- und NATO-Herrschaft begeben wollen. Bisher ist auch völlig unbekannt, daß sich Grönländer je von den Russen oder Chinesen bedroht fühlten oder fühlen.

Natürlich ist die Palette der Völkerrechtsbrüche breiter: Irak, Libyen, Syrien, Iran, Gaza, Sudan und jüngst Venezuela.

China und Rußland verurteilten die Verletzung der Souveränität Venezuelas entschieden. Beide haben das Land bisher in der wirtschaftlichen Entwicklung, die durch die US- und EU-Embargopolitik stark beeinträchtigt ist, unterstützt, denn die

Blockadepolitik der USA und der westeuropäischen Vasallen schädigten die venezolanische Wirtschaft, insbesondere die Erdölförderung – ein wichtiger Exportbereich – beträchtlich. Seit 2012 verzeichnet Venezuela einen starken Einbruch des BIP (372,59 Mrd. Dollar) auf 42,84 Mrd. US-Dollar (2020). Für 2025 wird das BIP auf 82,77 Mrd. US-Dollar geschätzt.²

Am 7. Mai 2025 unterzeichneten Wladimir Putin und Nicolás Maduro in Moskau einen umfassenden Vertrag über strategische Partnerschaft und Zusammenarbeit.

China reagierte auf die Absicht der USA,

alleinig den Zugriff auf das venezolanische Öl und Rohstoffe zu bekommen, um dessen Präsenz in Südamerika einzudämmen bzw. zurückzudrängen, mit harten Gegenmaßnahmen. Es setzte ohne vorherige Ankündigung am 4. Januar alle US-Dollartransaktionen für Unternehmen vorübergehend aus, die Verbindungen zum US-Rüstungs- und Verteidigungssektor haben. Ein weiterer Schritt war, daß China seine Verträge mit US-Raffinerien kündigte und Rohöl in den

globalen Süden (Indien, Brasilien, Südafrika u.a.) umleitete. China „optimierte“ seine operativen Frachtrouten. Diese Entscheidung beinhaltete die Meidung von US-Häfen. Das beeinflusst den Warenverkehr und die Lieferketten erheblich.

„Das Beeindruckendste an all diesen Maßnahmen war das ‚Timing‘: Die zeitgleiche Umsetzung löste einen Dominoeffekt aus, der die wirtschaftlichen Auswirkungen exponentiell verstärkte. Es war keine schrittweise Steigerung, sondern ein systemischer Schock, der darauf ausgerichtet war, die Reaktionsfähigkeit der USA auszuhebeln.“³

2 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/321115/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-von-venezuela/#:~:text=Table_content:%20header:%20%7C%20Merkmal%20%7C%20Bruttoinlandsprodukt%20in,%7C%20Bruttoinlandsprodukt%20in%20Milliarden%20US%2DDollar:%20115%2C88%20%7C

3 <https://dert.site/international/267700-entfuhrung-maduros-chinas-stille-harte-antwort-auf-washington/>

1 <https://www.tagesspiegel.de/internationales/trumps-wende-beim-wirtschaftsgipfel-was-uber-einen-möglichen-grönland-deal-bekannt-ist-15167186.html>

Peking bot „Brasilien, Indien, Südafrika, Iran, Türkei, Indonesien und 23 weiteren Ländern sofortige bevorzugte Handelsbedingungen für jedes Land an, das sich öffentlich dazu verpflichtete, keine venezolanische Regierung anzuerkennen, die durch die kriminelle Hand der USA an die Macht gelangen sollte. In weniger als 24 Stunden hatten 19 Länder das Angebot angenommen. Brasilien war das erste, gefolgt von Indien, Südafrika und Mexiko. Und das ist die praktische Verwirklichung der multipolaren Welt in Aktion. China hat eine sofortige Anti-US-Koalition unter Einsatz der Waffe der wirtschaftlichen Anreize erreicht.“⁴

Am 5. Januar kündigte China an, das chinesische grenzüberschreitende Interbanken-Zahlungssystem mit seiner operativen Kapazität zu erweitern. China biete somit an, das von Washington kontrollierte SWIFT-System zu umgehen. China hat offensichtlich eine voll

funktionsfähige Alternative zum westlichen Finanzsystem entwickelt und für die Welt bereitgestellt.

China hat auch angekündigt, vorübergehende Exportbeschränkungen für seltene Erden in alle jene Länder vorzunehmen, die die Entführung von Präsident Nicolás Maduro unterstützten. Das wird besonders Technologiekonzerne treffen, die auf chinesische Zulieferungen im Rahmen der Lieferketten angewiesen sind. Es handelt sich hierbei insbesondere um solche Konzerne wie Apple, Microsoft, Google, Intel etc.

Die Chinesen haben erstmalig umfassende asymmetrische Maßnahmen eingeleitet, die ohne militärische Gewalt Druck auf die USA ausüben. Wir können gespannt sein, welche Wirkung das auf die US-Außenpolitik haben wird.

Abschließend lassen sich eine Reihe von Merkmalen in der gegenwärtigen Zeit feststellen. Dazu gehört, daß immer größer werdende Monopole die Welt in Einflußbereiche und Märkte untereinander aufgeteilt haben. Deutlich wird erkennbar, daß zwischen ihnen und gegen andere „Mitspieler“

ein Kampf um die Neuauftellung der Welt stattfindet. Dabei geht es ebenfalls um eine neue territoriale Aufteilung der Welt unter dem Aspekt der Rohstoffsicherung, der Handelswege und der Absatzmärkte. Der Imperialismus ist bestrebt, den Zerfall der unipolaren Welt aufzuhalten. Hauptakteure in dem Kampf gegen eine unipolare und für eine multipolare Welt sind zwei Mächte – Rußland und China. Die Europäische Union mit den „Führungskräften“ Deutsche Bundesrepublik und Frankreich verliert an Bedeutung. Das trifft ebenfalls auf Großbritannien zu. Sie werden vom transatlantischen Partner in ihrer Rolle als Juniorpartner eingeschränkt. Sie sollen jedoch für die neue imperiale Machtpolitik der USA die Kosten übernehmen.

Seit geraumer Zeit sehen wir eine zunehmende Infragestellung des Völkerrechts, wie es nach 1945 mit den Vereinten Nationen entstanden ist. Das „alte“ Völkerrecht soll durch eine „regelbasierte Ordnung“ ersetzt werden. Die Regeln dafür sollen allein die USA und ihre imperialistischen Vasallen bestimmen können.

Dr. Ulrich Sommerfeld

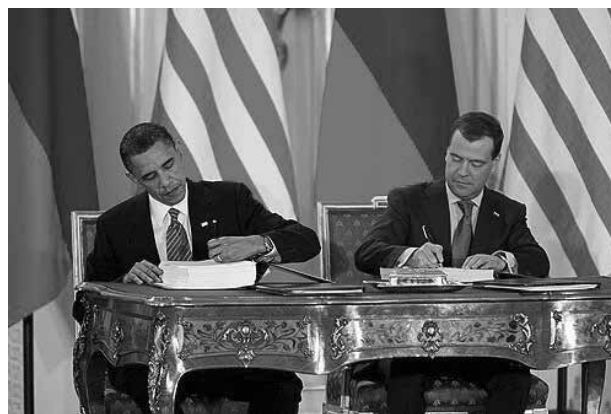
⁴ <https://dert.site/international/267700-entfuhrung-maduros-chinas-stille-harte-antwort-auf-washington/>

Fatalismus mit Endzeitdrohung

Während man sich nicht nur in westdeutschen Bundesländern mit einer der weltpolitischen Lage eigentlich unangemessenen Aktivität auf den üblichen Jahreskarneval fokussiert, lief am 5. Februar ein mehr als gravierendes Abkommen für die Existenz der Menschheit beinahe sang- und klanglos aus. Gemeint ist der letzte Vertrag einer von den USA aufgekündigten Serie von Abkommen mit Rußland über die Begrenzung von Atomwaffen und deren Kontrolle durch entsprechende vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den beiden Supermächten. Das Auslaufen des New-Start-Vertrages, der eine Begrenzung der größten Waffengattung an nuklearen Trägersystemen (jeweils 800 und 1550 an atomaren Sprengköpfen) umfaßte und auf Grund ihres riesigen strategischen Zerstörungspotentials von Wissenschaftlern beider Seiten als „Doomsday“-Waffen (d.h. als Waffen „des letzten Gerichts“) eingeschätzt werden, findet bei uns in Politik und Medien kaum Erwähnung. Geschweige denn irgendeine öffentliche Bekundung regierungsoffizieller Besorgnis.

Es mag ja sein, daß der für gewöhnlich als skrupelloser Machthaber verschriene

russische Präsident Putin in dem Fall New-Start-Abkommen hier wohl auch ein grundlegendes Interesse des ansonsten russophoben Westens anspricht, wenn er



Unterzeichnung des „New Start“-Abkommens durch US-Präsident Barack Obama (l.) und den russischen Präsidenten Dmitri Medwedew am 8. April 2010 in Prag

den USA wiederholt seit etwa einem Jahr die Verlängerung dieses Vertrages vorschlägt, um ihn danach in Verhandlungen den heutigen militärtechnischen Realitäten anpassen zu können. Die Reaktion des amerikanischen Immobilien-Präsidenten (bezeugt aus dem Dunstkreis seiner Berater): „Wenn er ausläuft, dann läuft er eben aus“, führt vor Augen, welche bedrohlichen

sicherheits- und letztlich überlebenspolitischen Konsequenzen sich aus der Trumpschen Machthaber-Perspektive für den Westen und den „Rest“ der Welt ergeben könnten. Die Völker der Erde werden von ihren jeweiligen Machthabern in der Regel nur zu gerne im unklaren gelassen, wohin die Schicksalsreise von Krieg und Frieden gehen soll. Auch die Entschlossenheit des Bundeskanzlers Merz in seiner jüngsten Regierungserklärung, daß nunmehr „die Sprache der Machtpolitik“ gelernt werden müsse, signalisiert nicht nur den „bösen“ Machthabern jenseits der EU, sondern auch den EU-Europäern selbst, wer sie als ein „guter“, der Demokratie verpflichteter Machthaber unter Führung Deutschlands an die Kandare nehmen wird. Von atomarer Rüstungskontrolle oder gar Abrüstung – ob im strategischen oder taktischen Bereich – werden keine europäischen Impulse an die Adresse der beiden Supermächte zu erwarten sein. Mit Blick auf die beabsichtigte Stationierung von US-Mittelstrecken-Raketen in diesem Jahr in Deutschland eher das fatale Gegenteil.

Prof. Dr. Gregor Putensen
Greifswald

Internationale Solidarität mit Kuba

Kuba ist nicht allein!

Als Reaktion auf die jüngste Eskalation der US-Regierung in ihrer anhaltenden Aggression gegen die Insel haben sich zahlreiche Stimmen aus aller Welt zur Unterstützung Kubas erhoben.

„China unterstützt Kuba entschieden bei der Verteidigung seiner nationalen Souveränität und Sicherheit“, erklärte Guo Jiakun, Sprecher des chinesischen Außenministeriums. Er betonte Beijings entschiedene Ablehnung der Maßnahmen, „die dem kubanischen Volk sein Recht auf Existenzsicherung und Entwicklung vorzuenthalten, als unmenschliche Praktiken“.

Alexei Chepa, Erster Vizepräsident des Ausschusses für Internationale Angelegenheiten der russischen Staatsduma, sagte, daß die Vereinten Staaten nach jedem Vorwand für eine militärische Intervention in Kuba suchten. Die Ausrufung des nationalen Notstands „ist ein weiterer Grund, international für Aufruhr zu sorgen“, sagte der Abgeordnete der Nachrichtenagentur Sputnik. „Heute behaupten sie, Kuba sei „eine reale Bedrohung für Washington“. „Das ist Unsinn, ein Vorwand, um eine Intervention in Kuba zu organisieren“, erklärte er. Venezuela bekundete in einer offiziellen Erklärung seine Solidarität mit dem kubanischen Volk. Es betonte, Kuba als Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten einzustufen, sei absurd und stelle eine ernsthafte Gefahr für dessen Existenz als Nation dar. Mexiko, von wo vor kurzem mehr als 800 Tonnen humanitärer Hilfe in Richtung Kuba verschifft worden sind, „wird immer solidarisch sein und nach dem besten Weg suchen, um das kubanische Volk solidarisch zu unterstützen“, sagte die Präsidentin des Landes, Claudia Sheinbaum, der Presse.

„Die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGA) hat wiederholt ein Ende der Blockade gegen Kuba gefordert“, erklärte Farhan Aziz Haq, stellvertretender Sprecher des UN-Generalsekretärs, und rief alle Mitgliedstaaten zur Einhaltung der UNGA-Resolutionen auf. Die Bolivarische Allianz für die Völker Unseres Amerikas – Volkshandelsvertrag (ALBA-TCP) bekundete ihre Solidarität mit der kubanischen Regierung und dem kubanischen Volk und sicherte ihnen ihre Unterstützung zu. „Solidarität, Zusammenarbeit und die Einheit unserer Völker sind stärker als jede einseitige Zwangsmaßnahme“, bekräftigte die Allianz. Der Afrikanische Nationalkongress (ANC) bekräftigte in einer Erklärung seine Solidarität. Die südafrikanische politische Organisation, die sich für die wirtschaftliche

Entwicklung des globalen Südens und die Stabilität der karibischen Staaten einsetzt, forderte die sofortige Aufhebung der Öl- und Handelsblockade, die nicht nur Kuba, sondern die gesamte Region betrifft. Die Puebla-Gruppe wies die Maßnahme der US-Regierung in ihren sozialen Netzwerken zurück und sprach sich für „Souveränität, Multilateralismus und gegenseitigen Respekt zwischen den Staaten“ aus. Die Abgeordnete Dolores Padierna Luna, stellvertretende Koordinatorin der Parlamentsfraktion Morena, bezeichnete die Anordnung gegen Kuba als „reinen Imperialismus“. Sie verurteilte sie als „Handelskrieg-Aggression“, die darauf abziele, souveräne Staaten zu bestrafen und Hunger und Energieknappheit als Druckmittel einzusetzen. Die Koordinatorin der Solidaritätsbewegung mit Kuba in Madrid erklärte, die „neue völkermörderische Kampagne“ des Imperialismus zeige, daß Kubas wirtschaftliche Probleme auf die anhaltende kriminelle Aggression Washingtons zurückzuführen seien. Sie betrachtete die Drohung zudem als „unwiderlegbaren Beweis für den Staatsterrorismus, den Imperialisten gegen das kubanische Volk verüben“. In einem Treffen mit dem kubanischen Botschafter in Kairo, Alexander Pellicer, bekundete der Generalsekretär der Arabischen Liga, Ahmed Aboul Gheit, angesichts der Drohungen der Vereinigten Staaten seine Unterstützung und Solidarität mit der Insel. Der Volkswiderstands- und Rebellionsblock El Salvadors bezeichnete Präsident Donald Trumps Entscheidung, den nationalen Notstand für Kuba auszurufen, als „zynisches und gefährliches“ Manöver. „Kuba ist nicht allein. Seine Würde und sein Widerstand sind auch unsere. Jeder Akt der Aggression gegen Kuba ist ein Akt der Aggression gegen ganz Lateinamerika und die Karibik“, erklärte die Gruppe in einer Pressemitteilung. Simán Koury, Gründer der Palästinensischen Union Lateinamerikas, sprach im

Namen seiner Organisation, die ihre Solidarität mit dem kubanischen Volk zum Ausdruck brachte und die Blockade als Instrument politischer Herrschaft verurteilte. Die vorgeschlagenen Zölle auf Länder, die Öl nach Kuba liefern, enthüllen das wahre Gesicht des Imperialismus. Es geht nicht um Demokratie oder Menschenrechte, sondern darum, die Einhaltung der Vorgaben Washingtons zu erzwingen oder wirtschaftliche Strafen zu riskieren, erklärte Mafa Kwanisai, Koordinator des Fidel-Castro-Lehrstuhls an der University of the Midlands. Die einzige wirkliche Bedrohung für Frieden,

Sicherheit und Stabilität in den Amerikas und weltweit, so betonte er, sei die aggressive Haltung der Vereinigten Staaten.

„Es ist genug mit der Aggression gegen Kubas Souveränität! Unser Heimatland wird nicht kapitulieren oder sich verraten lassen!“, verkündete der Nationale Verband der kubanischen Einwohner Brasiliens José Martí (Ancreb-JM) in einer offiziellen Erklärung. Er erklärte, daß dieses Vorgehen Washingtons ein verzweifelter und verbrecherischer Versuch sei, den totalen Zusammenbruch der kubanischen Wirtschaft herbeizuführen und Millionen von Familien Hunger und Dunkelheit zu überlassen.

„Das vom selbsternannten Weltpolizisten und Weltherrscher unterzeichnete Dekret, das Kuba als Bedrohung für die USA einstuft, ist lächerlich“, bemerkte die kubanische Patriotische Gemeinde Antonio Maceo in Nicaragua in einer in den sozialen Medien veröffentlichten Nachricht. Sie fügte hinzu, daß seit 67 Jahren die Würde und der Mut des kubanischen Volkes angesichts einer nun verschärften Blockade bedroht seien. Der Verband der kubanischen Einwohner Angolas (Accra) erklärte: „Aus Angola, Kubas Schwesterland und Zeuge der internationalen Solidarität unseres Volkes, erhebt Accra seine Stimme, um alle daran zu erinnern, daß Einheit heute eine moralische Pflicht ist und daß die Diaspora Teil der Verteidigung, des Wiederaufbaus und der Zukunft der Nation sein kann und muß.“ „Kann irgendjemand bei klarem Verstand, ein ehrlicher, informierter und objektiver Mensch, glauben, daß ein kleines, blockiertes Land mit zehn Millionen Einwohnern eine Bedrohung für die größte Wirtschaftsmacht der Welt darstellen könnte?“, fragte der Kulturverein José Martí aus Concepción, der Hauptstadt der chilenischen Region Biobío.

Redacción Internacional

Redaktionell gekürzt

Quelle: informacion@granma.cu, 2.2.2026



Foto: Website der PCC

Was hat Kubas Präsident Miguel Díaz-Canel Bermúdez zu den neuen Aggressionen der US-Regierung gesagt?

- Wir werden diese Zwangsmaßnahme auf allen möglichen Ebenen international anprangern.
- Wir arbeiten weiterhin mit verbündeten Ländern und der internationalen Gemeinschaft zusammen, die Kuba jedes Jahr unterstützt, wenn über die Blockade abgestimmt wird.
- Wir sind uns sicher, daß wir nicht allein sein werden und daß es Verständnis und internationale Verurteilung geben wird und daß Kuba Unterstützung erhalten wird, denn dies ist eine kriminelle Handlung.
- Welches Recht hat ein Imperium? Welches Recht hat die Regierung einer Großmacht, einem kleinen Land die für seine Entwicklung notwendigen Brennstoffe zu verweigern?
- Ein kleines Land, das jeden Tag gegen Widrigkeiten kämpft, um Wohlstand zu erreichen, den Wohlstand, den es aufgrund seines Heldentums verdient. Ein Land, das keine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellt.
- Wir sind ein friedliches Land. Selbst inmitten all dieser Aggressionen und der langjährig anhaltenden Blockade haben wir gesagt, daß wir in der Lage und bereit sind, mit der Regierung der Vereinigten Staaten zu sprechen. Der Dialog kann jedoch nicht unter Druck stattfinden.
- Der Dialog muß unter gleichen Bedingungen, mit Respekt und ohne Vorbedingungen stattfinden.
- Wir haben nichts gegen das amerikanische Volk. Im Gegenteil, wir sagen immer, wie viele Dinge dem kubanischen und dem amerikanischen Volk aufgrund der restriktiven Politik, die die Blockade allen auferlegt, in ihren möglichen kulturellen, wissenschaftlichen, sportlichen und Forschungsbeziehungen vorenthalten werden.
- Und all das werden wir anprangern. Ohne Angst, denn wir sind überzeugt, daß wir unsere Probleme selbst lösen müssen, mit unserem Talent und dem Mut der Kubaner.
- Das ist die Überzeugung, daß wir unser Vaterland, die Revolution und den Sozialismus gegen die imperialistische Aggression verteidigen werden, aus dem Patriotismus und Antiimperialismus heraus, der unser Volk auszeichnet und eint.

Granma international, 1.2.2026

„Wir kämpfen gemeinsam und wir werden siegen!“

Diese und ähnlich aussagestarke Aussagen erhalte ich am Ende täglicher Informationen aus Venezuela oder von solidarischen Freunden aus ganz Lateinamerika. Für das Land ist jetzt entscheidend, die Ideale der bolivarianischen Errungenschaften zu schützen und eine militärische USA-Invasion sowie die über Fake News und KI gesteuerten Meldungen zur Spaltung der Reihen der Chavisten zu verhindern.

Neben den machtvollen Demonstrationen in Venezuela für die Unterstützung der amtierenden Präsidentin sowie den eindrucksvollen internationalen Solidaritätsaktionen, findet auch der juristische Kampf um die Freilassung des entführten Präsidenten Maduro und seiner Ehefrau statt.

Dazu sei gesagt, daß lt. Veröffentlichung von Internationalist 360 vom 3. Februar, das US-Justizministerium (DOJ) am 2.2.2026 beim Bundesgericht einen formellen Antrag auf Verschiebung des geplanten Gerichtstermins vom 17. März auf den 26. März im Fall Maduro gestellt hat. Die Staatsanwaltschaft begründet dies mit der Notwendigkeit einer gründlichen Überprüfung der Akten und räumte ein, daß die Beweislage für eine Fortführung des Verfahrens innerhalb der ursprünglichen Frist nicht ausreiche. Laut vorläufigen, der Presse zugespielten Dokumenten, argumentieren Bundesanwälte, daß die erforderlichen Beweismittel für eine Anklageerhebung im bevorstehenden Hauptverfahren nicht erfolgversprechend sind. Mit dem juristischen Trick der Fristverlängerung soll verhindert werden, daß aufgrund formaljuristischer Ausflüchte bzw. mangelnder Beweislage das Hauptverfahren eingestellt wird.

Um die beiden weiterhin in den USA gefangen zu halten, wird nicht nur die Anhörung verschoben, es folgen weitere juristische Tricks, denn es kann kein Zufall sein, daß im Bundesstaat Florida bereits ein ähnliches Verfahren wie in New York eröffnet wurde, alles mit dem Ziel, ihre Freilassung, die ihnen zusteht, zu verhindern.

Wie das Anwaltsteam schon mehrfach die Unschuld von Maduro und Flores dargelegt hat, kommt hinzu, daß Nicolás Maduro als Staatsoberhaupt Immunität besitzt und somit, allein aus juristischer Betrachtung, müßte sich das Bezirksgericht von New York in Manhattan für nicht zuständig erklären, da kein amtierendes Staatsoberhaupt nach internationalem Recht verurteilt werden darf. Ebenso besitzt Maduro als Kriegsgefangener zusätzliche Immunität, die ihm am 5. Januar bei der Anklageerhebung zugesprochen wurde. Das trifft ebenfalls auch auf Cilia Flores zu, die als parlamentarische Abgeordnete Immunität besitzt und das Recht auf Unschuldsvermutung hat.

Schon jetzt wird bereits deutlich sichtbar, daß dieser Fall mit juristischen Tricks nicht nur in die Länge gezogen wird, sondern auch die große Gefahr besteht, daß ein Urteil zu Ungunsten von Nicolás Maduro und Cilia Flores unter Rechtsbeugung gefällt wird. Dieses Lügenszenario wurde jetzt in ihrer eigenen USA-Brutstätte für die ganze Welt deutlich. Bei der ersten Anhörung vor Gericht gab es bereits die erste große Überraschung dieser Trump-Administration, welche in Form des Justizministeriums offiziell die falsche Behauptung fallen lassen mußte, Maduro sei der Boss der super-bösen Drogengangster des „Cartel de los Soles“ (Kartell der Sonnen)

gewesen. Es wurde offiziell eingestanden, daß das „Cartel de los Soles“ nie existiert hat, es ist eine reine US-Propaganda-Fiktion. Dieser Propagandaeffekt wirkt bis heute nach, da selbst hiesige bürgerliche Medien und Politiker, ob in der Berichterstattung oder Talkrunden, gebetsmühlenartig diese nie bewiesenen Verleumdungen wiederholen. Somit soll dem Medienkonsumenten das Gefühl vermittelt werden, daß die völkerrechtswidrige Aggression der USA vom 3. Januar 2026 zumindest nachvollziehbar, wenn nicht sogar gerechtfertigt war.

Sogar die New York Times berichtete: „Das Justizministerium hat sich von einer zweifelhaften Behauptung über Präsident Nicolás Maduro zurückgezogen, ihn als Anführer eines Drogenkartells namens Cartel de los Soles zu beschuldigen.“ Aber auch diese Meldung war für bundesdeutsche Medien kein Grund, ihre Berichterstattung zu ändern. Die Richtung gibt der Black-Rock-Kanzler vor, der, statt das Vorgehen der USA als das zu benennen, was es ist, meinte, die Problematik sei zu komplex, um eine Bewertung vorzunehmen. Bis zum heutigen Tag ist mir nicht bekannt (5.2.2026), daß sich die Bundesregierung anders als bisher positioniert hätte.

Wichtig ist, daß die internationale Solidarität weiterhin sichtbar lebt und dem venezolanischen Volk in seinem schweren Kampf eine zuverlässige Unterstützung bleibt.

„Niemals Verräter! Zweifel sind Verrat!“ ist die Losung, genauso wie: „Wir kämpfen gemeinsam und wir werden siegen!“

Carsten Hanke

Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität e.V., Rostock

Der Ukraine-Konflikt zwischen Eskalation, Patt und Beendigung

Lage im Ukraine-Konflikt

Die trotz der immer gezielteren Vernichtung anwachsenden Umfänge und neuen Qualitäten an westlichen Waffenlieferungen und die Einbindung von immer mehr gut ausgebildeten und ausgerüsteten NATO-Soldaten aus Frankreich, den USA, aus GB, Polen, Rumänien und Deutschland in die Verteidigungs- und Angriffs-Operationen der Ukraine (Lt. Selenskyj) in München über 20 000), besonders in den Gebieten Odessa, Saporischschija, Donezk, Sumi und Charkiv gehen zwar die Initiativen der Streitkräfte der Russischen Föderation (SK der RF) weiter, aber sie verlangsamten sich, nicht zuletzt auch durch den harten Winter, aus Sicht der Ukraine in Richtung eines zeitweiligen Patts der Truppen auf dem Gefechtsfeld. Dennoch führen die beiderseitig intensiv geführten Kampfhandlungen nicht nur zu Durchbrüchen mit Landgewinnen für die RF-Streitkräfte, sondern auch zur Ausdünnung des Ukraine/NATO-Personals. Dabei erfahren die ukrainischen Streitkräfte (ukr.-SK) gemeinsam mit den NATO-Verstärkungen wesentlich höhere Verluste als die angreifenden SK der RF. Bei dem letzten Austausch von toten Kämpfern der Seiten unmittelbar nach den Dreier-Verhandlungen in Abu-Dhavi mußte die Ukraine 1000 Tote und die RF 38 übernehmen (bestätigt durch US-Beobachter). Das ist der unterschiedlichen Taktik der Seiten geschuldet. So werden z. B. die Sturmgruppen der RF erst nach einer gründlichen „Bearbeitung“ des zukünftigen Angriffsabschnitts mit Artillerie, ballistischen Raketen, thermobaren und plasmatischen Waffensystemen, Gleitbomben verschiedener Kaliber sowie nach dem Ausschalten der verbunkerten gegnerischen Führungsstäbe und der Hauptangriffsmittel eingesetzt, was bei den ukr.-SK wegen des Fehlens oder der zu geringen Menge an solchen Systemen nicht stattfinden kann. Bezeichnend für die jetzige Phase der Kampfhandlungen ist, daß durch die verbesserte Aufklärung der Streitkräfte der RF die Überlegenheit in der Luft und an Waffensystemen am Boden sowie in den Meeren (neueste Geran-Drohnen, modernisierte ballistische Raketen (Iskander-M), Hyperschallraketen mit ca. 10 Mach (Kinshal, Zirkon) sowie Mittel des funkelektronischen Kampfes (Krasucha-4), aber auch durch die gezielte Zerstörung der kritischen und energetischen Infrastruktur, die Durchführung von Kampfhandlungen für die ukrainischen Verteidiger stark eingeschränkt wird. Aber auch die russische Seite mußte hinnehmen, daß E. Musk, auf Anforderung der Ukraine, die in Frontnähe

stattgefundene Mitnutzung von Starlink durch die RF-SK blockierte, was zu zeitweiligen Effektivitätsverlusten auf russischer Seite führte. Es soll aber auch dazu gekommen sein (durch die russische Seite bei YouTube am 16.2.26 veröffentlicht), daß der Schutz der wichtigsten ukrainischen Ziele dabei entsperrt wurde, wodurch die russischen Drohnen ungestört diese Ziele bekämpfen konnten. Starlink ist für die Ukraine von existentieller Bedeutung, für die RF jedoch nicht, da diese über 60 Kommunikationssatelliten, darunter auch über GLONASS, verfügt. Bei FOKUS online wurde am 10.2.26 mitgeteilt, daß russische Spezialisten in ihre Drohnen „Geran“ und „Molnja“ bereits starlinkähnliche Komponenten eingebaut haben, die diese vor ihrer Vernichtung schützen. Der elektronische Kampf zwischen den Konfliktseiten, die gegnerischen Verbindungen zu stören oder zu täuschen, wird weitergehen.

Hervorzuheben ist die Anwendung einer neuen Strategie und Taktik durch die RF, die sich darin ausdrückt, daß Rußland bei Aggressionen und Provokationen des Gegners nicht mehr wie früher einfach nachgibt, sondern nun aktiv und unabhängig agiert. Dadurch wurden auch „Wohngebiete, Krankenhäuser und Kindergärten“, in denen die ukrainischen SK ihre Abwehrwaffen stationiert hatten und die Bewohner als Schutzschilde nutzte, getroffen. Mit dieser neuen Taktik kam es z. B. zum Versenken eines der Staatsgrenze der RF provozierenden britischen Zerstörers vor Odessa Anfang Januar 2026. Die Ukraine setzt auf den Einsatz westlicher und eigener weitreichender Waffen gegen wichtige Ziele in Rußlands Hinterland und bei den SK der RF, darunter gegen die Krimbrücke (Taurus), die ölverarbeitende Industrie, Tanklager sowie gegen Objekte der Kernwaffentriedade, wobei sie in letzter Zeit mit „ihren“ „Flamingo“-Raketen (in der Ukraine nach britischen Technologien gebaut) Angriffe auf Stützpunkte der Oreschnik-Raketen erreicht haben wollen. Ihr Hauptziel bestand darin, die atomare Supermacht Rußland entscheidend zu schwächen und als Sieger in diesem Konflikt hervorzugehen, was so, wie es auch von dem bekannten deutschen Militärexperten General a. D. H. Kujat sowie Oberst Reisner vom österreichischen Bundesheer gesehen wird, nicht zutraf.

Zur militärischen Hilfe

Die EU habe, wie RTDE am 14. Februar mitteilte, bisher fast 200 Milliarden Euro für den Ukraine-Krieg ausgegeben. Im Dezember 2025 seien Kiew weitere 90 Milliarden Euro

an Krediten bereitgestellt worden. Weitere 800 Milliarden US-Dollar sollen für den Wiederaufbau und weitere 700 Milliarden für die ukrainische Armee eingesetzt werden.

Am 12.02.2026 wurde im Deutschlandfunk mitgeteilt, daß die Ukraine-Kontaktgruppe (ein Verbund von ca. 50 Ländern, die ihre Militärhilfe für die Ukraine koordinieren) beim Verteidigungsministertreffen in Brüssel die ukrainische Militärhilfe für 2026 auf 35 Milliarden Euro erhöht hat.

Dazu gehören mehr als 500 Millionen Dollar für US-amerikanische Waffen (PURL) und 2 Milliarden Dollar für die Luftverteidigung. Die größten Geber in diesem Jahr sind dabei: Deutschland – 12,5 Milliarden Euro; Norwegen – 7 Milliarden; Schweden – 3,7 Milliarden; Großbritannien – 3 Milliarden Pfund; Dänemark – 2 Milliarden Dollar.

Neue Formen der Friedensverhandlungen (10.2.26 bei You Tube)

Selenskyj hat am 9.2.26 von seinen Geheimdiensten, also nicht offiziell von den USA, erfahren, daß Trump von Putin ein Angebot (ein Paket hauptsächlich zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den USA und der RF im Umfang von 12 Billionen Dollar) über die Zukunft Selenskyjs, über Rohstoff- und Energielieferungen, die Lösung geopolitischer Probleme und über die Einrichtung von Einflußzonen erhalten, welches natürlich qualitativ und quantitativ viel anziehender für die USA ist, als das ukrainische, das sich durch die ständigen Landgewinne Rußlands und die Zerstörungen der Infrastruktur laufend verschlechtert.

Das Angebot Rußlands könnte den USA nach deren riesigen Verlusten in Afghanistan, Syrien, im übrigen Nahen Osten und im Ukraine-Konflikt eine langjährige wirtschaftliche Stabilität und hohe Gewinne bringen, während die Ukraine den USA weiterhin nur Kosten und Risiken aufbürden würde.

Die Ukraine verlöre, wenn die USA dieses wirtschaftlich und strategisch vorteilhafte Angebot annehmen würden, viel Geld, Waffenlieferungen (darunter auch Langstreckenwaffen), Satellitendaten, Echtzeit- und andere Starlink-Informationen sowie eine stabile Kommunikation, was eine operative Lähmung der Ukraine auf dem Gefechtsfeld und somit eine schnelle Niederlage zur Folge hätte. Dazu kommt, daß große Teile der ukrainischen Infrastruktur zerstört sind, die Opposition brutal mundtot gemacht wurde und die ungezügelter Korruption nicht beseitigt werden kann. Die Ankündigung Selenskyjs zu Neuwahlen scheint hinterlistig, da er dazu nicht annehmbare Bedingungen

an die USA und die RF stellt. Damit hat er die Schwächen seines Regimes nicht zugegeben und kann nur noch auf ein rettendes Wunder hoffen.

Die Ukraine erlitt einen weiteren Tiefschlag durch Orban, welcher die Ukraine wegen der großen wirtschaftlichen Verluste (besonders auf dem Energiesektor), die diese Ungarn zufügte, zum Feind erklärte. Orban wird gegen alles stimmen, was gut für die Ukraine ist.

Für die EU würde sich aus dieser Situation die alleinige Verantwortung für die Unterstützung der Ukraine mit Geld, Waffen und anderen militärischen Leistungen ergeben, die diese aber nicht im erforderlichen Umfang erbringen kann. Es müßte der EU dämmern, daß der Ukraine-Konflikt ohne die aktive Teilnahme der USA nicht zu gewinnen und deshalb nur durch Verhandlungen zu beenden ist. Ein weiteres Chaos für die EU-Staaten und die Ukraine entsteht nach Beendigung des Krieges und wird hervorgerufen durch die immer größer werdenden Gebietsverluste, die ungewöhnlich hohen personellen und materiellen Verluste sowie Zerstörungen, auch durch die zunehmende Fluchtbewegung der Bevölkerung, für deren Lösung die EU ebenfalls verantwortlich wäre. Bei der RF hingegen zeichnet sich ab, daß sie ihre Kernziele, die da sind: keine NATO-Ukraine, Kontrolle über strategische Gebiete, Spaltung des Westens, erreicht.

Es scheint, das Selenskyj bald Geschichte sein wird, denn seine Ziele und Strategien sowie die seiner Partner sind gescheitert. Auch die EU-Staaten stehen unter moralischem Druck, was personelle Konsequenzen haben könnte.

Die politischen Eliten der Ukraine und der NATO, aber auch die Führung Rußlands und viele Patrioten des Landes, vertreten wegen der Lügen und Verzerrungen der Gegenseite die Meinung, daß sie den Ukraine-Konflikt immer noch gewinnen können, weil das ukrainische Regime meint, sich auf die Lieferungen und Leistungen der NATO-Länder verlassen zu können und weil Rußland davon überzeugt ist, teilweise effektivere Waffen zu besitzen als NATO und Ukraine.

General Surowikin – neuer Feld-Kommandeur – für die sich verändernde Militärische Spezialoperation (MSO) Rußlands in der Ukraine

General S. Surowikin, der in Afrika einen Staatsauftrag erfolgreich für seine Heimat erfüllt hatte, kam Ende der achttägigen Pause im Ukraine-Konflikt in eine schwierige Phase nach Rußland zurück. Sein Aufenthalt in Afrika war keine Strafversetzung wegen seiner besonderen Verbindungen zur Wagner-Truppe, sondern der Auftrag, Rußlands mögliche Isolation abzuwenden,

indem er mehrere afrikanische Staaten wieder für die RF zugänglich machte. Es gelang ihm, wichtige Rohstoffe wie Silber, Gold und Uran für sein Land zu erschließen und dem Einfluß der USA und Frankreich zu entziehen. Wie russische Medien meldeten, empfing Präsident Putin ihn nachts und bestellte ihn nach einem ausführlichen und vertraulichen Gespräch zum Feldkommandeur aller russischen Truppen im Ukraine-Konflikt und somit zur militärischen Hauptkompetenz, noch vor dem verbürokratisierten Generalstab. Seine Führungs-, militärischen und militärtechnischen Fähigkeiten sind sowohl den russischen „Militärführern“ als auch den westlichen Militärs, die ihn noch aus Syrien



Armeegeneral Sergej Surowikin (l.) und Wladimir Putin

als erfolgreichen Hardliner in Erinnerung haben, bestens bekannt.

Die Mehrheit der russischen Bevölkerung und besonders die patriotischen Militärs, die ihm vertrauen, sehen ihn als einen Kämpfer an, der mit ihnen zusammen den Sieg über die Ukraine und über die NATO erreichen, der aber auch die Korruption und den Schlendrian in Staat und Armee bekämpft.

Er verfügt derzeit über das höchste Rating der Politiker und Militärs Rußlands.

Nach Surowikins Plan soll es um grundlegende Änderungen in der russischen Kriegsführung gehen.

Der Charakter der in der Ukraine handelnden Truppen der Russischen Föderation soll von der Verteidigungslinie, wie sie von Surowikin 2022 geschaffen wurde, zu einer dynamischen und effektiven Angriffslinie umgebaut werden.

Das bedeutet die Aufhebung aller Begrenzungen, die zur starken Beeinträchtigung militärischer Erfolge, besonders in der Anfangsphase der MSO, führten. Es könne nicht sein, erklärt Surowikin, daß nach vier Jahren MSO ein Großteil der Dnepr-Brücken, der es den ukrainischen Streitkräften gestattet, ihre Logistik und Versorgung darüber zu realisieren, immer noch vorhanden sind.

Es werde nicht wie bisher bei der Zerstörung von Brücken, Talsperren, Dämmen und Energie- und Transportzentren

bleiben. Es gehe jetzt darum, den Gegner überall dort, wo er sich aufhält, zu vernichten. Das bedeutet, daß sich der Charakter der bisherigen MSO ab sofort den Regeln eines Krieges unterwerfen wird.

Putin hat Surowikin dazu eine carte blanche (freie Hand) gegeben. Damit zieht er mit Schukow gleich, der eine solche von Stalin erhalten hatte. Das bedeutet die Einschränkung von politischen, diplomatischen und humanitären Rücksichtnahmen. Auf militärischem Gebiet heißt das, daß Surowikin alle konventionellen Waffen, über die die Russische Föderation derzeit verfügt, besonders die gelenkten Gleitbomben vom Typ FAB, Hyperschall-Raketen und-Gleiter, weitere Raketenwaffen, Drohnen sowie Mittel des

elektronischen Kampfes u.a., außer Atomwaffen, selbstständig einsetzen kann. Übrigens hat General a. D. Harald Kujat bei seinen TV-Auftritten Anfang dieses Jahres in der BRD das Vorhandensein und den Einsatz der bereits 2018 durch Putin angekündigten technologisch neuen russischen Waffen und Mittel auf dem Gefechtsfeld bestätigt.

Um die ukrainischen Truppen von ihrem Nachschub zu trennen und damit militärische Handlungen unmöglich zu machen, soll das logistische Netz

der Ukraine in kürzester Zeit zerschlagen werden.

Die eigenen Sturmtruppen sollen aus Gründen ihres Schutzes erst dann eingesetzt werden, wenn FAB-Raketen, Hyperschall- und ballistische Raketen, aber auch thermobare Raketen-Werfer das Gefechtsfeld vorbereitet haben und dieses durch Drohnen gesichert ist. Das hätte zur Folge, daß die russischen Verluste um ein Vielfaches geringer sein würden als bei den ukrainischen SK, die nicht oder nicht ausreichend über solche Waffensysteme verfügen.

Jeder Angriff und jede Provokation auf die Staatsgrenze und die Randmeere durch die Marinestreitkräfte der Ukraine und die NATO, also die Küsten, würden durch Vergeltungsmaßnahmen beantwortet werden. Es gehe weiterhin um die Gewährleistung des Schutzes des rückwertigen regionalen Raumes in Rußland, indem u. a. die positiven Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg reanimiert werden sollen.

Nicht zuletzt gehe es um die Bekämpfung von Entscheidungszentren der Lieferer und Befehlsgeber für den Einsatz von Angriffswaffen und Personal.

Die neue Kampfführung der russischen Streitkräfte sei, so Surowikin, auch ein Signal an die USA, NATO und die EU.

Oberst a.D. Gerhard Giese

Mit dem Frieden auf Kriegsfuß

Der 1960 in Haifa geborene deutsch-israelische Historiker und freie Journalist Joseph Croitoru, der eine politische Biographie von Benjamin Netanjahu verfaßte, konnte erwirken, daß der Verlag Klaus Wagenbach sein Buch „Das System Netanjahu“ herausbrachte.

Benjamin Netanjahu hat Haß und Brutalität gegen die arabischen Palästinenser mit der Muttermilch aufgesogen. Sein Großvater Nathan Mileikowsky kam 1920 aus dem heutigen Belarus nach Palästina und nannte sich nach einer biblischen Figur Netanjahu. Sein Vater, Benzion Netanjahu, ging in die USA und war dort als Lobbyist für die „ultra-nationalistisch-revisionistisch-zionistische Bewegung von Zeev Jabotinsky“ tätig. Benzion Netanjahu wurde 1940 Nachfolger von Zeev Jabotinsky. Diese Bewegung strebte die Gründung eines rein jüdischen Staates auf beiden Seiten des Jordans, also ein Groß-Israel, an. Benjamin Netanjahu, der in Boston/USA das Gymnasium besuchte, war während seiner Schulzeit ein aktiver Agitator für die zionistische Sache und den Staat Israel. Zurückgekehrt nach Israel, trat er 1967 seinen fünfjährigen Militärdienst an und wurde von einer Eliteeinheit aufgenommen. Die Einheit war für Geheimoperationen außerhalb Israels zuständig, um palästinensische Widerstandskämpfer zu eliminieren. 1968 hat er an einem israelischen militärischen Überfall auf die Mitglieder der Palästinensischen Nationalen Befreiungsbewegung (Fatah) von Jassir Arafat in Jordanien teilgenommen, bei der über 100 Mitglieder der Fatah getötet wurden. Schon während seines Studiums in Cambridge (1972 bis 1976) erklärt er, daß er bald nach Israel zurückkehren wolle, um den Kampf gegen die Fatah-Bewegung aufzunehmen. „Im nächsten Krieg haben wir, wenn wir es richtig anstellen, die Chance, alle Araber zu vertreiben [...], die Westbank zu räumen, Jerusalem in Ordnung zu bringen.“ Diese Zielsetzung ist bis heute sein Leitmotiv.

Im Februar 1978 haben ca. 350 Reservisten der israelischen Armee in einem Brief, der von 20 000 Menschen unterschrieben wurde, den amtierenden Ministerpräsidenten Menachem Begin aufgefordert, für den Erhalt des Friedens, auf die Besatzung palästinensischer Gebiete zu verzichten. Daraufhin demonstrierten in Tel Aviv über 40 000 Menschen für einen Frieden mit den Palästinensern. Netanjahu lehnte eine Selbstbestimmung für die Palästinenser kategorisch ab. „Es gibt kein Recht, vor meiner Haustür einen zweiten [Staat] zu errichten“, behauptete er. Die Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen

könnten Staatsbürger Jordaniens oder irgendwann auch von Israel werden, womit das Problem geklärt sei. „Israel braucht die Westbank“, sagte er, womit das Westjordanland gemeint ist. Ein Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten sei für Israel eine „existentielle Gefahr“. Diese Haltung wurde zur politischen DNA des gerade 28-jährigen fanatischen rechten Zionisten und öffnete ihm alle Türen und Tore für seine weitere rasante Karriere in der rechtskonservativen zionistischen Partei „Likud“ von Menachem Begin. Auch die Veteranen der ultranationalistisch-revisionistisch-zio-



Historischer Handschlag in Washington am 13. September 1993: Jitzchak Rabin, Bill Clinton und Jassir Arafat (v. l.)

nistischen Bewegung von Zeev Jabotinsky setzten sich für Netanjahus Aufstieg ein. Von 1984 bis März 1988 wurde er zum ständigen UN-Vertreter Israels berufen. Als schlagkräftiger Rhetoriker und Demagoge verteidigte er auf den UN-Versammlungen die ablehnende Haltung seiner Regierung gegen die arabischen Länder und gegen die seiner Meinung nach „terroristische“ Palästinensische Nationale Befreiungsbewegung (Fatah). Diese bedrohte angeblich Israel. Deswegen lehnte er kategorisch eine friedliche Lösung des Palästina-Israel-Konfliktes sowie eine Normalisierung zu den arabischen Staaten ab.

Mitte November 1988 veröffentlichte der Palästinensische Nationalrat ein Kommuniké, in dem Israel indirekt anerkannt wurde. Aber die israelische Regierung ignorierte den guten Willen der Palästinenser für eine friedliche Lösung des Konfliktes und war „an Friedensverhandlungen nicht interessiert“. Der weitere Aufstieg Netanjahus zum Likud-Chef wurde „von reichen Spenden aus dem Ausland finanziert“. Seine Gönner waren US-Kosmetikkonzerne, Immobilienunternehmer sowie eine Gruppe von Millionären aus Australien. Als Partei- und Oppositionsführer (1992 bis 1996) agierte er mit Verschwörungstheorien weiter gegen die Palestine

Liberation Organization (PLO) und blockierte damit selbst eine minimale Lösung, die von der Arbeitspartei Israels in Erwägung gezogen worden war. Er torpedierte vehement den Oslo-Friedensprozeß zwischen der PLO und der damaligen israelischen Regierung. Nach dem erfolgreichen Abschluß des Friedensvertrages von Oslo vom 13. September 1993 in der Regierungszeit von Jitzchak Rabin machten die Gegner des Friedens mobil. Dies führte nicht nur am 4. November 1995 zur Ermordung von Rabin, sondern auch dazu, daß der gesamte Friedensprozeß zu Grabe getragen wurde. Nach nur sieben-

monatiger Amtszeit von Schimon Peres als Ministerpräsident stand dem vehementen Gegner des Osloer Friedensvertrags nichts mehr im Wege. Ab 1996 bis 1999 war Netanjahu Ministerpräsident. Um zu verhindern, daß es erneut zu einem möglichen Friedensprozeß zwischen der PLO und einer israelischen Regierung kommt, trieb er den Siedlungsbau in den besetzten palästinensischen Gebieten massiv voran. In dieser Funktion sandte Netanjahu eine klare Botschaft: „Sie können jede Nacht, 365 Nächte mal die vier Jahre unserer Amtszeit, träumen und werden dennoch jeden Tag aufstehen und feststellen – es gibt keinen palästinensischen

Staat. Es wird niemals einen palästinensischen Staat geben [...] und die jüdische Präsenz und der Siedlungsbau in ganz Judäa und Samaria [Westjordanland] werden fortleben, florieren und bis in alle Ewigkeiten existieren.“ Als Finanzminister in der Regierung des noch radikaleren Ministerpräsidenten Ariel Scharon in den Jahren von 2000 bis 2005 wurde diese Politik nun im Zweierpack konsequent fortgesetzt.

Von März 2009 bis Juni 2021 und von Dezember 2022 bis heute ist Netanjahu wieder Likud-Chef und Ministerpräsident in einer Regierung von Rechtsradikalen und zum Teil faschistischen Ministern, wie Itamar Ben-Gvir und Bezalel Smotrich. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit US-Präsident Donald Trump am 28. Januar 2020 verkündete Netanjahu, daß Israel seine Gesetze auf das Jordantal und alle besetzten Gebiete in Judäa und Samaria anwenden werde, die sämtlich im Plan von Trump als Teil Israels ausgewiesen worden seien – eine Politik, die den Weg zum Überfall der Hamas auf das Festival Supernova des 7. Oktober 2023 mit 1182 Toten geebnet haben dürfte.

Dr. Matin Baraki

Joseph Croitoru: Das System Netanjahu, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 2025, 300 Seiten.

Chinareise bildet Vom Lernen

Im November vergangenen Jahres unternahm ich eine dreiwöchige Chinareise, um mit Beijing die Historie des Reichs der Mitte, mit Shenzhen das Silicon Valley und in der Provinz Xinjiang die Uiguren als größte Minderheit kennenzulernen.

Da kommen Erinnerungen hoch: Als ob es gestern gewesen wäre. Ich sehe sie vor mir, Anfang der 80er Jahre in Dortmund: Eine Gruppe älterer Herren in gleich-grauen Anzügen mit Mao-Button am Revers. Es waren chinesische Ingenieure, die zu uns kamen, um das abgewinkelte Dortmunder Hoesch-Stahlwerk in zwei Jahren abzubauen und in China wieder aufzubauen – Know-how-Transfer. (Zu der Zeit verkaufte China Megatonnen Kohle nach Japan im Gegenzug für moderne Maschinerie.) Aber auch Chefköche aus mehr als einem Dutzend Provinzen kamen, um zu erfahren, wie in ihren Hotels und Restaurants westliche Küche vorzusetzen sei; das Buffet von Köstlichkeiten als Dankeschön zum Abschied ist unvergesslich. Genosse Liu, Germanistik-Professor seines Zeichens, bleibt mir in Erinnerung. Die erzwungene Landarbeit während der zehn Jahre Kulturrevolution konnte seine Überzeugung nicht brechen, aber seine Deutsch-Kenntnisse hatten arg gelitten. Er kam nach Dortmund für ein „Praktikum“, erlernte praktisch neu die deutsche Alltagssprache und technisches Deutsch. Während seines zweiten Aufenthalts im folgenden Jahr diskutierte ich mit ihm meine geplante Dissertation zur Fremdsprachen-Didaktik. Und er bedankte sich dafür im Vorwort seiner bald darauf erschienenen Fachdeutsch-Grammatik.

Wie die Bundesregierung lud damals die nordrhein-westfälische Landesregierung chinesische Fach- und Führungskräfte ein zur Fortbildung in Industrie und Wirtschaft – überzeugt, die kapitalistische Konversion nach Deng Xiaopings Einführung der chinesischen Marktwirtschaft zu befördern. Doch „werch ein Illtum“ würde der für seine experimentelle Lyrik bekannte österreichische Dichter Ernst Jandl sagen. Die chinesischen Freunde lernten Schritt für Schritt, „den Tiger zu reiten“. Nach dem millionenfachen Blutzoll, den China und die Sowjetunion im Kampf gegen den Faschismus zahlten, lernten sie aufzubauen, lernten aus ihren Fehlern und lernten, ihre produktiven Kräfte in nur einer Generation so zu entwickeln, daß wir uns nur respektvoll verneigen können.

Ja, ich gebe es zu, der Blick von der 632 m hohen Aussichtsplattform des in der Welt zweithöchsten Shanghai Tower auf die erleuchtete nächtliche Stadt hat mich schon

beeindruckt. Doch trotz der fast geräuschlosen, vibrationsfreien Fahrt mit dem schnellsten Aufzug der Welt hinauf – in solchen Höhen zu arbeiten und zu leben, kann ich mir nicht vorstellen. Aber was mich tief beeindruckt und zum Nachdenken brachte, war das Grün in den Straßen und der niedrige Geräuschpegel nicht nur auf dem Weg zur Ausstellung zur Stadtgeschichte von Shenzhen und die Ausstellung zur „chinesischen Öffnung“ durch Präsident Deng Xiaoping.

Im Museum in Shenzhen ist ökologische Raumplanung zu sehen, wie Hochhäuser mit großen Grünflächen und Einfamilienhaus-Siedlungen und Naturschutzparks kombiniert, der Verkehr auf und unter der Erde vor 20 Jahren für die Zukunft geplant wurde. Oder die Armut multidimensional zu bekämpfen. Oder die Aufforstung von Wüstengebieten wie in einem Video im Museum der Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas zu sehen.

Das ist die Quintessenz meiner Chinareise. Jetzt sind wir die Lernenden, zu lernen, wie ein Entwicklungsland in nur 40 Jahren aus der Armut kommt und die Herausforderungen des Klimawandels bewältigt – und sich der Zukunft stellt. Es geht! Daß das aber nur in einem anderen System geht, die kapitalistische Marktwirtschaft dem Primat sozialistischer Politik zu unterwerfen ist, nicht nur Staatsbetriebe, auch Grund und Boden, bin ich mehr denn je überzeugt. Doch dazu müssen im eigenen Land die Bedingungen für einen Weg, wo nicht mehr Gewinn Dreh- und Angelpunkt ist, sondern das Wohl der Menschen, erkämpft werden. Die Wüste lebt, schrieb Klaus Leger in der Wochenzeitung Unsere Zeit vom 26. Dezember über die chinesische Provinz Xinjiang – wie recht er hat, und ich konnte es selbst „erfahren“ während der zwei Tage mit der Eisenbahn durch die Wüste, eintausend Kilometer entlang der historischen Seidenstraße von der Provinzhauptstadt Urumqi über Kashi nach Kashgar im Süden.

Links und rechts des Zuges Wüste, im Norden Steinwüste, im Süden Sandwüste, getrennt durch das 7000 m hohe „Himmelsgebirge“ Tianshan, das uns in der Ferne begleitete. Da mag sich einer über die Abwechslung gefreut haben, äsende Kamele zu sichten. Aber mich beeindruckte etwas anderes, die rasante wirtschaftliche Entwicklung während der 70 Jahre Sozialismus in einer ehemals sehr armen, ungebildeten agrarischen Region Xinjiang. Jetzt ziehen sich Starkstromleitungen kreuz und quer übers ganze Land, und junge Bäume reihten sich Kilometer um Kilometer links

und rechts entlang des Bahndamms. Das allein ließ die zukünftige Besiedlung erahnen. Aufgeforstet wird in den nordöstlichen Wüsten Chinas schon seit Jahrzehnten erfolgreich betrieben – hier mit sandresistenten und trockenheitstoleranten Baumsorten wie die „Wüstenpappel“ und der strauchartige, tiefwurzelnde Saxaul. Ab und an zu sehende kleinere Wäldchen lassen bereits zu Dörfern entwickelte Oasen vermuten.

Auf Feldern liegen große Rollen von abgeernteter Baumwolle. Sie wird nicht wie früher ins westliche Ausland verschickt, sondern – was in Afrika aktuelles Bemühen ist – im Lande verarbeitet, in den Textilfabriken im Osten, in Guangdong, Shaoxing. Aber Wüste ist nicht Wüste – links anders als rechts vom Zug. Rechts in Sichtweite eine Autobahn, links, etwa einen Kilometer entfernt, eine erhöhte Trasse, wohl eine zukünftige Zubringerstraße zu dem terrassierten „Bauerwartungsland“, zum Teil mit Schotter oder Kies bedeckt, mit gelben Holzstöckchen abgeteilt. Welche Industriebetriebe, Werkstätten, Wohnhäuser werden dort in fünf Jahren stehen?

Die Autobahn, vom Norden nach Süden parallel zur Bahntrasse, begleitete uns die ganze Reise. Sie war noch nicht in Betrieb ebenso wie die Schnellzugstrecke bis Kashgar. Wie wir jetzt lesen konnten, wurde die Autobahn G0711 Urumqi-Yuli am 26. Dezember offiziell freigegeben: Statt der bisherigen sieben Stunden fährt man jetzt von Urumqi nach Korla in der Hälfte der Zeit. Das Kernstück, der Tianshan-Shengli-Tunnel, mit 22,13 Kilometer längster Autobahntunnel der Welt, der das Himmelsgebirge in nur 20 Minuten unterquert, wofür früher mehrere Stunden über die Bergpässe und Serpentinaen nötig waren.

Aber die Unterführungen unter die Autobahn waren zu eng, um als Autostraßen zu dienen, wohl aber um Tieren einen Weg zu bieten und Regenwasser einen Weg zu bahnen, Überschwemmungen zu vermeiden. Dazu auch die Regenauffangbecken und betonierte Wasserableitungen, wie ich sie beim chinesischen Straßenbau in Äthiopien sehen konnte.

Welch ein Kraftaufwand, die Infrastruktur in einer ganzen Provinz aufzubauen, die doppelt so groß ist wie Deutschland. Welch ein Optimismus! Und welche Lebensfreude, die wir abends in Kashi im Park erleben durften: zu Musik aus dem Getto-Blaster tanzten Anwohner, traditionell zu ihrer Musik, die sich, wie wir hörten, dort regelmäßig treffen, um zu tanzen – so wie ihre Landsleute im Osten zu TaiChi ...

Georges Hallermayer

Ein Kämpfer für das Recht – Herr H.

Herr H. ist ein kluger und fleißiger Mensch. Engagiert vertritt er seine Meinung. Man merkt, daß er darin geübt ist. Während ich noch die ersten Zeilen meiner Zeitung lese, hat er längst einen langen Kommentar zu ihnen geschrieben.

Herr H. ist dort aufgewachsen, wo man mühsam versuchte, auf den Trümmern einer alten Welt eine neue aufzubauen. Daß das eine Diktatur war, hat ihn zutiefst verschreckt. Deshalb hat er auch nicht wahrgenommen, daß das eine Diktatur im Interesse einer Mehrheit des Volkes sein wollte. Es hat ihn offenbar stark traumatisiert, daß auch der Mehrheit einige Eigenschaften abgewöhnt werden mußten, die sie aus der alten in die neue Zeit mitgeschleppt hatte. Bei vielen seiner Wortmeldungen fällt sofort auf, wie präzise er sich an den damaligen Druck erinnert und ihn dann mit unerbittlicher Härte geißelt. Das weist auf ein geschultes Wahrnehmungsvermögen hin. Ich denke, er wird wohl die Schule bis zum Abitur durchlaufen haben. Und ein Studium hat er bestimmt auch abgeschlossen. Wie seltsam, daß ihm dabei völlig entgangen ist, wer ihm damals das Studium ermöglicht hat. Die das getan haben, steckten damals noch mitten im Aufräumen des Drecks, den ihnen ein imperialistischer Krieg hinterlassen hatte. Die mußten Fabriken bauen, weil keine mehr da waren. Und eine heruntergekommene Landwirtschaft wieder ins Laufen bringen. Sie standen dabei fast immer vor dutzenden von widerstreitenden Forderungen und hatten nicht selten nur die Kraft für eine einzige,

manchmal auch noch unvollkommene Lösung. Sie bekamen keine Hilfe von denen, die hätten mühelos helfen können, aber Häme, Spott und Knüppel zwischen die Beine übergenug, um sie am Aufbau zu hindern.

Herr H. hat es sich inzwischen in einem Land gemütlich gemacht, in dem es warm und behaglich ist. In dieser Nestwärme muß man nicht unbedingt merken, daß auch hier die Interessen der Herrschenden diktieren, wie die herrschenden Interessen zu sein haben. Und daß dazu Macht und Druck ausgeübt werden.

So schreibt er nun fleißig über diese Welt, spricht von Demokratie, Gerechtigkeit und Völkerrecht. Daß das alles noch nie so war, wie es zu sein vorgibt und manches Errungene gerade zum Entschwinden gebracht wird – er merkt es schon. Er hält das für Ausrutscher, die es nur heldenhaft genug zu bekämpfen gilt. Mit der Kraft der Worte natürlich. Das Verteidigen des Existierenden erscheint ihm Tat genug zu sein, egal wie erbärmlich das Existierende auch in Wirklichkeit schon sein mag. Er mahnt die Regierenden zu tun, was zu tun wäre, obwohl die ihm gar nicht zuhören. Er mahnt die Regierten, aber auch die hören ihm nicht zu: Sie haben zu viel zu schaffen mit ihrem Alltag und ihren Sorgen. Wenn sie sich wehren, ist er natürlich sofort an ihrer Seite. Denn ein aufmunterndes Wort ist ebenfalls eine gute Tat. Kritik ist selbstverständlich. Schließlich wittert er geau, daß jedes Handeln auch Fehler beinhaltet. Die Schärfe seines Geistes verhilft ihm dabei sehr, Empathie zu vermeiden. So kann er gleichen Abstand

zu Tätern und Opfern wahren und ihnen die reine Lehre unverfälscht verkünden.

Mit Hingabe verteidigt er Deutschland, schilt die EU und auch die USA. Ob die deutschen Lande längst nicht schon etwas anderes, viel Schrecklicheres sind, woher soll er das wissen? Egal, er kämpft für sein Deutschland als ein gemütliches und warmes Nest, egal wie eiskalt draußen der Wind pfeift. Ob die Eiseskälte auch aus diesem, seinem eigenen Land kommt, es kümmert ihn wenig. Er kämpft für ein starkes Europa, das sein Land ausreichend warmhalten möge, notfalls auch mit Waffengewalt. Und für die Welt natürlich, die aber möglichst draußen bleiben möge. Am besten bliebe alles so, wie es immer schon war. Auch wenn es noch niemals so war, wie er denkt. Er redet den Politikern ins Gewissen. Daß sie eines haben, setzt er voraus, ohne genauer hinzuschauen. Manchmal hebt er auch beschwörend seinen Zeigefinger. Ein tapferer Krieger! Ein Held des Wortes!

Allerdings: Man hört ihm nicht zu. Er gibt gute Ratschläge. Auch wenn sie manchmal vorbeizeilen. Spricht man ihn darauf an, weiß er sich mit wohlgesetzten Worten zu wehren. Er hat ein tolles Gedächtnis für theoretische Fragestellungen, egal womit sich die Praxis gerade herumschlägt. Das macht ihn für uns alle so unentbehrlich: Er kann einem so wundervoll die Zeit vertreiben, ohne daß etwas wirklich Zählbares herauskommt. Immer öfter erwische ich mich dabei, daß mir sein perfekter Gedankenflug völlig schnuppe ist. Wieso nur?

a.s.

Krieg nicht nur „spielen“

Anfang Dezember 2025 wurde an der Universität der Bundeswehr in Hamburg ein „Wargame“, also die Simulation eines Kriegsszenarios von Springers Welt gespielt. „Was, wenn Rußland uns angreift?“ war das Thema. Doch wird Krieg nicht nur gespielt. Real folgte ab Januar 2026 das Kriegsmanöver „Quadria 2026“ unter deutscher Führung, das bis März laufen soll.

Die Bundeswehr gibt an, daß Quadria 2026 nicht mehr als reine Übung, sondern als einsatznahe Operation angelegt ist. Ihre Spezialkräfte trainierten im Rahmen des Manövers mit Blick auf einen Krieg gegen Rußland „urbane und maritime Spezialoperationen“. Im Fokus steht die „kurzfristige Verlegung unmittelbar kampfbereiter Einsatzkräfte auf allen Transportwegen“ nach Litauen und damit in Richtung russische Westgrenze. Es geht um die „sofortige Erprobung der Einsatzbereitschaft als Kampfverband“ sowie die Rückverlegung

von Verwundeten von der Ostfront nach Deutschland ins zivile Gesundheitssystem.

„Es liegt in unserem Interesse, daß dieser Krieg noch etwas weitergeht“, sagte Tagespiegel-Journalist Christoph von Marschall in der Phoenix-Talkshow „Internationaler Frühschoppen“. Das gebe Deutschland die Möglichkeit, „eine glaubwürdige Abschreckung“ gegenüber Rußland aufzubauen.

In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an die Äußerung eines hochrangigen US-Militärs in Deutschland der kürzlich bemerkte, daß Kaliningrad für die NATO ein leicht zu nehmendes Gebiet ist, um Rußland zum Einlenken zu zwingen.

Eine Sperrung des Landzugangs nach Kaliningrad durch baltische Staaten würde eine militärische Reaktion Rußlands hervorrufen. Dann könnte man von einem russischen Angriff auf die NATO sprechen. Die Kriegsspiele und Manöver bereiten solche Szenarien vor.

Auch französische Militärs drängen auf Krieg. Der Verteidigungsministeriums Fabien Mandon legte die französischen Militärstrategie auf See für die kommenden Jahre dar. Diese sollte vorwiegend offensiv und präventiv gegen einen „Feind“ ausgerichtet sein. Eine Blockade russischer Zugänge zu den Weltmeeren beschrieb er als angestrebtes Szenario. Die Ostsee nannte Mandon ungeachtet mehrerer russischen Häfen als NATO-Binnengewässer. So wie die USA Iran mit ihrer Flotte unter Druck setzen, könnten die westlichen Länder auch mit Rußland umgehen.

In den Tiefen der britischen Staatsmaschinerie wird derzeit geprüft, wie man in die Fußstapfen der USA treten und Tanker mit russischem Öl – oder einfach Schiffe auf verschiedenen Sanktionslisten, die nach Rußland fahren – mit Gewalt festhalten könnte. Alle diese Pläne drängen aber auf einen direkten Krieg mit Rußland.

Horst Neumann, Bad Kleinen

Krieg und Hegemoniefrage

Im Dezember 2025 erklärt NATO-Generalsekretär Mark Rutte: Ein Krieg mit Rußland könne „von einem Ausmaß sein, wie es unsere Großeltern und Urgroßeltern erlebt haben.“

Warum läßt eine Gesellschaft, die sich für aufgeklärt und demokratisch hält, solchen bellizistischen Schreihals gewähren? Widerspruch aus dem etablierten Politikbetrieb war nicht vernehmbar. Vielmehr sind immer wieder die gleichen Stimmen zu hören – Herr Kiesewetter und Frau Strack-Zimmermann. Wer kennt in der Bevölkerung die Gegenstimmen, Stimmen kenntnisreicher Vernunft, wie die eines Dirk Pohlmann oder die von Patrick Baab? Es gibt sie – zum Glück, aber sie sind ausgeschlossen von massenmedialer Reichweite und nur für ein relativ kleines Häuflein speziell Interessierter wahrnehmbar.

Thema muß sein, daß in diesem Land die Kriegspartei ziemlich freie Bahn hat, nachdem sich das politische Spektrum, das sich politisch links wähnt, vor allem zum Ukraine-Krieg und zum Thema Antisemitismus weitgehend orientierungslos zeigte. Es ist frustrierend zu erleben, wie etwa zwei Generationen nach dem Zweiten Weltkrieg die Entschiedenheit zu „Nie wieder Krieg!“ erloschen ist. Wenn beispielsweise gegenwärtig über die Wiedereinführung eines Wehrdienstes Stimmen zu hören sind, erschöpfen sie sich in der Regel in dem Wunsch, daß es „gerecht“ zugehen möge.

Eine Erklärung liegt gewiß in dem Mechanismus, der bewirkt, daß die herrschende Meinung die Meinung der Herrschenden ist. Insbesondere Patrick Baab hat sich aus eigener Erfahrung dazu geäußert. Zwischen seinem selbstausbeuterischen Bemühen um friedensstiftende Aufklärung und den oben genannten Figuren liegt die Tatsache: „Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so daß ihr damit zugleich im Durchschnitt derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind.“ (Man mag die Klassiker des historischen Materialismus schätzen oder nicht – aber augenscheinlich haben sie in dieser Frage recht.)

Kurz gefaßt ist also die Rede von politischer Hegemonie, davon, welche Interessen und Ideen sich im politischen Geschehen durchsetzen können und wie sich dies vollzieht. Kampf um die Köpfe ist eine Konstante in der Geschichte, deren Bedeutung sich im heutigen sogenannten Medienzeitalter bis zum Medien„terror“ gesteigert hat. Immer besteht die Gefahr,

daß große, ja sehr große Teile der Bevölkerung so weit manipuliert werden, daß sie gegen ihre eigenen Interessen handeln. Das hat in der Kriegsfrage besonders gravierende Folgen – siehe die Folgen der zwei Weltkriege. Der deutsche Faschismus hatte eine Massenbasis.

Das zentrale Problem unserer Zeit heißt politische Hegemonie – und die ist umfassender und gravierender in Wesen und Wirken als das Gequassel politischer Fehlbesetzungen. Die verantwortungslosen, ja irren geistigen Entgleisungen dieser „Herrschaften“ sind ein Symptom, nicht aber die Ursache des verheerenden Geschehens.

Diese Ursachen gehen weit in die Geschichte dieses Landes zurück. Dazu gehört neben dem Ausbleiben einer konsequenten Entnazifizierung der alten BRD eine antikommunistische, antisowjetische und nunmehr antirussische Grundierung im Alltagsbewußtsein breiter Volksmassen. Wie sonst wäre zu erklären, daß dieser Tage Rutte ungestraft öffentlich behaupten kann, „wir sind Rußlands nächstes Ziel“. Er muß sich recht sicher sein, daß sehr viele Menschen ihm diesen Unsinn glauben. Was einst ein Witz in einer Comic-Serie („Die Russen kommen!“) war, ist heute bitterer Ernst. Der politische Wind in diesem Land hat sich gedreht – und zwar in Richtung militärischer Konfrontation mit Rußland.

Tatsache ist, daß heute erstmalig seit 1945 und weitestgehend unwidersprochen deutsches Militär in Litauen stationiert ist. Desessen Kommandeur faselte mit wirrem Blick in die Kamera eines öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders von „Ostfront“. Beispiele anderer kriegsgeiler „Ganzjahreskarnevalisten“ (Volker Pispers) lassen sich mühe-los finden. (Zum Glück mit Erich Vad und Harald Kujat gibt es auch Ausnahmen, aber sie sind nur am Rande des Mediengeschehens wahrnehmbar.)

Kurt Tucholsky hat in der „Weltbühne“ 1926 die politische Zurechnungsfähigkeit imperialistischer Militärs seiner Zeit beobachtet. Er zitierte: „Wir verachten die Kleinlichen, Selbstsüchtigen, Nörgler, Besserwisser und Halsstarrigen und bekämpfen um des Leides willen, das sie dem Vaterlande brachten, die Schwärmer von Weltfrieden und Weltverbrüderung.“ Und konterte: „Die Angehörigen der Reichswehr sind dafür angestellt und bezahlt, eine Wehr des Reiches zu bilden – weiter nichts. Trotz aller gegenteiligen Betätigung des Herrn Geßler (des damaligen Reichswehrministers – P.F.): weiter nichts. Unter gar keinen Umständen hat aber der, der da 'in Gruppen rechts schwenkt – marsch' kommandiert, seinen

Volksgenossen, und zwar genau der Hälfte, zu erzählen, wie er über Weltverbrüderung, verzeihen Sie das harte Wort: denkt. Wir wünschen nicht, uns von diesen Elementen belehren zu lassen. Dafür sind sie nicht da. Und auch nicht qualifiziert.“

Unsere Zeit bräuchte einen Wiedergänger Tucholskys in einem massenwirksamen Medium. „Die Ideologie, die da den Satz aufstellt: 'Kämpfen dürfen ist eine Ehre' – einen Satz, den man in allen Abdeckereien anschlagen sollte, damit das Schlachtvieh doch wenigstens weiß, woran es ist ... diese Ideologie ist verwerflich, nichts-nützig und hassenswert.“ Und er ergänzt, „daß mangelnde Geschichtsbildung und fehlendes Fingerspitzengefühl kein Grund sein sollte, ... (nicht zu sehen), wohin die geschwellte Männerbrust führt: in die Kalkgrube.“

Tucholskys Erfahrung nach dem Ersten Weltkrieg ist bestätigt und übertroffen worden im Zweiten Weltkrieg, den das Deutsche Reich losgetreten hat. Dennoch hat sich in diesem Land gegenwärtig noch keine Friedensbewegung von Bedeutung gebildet. Das Land schläft.

Die wie oben angedeutete verheerende Rolle von Massenmedien ist gewiß ein maßgeblicher Faktor dabei. Doch auch der muß Triebkräfte haben, die über ökonomische Ressourcen verfügen und politische Verfügungsgewalt innehaben.

Jüngst kam ein Buch heraus, mit dem ordentlich befeuert werden soll, was ohnehin täglich in medialer Dauerschleife zu vernehmen ist: „Putins Angriff auf Deutschland: Desinformation, Propaganda, Cyberattacken/Fake News aus Moskau. Wie Rußland unsere Demokratie angreift“, erschienen Ende 2024. Mit Nennung des Titels erübrigt sich, auf die Inhalte einzugehen. Die „Methode Gleiwitz“ ist nie aus der Mode gekommen und hat neue Konjunktur. Autoren sind Arndt Freytag von Loringhoven und Leon Erlenhorst. Im „Waschzettel“ des Buches steht, daß Loringhoven „sechs Jahre in Moskau auf Posten und anschließend von 2007 bis 2010 Vizepräsident des BND und zwischen 2016 und 2019 Beigeordneter Generalsekretär der NATO für geheimdienstliche Zusammenarbeit“ war. Dieser Herr ist Biochemiker und hat bei der NATO im Bereich „tödliche Waffen“ zu tun gehabt. Im Auswärtigen Amt war er Sonderbotschafter für die „Allianz für den Multilateralismus“, die dem „Erhalt und (der) Weiterentwicklung der regelbasierten internationalen Ordnung“ verpflichtet ist. Was er damit verbindet, wurde schon vor Erscheinen des hier erwähnten Buches in mehreren Interviews offen gesagt. Am 31.1.2023 erklärte er

zum Beispiel auf der Plattform „Thepioneer“: „Wir müssen uns auf längeren Krieg einstellen.“

Gefördert wurde von Loringhoven vom früheren Botschafter der BRD in Moskau (2014–2019) – Rüdiger Werner Hans-Erdmann Freiherr von Fritsch-Seerhausen, der davor (2004–2007) Botschafter in Warschau war. Er protegierte den Herrn Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven, der Botschafter in Warschau werden sollte, was Polen zunächst ablehnte. Warschau wies auf dessen Vater hin, Bernd Freiherr Freytag von Loringhoven. Er war wahrscheinlich 1945 vorletzter Mann im „Führerbunker“. Hochdekoriert von der Naziführung – und der BRD: 1972 Großes Verdienstkreuz für nachrichtendienstliche Tätigkeit Richtung Osten. Der Sohn Arndt wurde doch noch Botschafter in Polen (2020–2022). Alter litauischer Adel weiß sich zu positionieren.

Bleibt die Frage nach dem Koautor Leon Erlenhorst (geb. 1996). Dieser junge Mann ist Absolvent der privaten Zeppelin-Universität in Friedrichshafen, wo er 2024 den Master in International Relations und Global Politics erwarb und sich nun der Aufdeckung von Propaganda im Internet verpflichtet sieht. Auf dem Portal www.factor-de.org gab er mit Datum 30. Oktober 2025 an, als „Strategy lead“ bei Media Force zu arbeiten – einer gemeinnützigen GmbH, die sich hoher staatlicher Anerkennung erfreut.

Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung hat das Buch am 2. Juni 2025 unter der Überschrift „Wenn Krieg digital wird“ öffentlich vorgestellt. Einer Diskussion mit den Zuhörern sind drei Fragen aus dem Publikum zu entnehmen, darunter: „Sind prominente Rußlandversther wie Krone-Schmalz, Exgeneral Kujat oder Sahra Wagenknecht direkt vom Kreml infiltriert oder beeinflusst?“ Antwort der Autoren: „Direkter Kremlinfluß ist selten nachweisbar. Ähnliche Narrative beruhen oft auf ideologischer Nähe.“ Warum stiftet so jemand ein Konzert an, wenn die Notensterden fehlen? (Ossietzky)

Was ist die Zeppelin-Universität (ZU)? Sie rühmt sich bemerkenswerter Absolventen. Es mag genügen, einige namentlich anzuführen:

- Johannes Volkmann (geb. 1996), Mitglied des Bundestages für die CDU, Enkel von Helmut und Hannelore Kohl.
- Eva Schulz (geb. 1990), Journalistin und Fernsehmoderatorin beim ZDF, gleichzeitig bei „Reporter ohne Grenzen“.
- Aylin Matlé (geb. 1989), Senior Research Fellow am Zentrum für Sicherheit und Verteidigung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik,
- Frank Sander (geb. 1997), Kandidat der Partei Die Linke zur Bundestagswahl 2021 und zur Landtagswahl in Baden-Württemberg am 8. März 2026. An der ZU Leiter von „The Open Government Institut“.

Natürlich spielt nicht jeder ZU-Absolvent eine politische Rolle. Aber im Ganzen ist alles gut themen- und strukturübergreifend organisiert, mit recht zuverlässigem systemtragendem Effekt (Politik, Finanzen, Medien, Marketing).

Am 8. Oktober 2025 fand die 4. „Bodensee Youth Conference“ statt, organisiert von der ZU und deren Studierenden. In der Ankündigung hieß es: „Ein weiterer Gast bei der Konferenz, bei der sich 200 Jugendliche und junge Erwachsene zum Thema ‘Das Ende der liberalen Ära?’ austauschen werden, ist Christian Dürr, Bundesvorsitzender der FDP. Generalmajor Detlev Simons, Chef des NATO-Stabes bei der Bundeswehr in Ulm, gehört ebenfalls zu den Gästen.“ Natürlich wurde betont: „Wir sind parteipolitisch neutral! ... Unter den Gastrednern sind der ehemalige EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU) sowie der CDU-Spitzenkandidat für die bevorstehende baden-württembergische Landtagswahl im März, Manuel Hagel. Veranstaltet wird die Konferenz vom Autzulieferunternehmen ZF und dem ‚Club of International Politics‘, hinter dem Studierende der Zeppelin-Universität stehen.“ Der genannte Club hat als Förderer u.a. die Deutsch-Atlantische Gesellschaft.

Die tragende Rolle aber spielte das Autzulieferunternehmen ZF aus Friedrichshafen. ZF ist ein wirtschaftlicher Gigant, der global aufgestellt ist und allein im Teilbereich militärische Marineantriebstechnik zum Beispiel im Jahr 2021 mit 9927 Beschäftigten einen Umsatz von 3,16 Milliarden Euro realisiert hat. So nimmt es nicht wunder, daß „im vergangenen Jahr (2024 – P.F.) besonders viele Drittmittel eingenommen... (worden sind). In der Förderung und Rankings stehe sie gut da. Die Zeppelin Universität weist zudem auf einen Gemeinderatsbeschuß aus dem Mai 2023 hin. Demnach beabsichtigt die Stadt, auch weiter die Universität mit Geldern zu unterstützen.“

Es handelt sich hier um ein Netz unterschiedlichster Akteure aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens – einschließlich Militär und Geheimdiensten. Die ZU ist nebst Stiftung Teil eines gigantischen Netzwerkes zur Propagierung politischer Ziele. Hier kommt alles zusammen, was politische Hegemonie konstituiert: Staatliche Verfügungsgewalt, die unter direktem Einfluß der herrschenden politischen Klasse steht, schafft die gesetzlichen Bedingungen. Genügt das Geld nicht trotz horrender Studiengebühren, mit denen von vornherein eine soziale Auslese der studentischen „Kundschaft“ erfolgt, wird mit Millionenbeträgen ausgeholfen. Die werden unter Vermittlung der Politik von einem Konzern gestellt, der ein internationaler Rüstungsriese ist. Das Dreieck ist komplett: Politische Hegemonie – staatliche Herrschaft – finanzielle Ressourcen von Konzernen. So „schmiedet“ man die nächste Generation

von intellektuellen Krüppeln, die, dienstbar abgerichtet, das Geschäft des großen Geldes besorgen. Die politische Hegemonie der Kriegspartei ist in einem Maße unangefochten, daß einem angst und bange vor der Zukunft werden kann.

Was von ihr zu hören ist, zeugt überdies von Realitätsverweigerung: Die von den USA nach 1945 gehätschelte Rolle der BRD hat sich seit 1990 historisch erledigt. Heute werden die globalen Verhältnisse neu geklärt und wie schon seit Kaisers Zeiten kommt man mit allen geopolitischen Ambitionen zu spät. Man beeilt sich, bis 2029 Rußland militärisch trotzen zu können – so jedenfalls die offizielle Lesart. Die USA pokern um die Ukraine und die immer vollmundige EU sitzt (bis jetzt) nicht mit am Tisch. Mit der neuen Sicherheitsstrategie der USA beginnt die Zuspitzung zwischen imperialistischer Widersprüche. Und die umfassen den ganzen Globus. Die Zuspitzung an Konfliktlinien wird globaler – und (wieder) atomarer. Daß Momente einer geostrategischen Neuorientierung des US-Imperialismus diejenigen in Europa, die nach Osten drängen, nunmehr besonders waghalsig werden lassen, erhöht die Eskalationsgefahr bis zum Krieg in Europa enorm. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Deutschland in eine innerimperialistische Widerspruchskonstellation hineinläuft, die der am Vorabend des Zweiten Weltkrieges ähnelt.

Bis jetzt ist die Kriegspartei Hegemon.

Dr. Peter Fellenberg
Leipzig



„RotFuchs“ abonnieren einfach gemacht

Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei

Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73

oder die formlose Bestellung
per E-Mail:

vertrieb@rotfuchs.net

Deutschlands Eliten in Hochstimmung

So „siegessicher“ kann nur auftreten, wer glaubt, alle Mächte hinter sich zu haben. Sie freuen sich angesichts der im Hintergrund aufgereihten Tötungsinstrumente. Der SPD-Kriegsminister ist begeistert, die Leistungen von Rheinmetall-Chef Pappberger besonders würdigen zu können. Nur der SPD-Bundesfinanzminister steht etwas unbeholfen daneben. Ist ihm diese Zirkusveranstaltung vielleicht nicht ganz so angenehm, weil Aufrüstung Milliarden Euro aus dem Staatshaushalt einfordert? Aber die SPD machte ja schon seit 1914 brav mit, wenn es im Interesse des Kapitals nach vorne ging, um danach wieder aufgrund äußerer Einflüsse im 2. Weltkrieg den Rückzug anzutreten. Rückzug soll es nicht mehr geben, dafür steht der deutsche SPD-Kriegsminister. Im Auftrag des Kapitals und als dessen Erfüllungsgehilfen geht es der Bundesregierung darum, der Bevölkerung die Aufrüstung, Wehrpflicht und Kriegstüchtigkeit so zu verkaufen, daß dieser Kurs nicht infrage gestellt wird. Eine Antwort darauf, inwiefern Rußland eine Gefahr für den Westen darstellt, wird nicht gegeben. Diese ist von den im Foto zu sehenden Herren auch nicht zu erwarten, weil sie sie selbst nicht kennen. Den Krieg in der Ukraine hat der Westen absichtsvoll nicht nur

provoziert, sondern auch herbeigeführt. Er soll nach Wunsch der Herren auf dem Foto noch lange weitergehen. Was wir erleben, ist eine Demokratiesimulation, die rechtsstaatli-

„Und wenn es uns dann noch gelingt, dafür zu sorgen, daß Frieden und Freiheit zu-
rückkehren nach Europa, daß wir einen
Ausgleich finden, endlich auch wieder mit



Die Spitzen der Gesellschaft, Unterlüß, 27.8.2025: Rheinmetall-Aufsichtsratschef Ulrich Grillo, Bundeswehr-Generalinspekteur Carsten Breuer, NATO-Generalsekretär Mark Rutte, Verteidigungsminister Boris Pistorius, Rheinmetall-Vorstandsvorsitzender Armin Pappberger, Bundesfinanzminister Lars Klingbeil. (Quelle: www.globallookpress.com © Julian Stratenschulte/dpa)

che Instrumente zur Disziplinierung Andersdenkender mißbraucht. Es ist bürokratische Repression durch administrative Verfahren. Es ist die Herrschaft einer politischen Klasse, die Opposition als Delegitimierung empfindet. Anlässlich des Neujahrsempfangs der Handelskammern in Halle äußerte sich Bundeskanzler Merz laut MDR über den deutschen Ausgleich mit Rußland:

unserem größten europäischen Nachbarn, nämlich mit Rußland. (...) Rußland ist ein europäisches Land. Wenn es uns dann gelingt, in der längeren Perspektive mit Rußland wieder einen Ausgleich zu finden, wenn Frieden herrscht, wenn Freiheit gewährleistet ist, (...) dann hat diese Europäische Union, dann haben wir auch in der Bundesrepublik Deutschland eine weitere Bewährungsprobe bestanden (...).“

Was ist das für entsetzliches Geschwafel eines Kanzlers, welcher genau das konterkariert, was er vorher hörbar absonderte. Wer, wenn nicht der Bundeskanzler, hätte sich denn im Namen Deutschlands mit Rußland verständigen können und müssen?

Nun scheint die Front der „Willigen“ langsam zu bröckeln. Frankreich und Italien wollen wieder mit Rußland reden. Warum? Weil in diesen Ländern angesichts des sinnlosen Transfers von Milliarden Euro kein Geld mehr für die eigene Infrastruktur vorhanden ist. Nur ein „Williger“ bleibt stur, Deutschland mit seinem Kanzler.

Reiner Neubert

Staatsorgane unter Artenschutz

Mit dem „Pakt für den Rechtsstaat“ organisiert die Bundesregierung die Repression für die Kriegstüchtigkeit

Die Generalmobilmachung gegen demokratische Rechte, Unschuldsvermutung und Rechte von Beschuldigten im Strafverfahren hat seit Jahresbeginn ihren passenden Namen. Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) rief zu Neujahr die Neuauflage des „Pakts für den Rechtsstaat“ aus. Die Vokabel kennt man schon aus den Merkel-Jahren und Vorstößen der früheren SPD-Innenministerin Nancy Faeser; im Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung war auch von diesem Pakt zu hören. Jetzt allerdings dürfen wir auch im Bereich der Justiz und der Strafverfolgungsmaßnahmen mit einer bisher beispiellosen Forcierung des Verfolgungsdrucks rechnen. Der Duden liegt in diesem Fall richtig, wenn er den Begriff „Pakt“ mit Negativem assoziiert und in den Kontext der Redewendung „Ein Pakt mit dem Teufel“ stellt. Die Zeiten sind vorbei, in denen antidemokratische

Gesetzesvorhaben noch mit wohligh-süßlicher Verschleierung verkauft werden mußten. Der „Pakt für den Rechtsstaat“ soll die Rolle und Zielsetzung des Staatsapparates im Kampf gegen den Feind im Inneren analog dem „Operationsplan Deutschland“, der sich mit dem äußeren Feind beschäftigt, vorzeichnen. Konkret geht es um mehrere Einzelgesetzespakete zur Verschärfung des Strafrechts, der Beschleunigung von Gerichtsverfahren, den ungehinderten Datenaustausch im Bereich der Verfolgung über Ländergrenzen hinweg (euphorisch als Bürokratieabbau durch Digitalisierung betitelt) und einen rekordverdächtigen Aufwuchs des justiziellen Apparats um 2000 Staatsanwälte und Richter. Noch vor Weihnachten letzten Jahres wurde auch die Kostendimension bekannt, mindestens 450 Millionen Euro. Gestritten wird zwischen Bund und Ländern

derzeit noch, wer für welche Teilbeträge aufkommen muß. Für die „große Aufgabe des Jahres 2026“, nämlich die Stärkung des „Gemeinwesens gegen Angriffe von innen wie von außen“ (Hubig), ist nichts zu teuer und keine Fantasie zu billig.

Wer zukünftig die Funktionselite unseres kapitalistischen Gemeinwesens bloßstellt, beleidigt, delegitimiert oder mit unverschämten Forderungen behelligt, bekommt es mit den neu formulierten Paragraphen 105 und 106 Strafrechtsgesetzbuch (StGB) zu tun. Bisher standen dort nur Bundespräsident, das Parlament und das Bundesverfassungsgericht unter Artenschutz, in Kürze muß der kritische Bürger sich den Mund verbieten, wenn es zum Beispiel um die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen geht oder den Bürgermeister vor Ort. Unter strafrechtlichem Schutz sollen alle

stehen, die als „politische Entscheidungsträger“ dem „Gemeinwohl verpflichtet“ sind. Nicht allein, daß bestraft wird, die Sanktionen sollen auch viel höher ausfallen, wenn es um Staatsdiener geht. Weil die „Funktionsfähigkeit“ des Staates in Rede steht, wird die Strafzumessungsvorschrift des Paragraphen 46 StGB für diese Fälle nach oben ausgebaut.

Der Pakt würde seinen Namen nicht verdienen, wenn nicht auch die Freiheitsstrafe im weiter verschärften Volksverhetzungsparagrafen 130 StGB abermals heraufgesetzt würde (von drei auf jetzt fünf Jahre). Dabei wird der Begriff der Verhetzung so weit wie möglich und damit in seiner Weite verfassungswidrig gefaßt. Erfasst sind „Äußerungen, (...) die sich gegen die Wahrung des friedlichen Miteinanders“ richten. Ruhe an der Heimatfront ist die Devise.

Um der Verbreitung von „staatsfeindlichen Propagandamitteln“ (Paragraf 86 StGB) endlich einen effektiven Riegel vorzuschieben, greift der Gesetzesentwurf auf den antiliberalen Schnee von vorgehern, nämlich die EU-Richtlinie 2580 aus dem Dezember 2001 zurück. Was im damals NATO-weit erklärten „Krieg gegen den Terrorismus“ geschöpft wurde, kann beim Kampf gegen den Feind im Osten nur nützlich sein. Die Sprache ist verräterisch, ständig stößt der Leser des Entwurfs „zur Änderung des StGB – Stärkung des strafrechtlichen Schutzes des Gemeinwesens“ auf die Wendung von den „gemeinwohl-schädlichen“ Straftaten. Die Worte wecken Erinnerungen an ganz dunkle Zeiten deutscher Repression.

Jenseits des im Grundgesetz niedergelegten Bestimmtheitsgrundsatzes (es darf nur aus

einem Gesetz bestraft werden, dessen Tatbestand für jeden nachvollziehbar klar und eindeutig gefaßt ist), gefällt sich der Entwurf aus dem Hause Hubig im spielerisch-kreativen Umgang mit dem Knüppel des Strafrechts. Den Begriff des „Gemeinwohls“ habe man als „unbestimmten Rechtsbegriff“ bewußt gewählt, die Richterschaft soll ihn mit Leben füllen, sprich, an „Staatsaufgaben und Staatszielen“ ausrichten. Und weil auch ein gerüttelt Maß an selbstgerechter Anmaßung nicht fehlen darf, ruft die Bundesjustizministerin bei Übersendung ihres Entwurfs an das Parlament zum „Dialog“ über ebendiese Staatsziele auf. Mit Verlaub, die Ziele kennen wir schon. Ob sie durchdringen, wird auf der Straße entschieden, nicht im Parlament.

Dr. Ralf Hohmann

UZ, 16.1.2026

Und sie träumen von der Bombe ...

Man kann ja mal darüber reden. Das macht jetzt ein Brigadegeneral namens Frank Pieper, der an der Führungsakademie der Bundeswehr tätig ist, also künftige Generalstabsoffiziere ausbildet. Sein Argument? „Konventionell, das zeigt uns Putin jeden Tag in der Ukraine, werden wir ihn nicht abschrecken können – da lacht er drüber.“

Nun, die Welt kennt noch andere Möglichkeiten als Abschreckung. Diplomatie beispielsweise. Aber deren Existenz wurde in Westeuropa inzwischen weitgehend verdrängt. Aber Atombomben? Wie viele denkt sich der Herr denn so? Ist ihm klar, daß das dicht besiedelte Deutschland besser daran täte, jede nukleare Auseinandersetzung zu verhindern, statt sich einzubilden, mit Atomwaffen „abschrecken“ zu können?

Da braucht man das Faß mit den Hyper-schallraketen noch nicht einmal aufzumachen. Wenn es eine Sache gibt, die dämlicher wäre, als mit Taurus-Raketen auf russisches Gebiet zu schießen, dann wäre es, wenn anstelle der Taurus Atomraketen stünden. Und ja, anders als mit Raketen wird das nichts, denn die Jahre, in denen der genau dafür entwickelte Tornado das Radar bei Bedarf unentdeckt unterfliegen konnte, sind auch schon lange vorbei. Vielleicht sollte sich der Herr General auch mal über die russische Luftabwehr kundig machen, statt nur Nuklearsprengköpfe zu zählen ... Müßte ihm eigentlich liegen, er hat schließlich bei der Luftabwehr angefangen. Das Schlimme daran ist, daß er als Direktor der Führungsakademie durchaus Einfluß hat. Und daß ihm gleich mehrere der üblichen Verdächtigen sekundierten. Vor einiger Zeit schon hatte ein Mitarbeiter einer Brüsseler Denkfabrik erklärt, die Lage im transatlantischen Verhältnis werde

„eine neue Diskussion über die Frage, ob Deutschland eigene Atomwaffen anschaffen sollte“, auslösen. Und siehe da, der Herr General liefert. Ja, so sorgt man dafür, daß über eine Vorstellung geredet wird, die eigentlich spätestens seit die Bundesrepublik 1974 den Atomwaffensperrvertrag ratifiziert hatte, erledigt sein sollte. Auch im Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 steht ein expliziter Verzicht auf Atomwaffen. Wobei, in diesem Vertrag stand auch, vom deutschen Boden werde nur Frieden ausgehen ... Der Präsident der Bonner Stiftung „Haus der Geschichte“ will nun den „Nachkriegspazifismus“ klar durch Vorkriegsmilitarismus ersetzen: „Militär, Machtpolitik, Geheimdienste – das alles wird abgelehnt. Das ist ein großes Problem.“ Die Frage der Beschaffung von Atomwaffen sei eine Frage der „Existenz der Bundesrepublik“. Übrigens, die Stiftung, die diesen Herrn bezahlt, ist eine Bundesstiftung. Beahlt wird diese freundliche Person nach Besoldungsgruppe B5, das sind zwischen 9800 und 10 200 Euro im Monat, aus Steuergeldern, versteht sich. Interessant ist, daß jene, die gerade das Thema einer deutschen Atombombe lancieren, gleich darauf aufmerksam machen, daß es ja so eine Firma namens Urenco in Gronau gibt, die ganz unauffällig der zweitgrößte Hersteller angereicherten Urans weltweit sei, gleich hinter Rosatom. Bisher produziert die Anlage nur bis zu sechs Prozent U-235-angereicherten Brennstoff für Kernkraftwerke, der vor allem in die USA geliefert wird.

Urenco Deutschland ist Tochter einer britischen Firma, die je zu einem Drittel der britischen und der niederländischen Regierung sowie E.ON und RWE für die deutsche gehört. Die Bundesregierung hat immer noch Vetorechte bei der Mutterfirma, aber durch die Privatisierung der

Stromversorgung in der BRD gerieten die beiden Stromkonzerne da hinein. Gehässig könnte man sagen, damit hätte sich die Vorstellung einer deutschen Bombe eigentlich erledigt, und es bliebe nur noch die europäische Variante, weil weder die Briten noch die Niederländer ein Interesse an einem atomar aufgerüsteten Deutschland haben dürften (wobei das bei den Briten immer mal anders aussehen kann, wenn sie sich sicher fühlen, daß es nur gen Osten geht). Von diesen Nickeligkeiten abgesehen wäre es wohl möglich, die dortigen Gaszentrifugen für eine höhere Anreicherung zu nutzen. Der Stern hat auch hierfür einen Experten an der Hand, der erläutert, „wir wären innerhalb von drei Jahren in der Lage, eine Atombombe zu bauen“. Und dann noch vorrechnet: „Bei der genehmigten Anreicherungs-kapazität in Gronau könnte man jährlich rund 17 Tonnen waffenfähiges Uran herstellen. Das wäre die 340-fache kritische Masse, also rund 340 Sprengköpfe.“ Weil man also begriffen hat, daß man konventionell nichts reißen kann und deshalb schon fast den Rußlandfeldzug absagen müßte, wird jetzt über deutsche Atombomben nachgedacht? Als ließe sich der völlige Mangel an Souveränität, der sich im Schweigen nach den Nord-Stream-Anschlägen manifestierte, durch zwei Dutzend Kilo Uran 235 heilen; als bliebe nicht die ganze politische Klasse dieselbe Zwergentruppe, derselbe Haufen vernunftbefreiter Russenhasser. Klar, die letzten Jahre über wurde schließlich immer wieder diese Wunderwaffen-Nummer gezogen, warum jetzt nicht auch für Deutschland und nicht nur für die Ukraine?

Dagmar Henn

Redaktionell gekürzt

Quelle: RTDE, 30.1.2026

Hofhunde des Kapitals

Vor 120 Jahren veröffentlichte Karl Liebknecht einen klassisch gewordenen Text gegen Wehrpflicht und Militarismus

Nun, wie ihm auch sei, ihr werdet in die Kasernen einziehen.

Dort werdet ihr bald hören: Nicht nur zum Kampf gegen den äußeren Feind, nein, auch zum Kampf gegen den inneren Feind sollt ihr dienen!

Wer ist der innere Feind?

Auf Vater und Mutter, Bruder und Schwester sollt ihr nach Kommando schießen! Fürs Vaterland?

Man wird euch zu Streikbrecherdiensten abkommandieren. Fürs Vaterland?

Man wird euch, wie in Nürnberg und Magdeburg und wie in ganz Preußen und Hessen am 21. Januar 1906, in den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum zum Schutze des Unternehmertums und in den politischen Freiheitskämpfen der Arbeiterschaft zum Schutze eurer Unterdrücker gegen die Arbeiter, eure Kameraden, Kollegen und Gesinnungsgenossen, zu den Waffen rufen. Fürs Vaterland? (...)

Was ist das für ein Vaterland, das nicht das ganze Volk umfaßt, euch von euren Liebsten reißt, zu Feinden eurer Freunde machen will? Das den Kampf gegen die Arbeiterschaft proklamiert, das sich eins fühlt mit dem Unternehmertum, mit jeder Reaktion? Das ist nicht euer Vaterland; das ist nicht das einige deutsche Vaterland. Das ist nur die Vertretung einer Klasse des deutschen Volkes, die euch, seitdem ihr lebt, und schon euren Vätern, seitdem sie leben, feindlich ist bis aufs Blut, die euch und eure Väter, Mütter, Brüder und Schwestern, Kameraden, Kollegen und Gesinnungsgenossen von Kindesbeinen an ausbeutet und unterdrückt!

Der innere Feind, das sind eure Väter, Mütter, Brüder, Schwestern und Freunde, das

ist das gesamte Proletariat und alles, was nicht mit der herrschenden Reaktion durch dick und dünn geht; der innere Feind: Das seid noch heute ihr selbst! Und das werdet nach eurer Entlassung wieder sein, ihr selbst! Ihr selbst, die ihr zum Kampf gegen diesen inneren Feind aufgerufen werdet, zum Kampfe gegen euch selbst.

Zu „Hofhunden des Kapitals“, ihres Feindes, werden die Proletarier degradiert, wenn man sie gegen den inneren Feind mobilisiert; ihr Lohn, und sei er noch so gering, soll ein Judaslohn sein: Trifft es nicht zu, wenn Freunde des Proletariats so sprechen?

Und habt ihr erst dies erkannt, so erkennt ihr weiter: Nur darum der furchtbare Druck und Drill und die eiserne Disziplin, damit das Proletariat durch Furcht und Schrecken gezwungen wird, dem Kapital und der Reaktion, seinen eigenen Feinden, zu dienen. (...) Nur darum die Militärmißhandlungen und das grundsätzliche Messen mit zweierlei Maß durch Militärgesetz und Militärjustiz, weil man kein Volksheer, kein Heer des deutschen Volkes, sondern eine Armee des Kapitals, der Reaktion geschaffen hat und braucht.

Nur darum schafft man euch aus der Heimat in die Fremde, damit ihr von euren Nächsten getrennt, im Kampfe für eure Feinde durch Skrupel und Zweifel, durch Solidaritätsgefühl und unbequeme Herzensregungen weniger gestört werdet.

Und die wahnsinnigen jährlichen Milliardenkosten dafür, daß ihr in dieses für euch selbstmörderische Instrument verwandelt werdet, daß man aus euch Proletariern das stärkste Bollwerk eurer Zwingburg fügt, daß man euch Seele, Verstand, Selbstgefühl, Klassenbewußtsein, Kindes- und Geschwisterliebe,

kurz alle edelsten Regungen zu verwirren und zu rauben sucht, müßt ihr, muß das Proletariat auch noch selbst aus seinem eignen sauren Schweiß pressen.

Ist das nicht Widersinn? Ist das nicht unmöglich? Warum schützt sich der Kapitalismus, schützt sich die Reaktion nicht durch ihre Kostgänger, durch die, deren Interessen sie vertreten?

Und der Militarismus ist der Würgengel der Kultur; er barbarisiert die Zivilisation und frißt, das Volk aussaugend, alle Mittel auf, die einem wahrhaftigen Fortschritt dienen könnten.

Er ist die Quintessenz und die Summe aller Volksfeindlichkeit, der brutale Exekutor und der blutig-eiserne Schutzwall des Kapitalismus.

Nehmet diese Erkenntnis in euch auf, ihr Proletarier, die ihr zu den Waffen gerufen werdet, und alle Versuche, euch in der Kaserne der großen Sache des proletarischen Befreiungskampfes abspenstig zu machen, müssen nicht nur zuschanden werden, sondern die Begeisterung eurer Überzeugung, eurer Ideen nur um so höher und heißer entfachen. Als doppelt gestählte Streiter werdet ihr aus dem Heere des Kapitalismus in die Reihen der proletarischen Armee zurückkehren.

Redaktionell gekürzt

Karl Liebknecht: Rekrutenabschied. In: Die Junge Garde, 22. September 1906. Hier zitiert nach: Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Band 1. Dietz-Verlag, Berlin 1958, Seiten 187–189

*Der erste Teil dieses Textes erschien in der jW-Wochenendbeilage vom 17./18. Januar
Aus: junge Welt, 24.1.2026*

Neues Wehrdienstgesetz verfassungswidrig?

Auszug aus der Pressemitteilung Netzwerk Friedenskooperation 1/2026

Am 1. Januar trat das neue Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WModG) in Kraft. Das Netzwerk Friedenskooperative kritisiert die darin vorgesehenen ersten Zwangsmaßnahmen in Richtung eines allgemeinen Wehrdienstes und sieht in dem Gesetz einen weiteren Schritt hin zur Militarisation der Gesellschaft. Das Netzwerk Friedenskooperative lehnt das Gesetz entschieden ab. Auch ein freiwilliger Wehrdienst dient dazu, das Töten von Menschen zu erlernen.

Neben den politischen Kritikpunkten am WModG ist aus Sicht des Netzwerks Friedenskooperative fraglich, ob der Gesetzgeber juristisch verfassungsgemäß gearbeitet hat. Zur Debatte steht, ob das neue

Wehrpflichtgesetz die Grundrechtseinschränkungen, die es ab sofort mit sich bringt, ausreichend klar benennt, so wie es das Zitiergebot des Grundgesetzes zwingend vorsieht. Dieses fordert in Artikel 19, daß jedes Gesetz, das Grundrechte, wie beispielsweise die Freiheit der Person oder die informationelle Selbstbestimmung, einschränkt, diese Rechte konkret benennen muß.

Eine Liste von eingeschränkten Grundrechten findet sich in § 51 des alten Wehrpflichtgesetzes, der laut WModG erst im „Spannungs- oder Verteidigungsfall“ in Kraft gesetzt wird. Da die neue Reform jedoch bereits ab jetzt, also nicht erst in einem Spannungs- oder Verteidigungsfall, u.a. eine

verpflichtende Beantwortung des Erhebungsbogens und eine Musterungspflicht für junge Männer ab 18 – bis hin zur möglichen polizeilichen Vorführung – vorschreibt, steht infrage, ob das neue Gesetz verfassungskonform ist. Denn diese Zwangsmaßnahmen stellen deutliche Grundrechtseingriffe dar. Neben der Einhaltung des Zitiergebots wird zudem die Verhältnismäßigkeit diskutiert. Kritiker argumentieren, daß der Zwang zur Preisgabe sensibler Daten sowie die Zwangsmusterung nicht verhältnismäßig seien, um lediglich einen personellen „Vorrat“ für die Zukunft ohne aktuellen akuten Verteidigungsfall zu schaffen. Diese Eingriffe in die Freiheit der Person seien daher nicht gerechtfertigt.

RF dokumentiert Auszüge aus dem Papier der Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder!“ zur Strategie der Friedensbewegung in Deutschland 2026

Geopolitische Entwicklungen

Die von der Trump-Regierung ausgehenden Destabilisierungs- und Verunsicherungsversuche durch völkerrechtswidrige Drohungen, militärische Angriffe gegenüber zahlreichen Staaten Lateinamerikas, West-Asiens und sogar dem NATO-Verbündeten Dänemark sind Ausdruck der Krise der Führungsmacht des internationalen Kapitalismus. Sie haben ein Ziel: den Untergang der US-Hegemonie zu verhindern. Die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen, das Völkerrecht und internationale Verträge werden unverhüllt mißachtet.

dadurch zu entgehen, daß sie über eine aggressive Zollpolitik Industrie- und High-Tech-Ansiedlungen in die USA holen will, um das eigene Wirtschaftswachstum zu stärken und das Chinas zu schwächen. Im Zentrum der Auseinandersetzung steht dabei die Entwicklung Künstlicher Intelligenz (KI). China soll dauerhaft von westlicher KI-Spitzen-technologie ausgeschlossen werden.

Taiwan ist für die US-Tech-Riesen und das US-Militär das Zentrum für die Herstellung der modernsten KI-Chips und KI-Server. Auch deshalb verstärkt Trump den unter Obama eingeleiteten Schwenk nach Asien, konzentriert zunehmend die US-Aufrü-

NATO-Truppen im Spannungs- und Kriegsfall an. Das Ziel, Rußland in ein kostspieliges Wettrüsten zu zwingen, um es zu ruinieren und einen Regime-Wechsel zu erzwingen, ist programmiert. Deutschland strebt hierfür die Rolle einer Führungsmacht an. Eine allumfassende Aufrüstung, welche die Aktivierung der Wehrpflicht ansteuert, den Weltraum militarisiert, den großspurigen Aufbau einer Panzer- und Drohnenflotte einschließt und eine dreifach stärkere Marine und ein fünffach stärkeres Heer im Vergleich zur Zeit vor dem Ukrainekrieg schafft, ist das Ziel.

Von strategischer Bedeutung gegenüber Rußland ist das Streben nach präzisen Mittelstreckenraketen, seien es US-amerikanische, die im Sommer nach Deutschland kommen sollen, seien es in Europa zu entwickelnde Mittelstreckenwaffen oder seien es in den USA gekaufte Tomahawk-Marschflugkörper, die 2029 auf Schiffen und an Land stationiert werden sollen. Von interessierten Kreisen wird der Ruf nach einer „deutschen Bombe“ immer lauter. Deutschland macht sich so mutwillig zum Objekt russischer Gegenschläge. Eingedenk der Tatsache, daß es sich bei Rußland um eine Atommacht handelt, die in ihre Nuklear-Doktrin die Schwelle für den Einsatz ihrer Nuklearkräfte so weit gesenkt hat, daß dieser bereits für den Fall einer existenziellen Bedrohung allein durch konventionelle Waffen ermöglicht wird, schlägt der NATO-Aufrüstungskurs einen konfrontativen Weg ein, der den Atomkrieg herausfordert. Dieser Kurs wird maßgeblich von Berlin mitbestimmt.

Für ihre Ziele will die Machtelite in Deutschland und der EU die Hochrüstung, Militarisation und Kriegsvorbereitung vorantreiben. Die „Konversion pervers“ zum Ausbau der Rüstungsproduktion ist keine Lösung für die wirtschaftliche Stagnation und die Krise der Industrie, sondern pure Ressourcenverschwendung. Zur Finanzierung und um die sozialpolitischen und ökonomischen Herausforderungen im Sinne des Kapitals zu bewältigen, werden die Regierung und die sie dabei unterstützenden Parteien, getrieben durch einen ideologischen Klassenkampf von oben (also des Kapitals und neoliberaler Kräfte in Medien und Wissenschaft), ihre Angriffe gegen die sozialen Errungenschaften der Lohnabhängigen fortsetzen und verstärken. Das wird zur Demontage des Sozialstaates und zur weiteren Schwächung der Gewerkschaften führen. Oppositionskräfte gegen diese Politik werden zunehmend politisch angegriffen und immer massiveren Repressionen ausgesetzt. Die Hauptaufgabe der Friedensbewegung ist es, alle Kräfte im Lande und in



Aufruf zum Schulstreik gegen Wehrpflicht am 5. März 2026

Es gilt das Recht des Stärkeren, der Macht. Das zeigt sich ganz eklatant am Kidnapping des venezolanischen Präsidenten ebenso wie an der weiteren Unterstützung Israel bei der Vernichtung und Vertreibung der Palästinenser und Aneignung ihrer Territorien. Der strategische Gegner bei alledem ist China. Alle die US-imperialistischen Übergriffe sind diesem Hauptkampf untergeordnet. Die USA erweisen sich als größte Bedrohung friedlicher Verhältnisse und das größte Hindernis für eine Lösung globaler Probleme durch internationale Zusammenarbeit.

Prognosen sagen bis zur Mitte des Jahrhunderts voraus, daß China eine um 70 Prozent höhere Wirtschaftskraft aufweisen wird als die USA und daß die USA nach Indien auf Platz 3 im Ranking der Wirtschaftsmächte abrutschen werden (in Kaufkraftparitäten gemessen, nicht in internationaler Währung). Die Konsequenz: Den USA droht der Verlust des Dollars als Weltleitwährung und damit das zentrale Instrument der globalen Sanktionierung. Die heterogene Formation BRICS-Plus mit der Zentralmacht China eint das strategische Ziel, die Rolle des Dollars in der Weltökonomie zurückzudrängen. Diesem Schicksal versucht die Trump-Regierung

stung und die regionale und globale Bündnispolitik auf China.

Die US-Droh- und Kriegspolitik gegen Chinas öl- und gasreiche Partner (Iran, Venezuela) und zur Kontrolle strategischer Handelsrouten (Grönland, Taiwanstraße, Südchinesisches Meer, Panama-Kanal) sind Ausdruck dieses Machtkampfs, den die USA militärisch durch eine brachiale Steigerung ihrer Militärausgaben gewinnen wollen. Die Billionen dienen dem Ausbau ihres Atomwaffenarsenals, der Errichtung einer KI-gesteuerten Raketenabwehr mit Weltraumwaffen, destabilisierender Multi-Domain-Task-Forces mit präzisen strategischen Hyperschallwaffen und dem Ausbau einer überlegenen Kriegsflotte. In dieser Strategie ist es für die USA von Nutzen, Rußland von der Unterstützung Chinas möglichst fernzuhalten.

Lage und Herausforderungen in Deutschland

Deutschland will im Zuge der Aufrüstungsorgie zur größten konventionellen Militärmacht der EU und der europäischen NATO-Staaten werden und bietet sich als Aufmarschgebiet und Drehscheibe für

Europa zu sammeln, die sich der Aufrüstung Deutschlands und Europas entgegenstellen und den Weg der vertraglichen Lösungen von Kriegen und Konflikten zwischen Rußland und den anderen europäischen Staaten auf der Basis von Abrüstung und vertraulicher Zusammenarbeit propagieren. Die Zukunft Europas liegt in einer Sicherheits- und Friedensordnung, die auf dem Prinzip der gleichen Sicherheit für alle beruht.

Einschätzung der Lage der Friedensbewegung und Herausforderungen

Die Friedensbewegung – hier verstanden empirisch als die Gesamtheit der Kräfte, die politisch gegen Kriege und die Unterstützung und Beteiligung daran, gegen Hochrüstung und Militarisierung aktiv sind – ist bisher zu schwach, um diese Entwicklungen aufzuhalten und umzukehren. Es gelingt ihr nicht, die Mehrheit der Bevölkerung zu erreichen, sie für die Unterstützung ihrer Forderungen zu gewinnen und in größeren Massen zu mobilisieren. Die bestehenden Spaltungen, Ab- und Ausgrenzungen in der Friedensbewegung verhindern machtvollere gemeinsame Aktivitäten. Die Gewerkschaften und sozialen Kräfte sind in der Defensive, genauso wie die Umweltbewegung und die Bewegungen für Demokratie und Meinungsfreiheit und gegen staatliche Kontrolle und Repression. Die Gewerkschaftsführungen sowie die Sozialverbände reagieren darauf mit Appeasement und dem Bemühen um Kompromisse in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, bei weitgehender Akzeptanz der internationalen Politik und Hochrüstung. Eine ernsthafte politische Mobilisierung gegen die herrschende Politik wird nicht betrieben. Das diesem Zustand zugrundeliegende Hauptproblem ist die ideologische Vorherrschaft und Offensive der Eliten in Politik, Medien und Wirtschaft: Die Mehrheit der Bevölkerung glaubt die Legenden von der Bedrohung durch Rußland, daß Rußland (und China und Iran usw.) „die Bösen“ seien und „wir“, Deutschland und die EU, „die Guten“. Die USA und Israel gelten dabei immer noch – trotz hin und wieder artikulierter Kritik als „Partner“ bzw. „Verbündete“ und „Demokratien“. Die Mehrheit glaubt auch, daß der Sozialstaat kaum, oder auf Dauer nicht mehr wie bisher bezahlbar sei. Viele glauben zudem, Erwerbslose, Eingewanderte, überzogene Leistungsansprüche und Forderungen der Gewerkschaften sowie zu hohe Belastungen der Unternehmen durch „Bürokratie“ bzw. Regulierungen seien die eigentlichen Problemursachen.

Diesen Legenden und Behauptungen muß entgegengetreten werden, ohne die realen Probleme und Herausforderungen zu leugnen. Die Friedensbewegung muß sich solidarisch an der Seite der Arbeiterklasse zeigen, wenn es um deren originäre sozialen Forderungen geht. Vor allem muß klar gesagt werden, daß die Demontage des

Sozialstaats nur verhindert werden kann, wenn die fortschreitende Hochrüstung und ein Militärstaat gestoppt werden.

Ebenso ist es zwingend, in der internationalen Politik einseitigen und verzerrenden Darstellungen und Feindbildern entgegenzutreten, Kriege und Konfrontationspolitik abzulehnen und den Einsatz für Frieden und Entspannung, internationale Zusammenarbeit, gemeinsame Sicherheit und Abrüstung einzufordern. Wichtig sind dabei die scharfe Kritik an Doppelstandards und Doppelmoral und die Aufklärung über historische und politökonomische Hintergründe und Entwicklungen. Es muß akzeptiert werden, daß unterschiedliche Organisationen und Zusammenschlüsse in der Friedensbewegung unterschiedlich argumentieren und nur Teile weitergehende Kritik an Kapitalismus und Imperialismus vertreten.

Aufgaben konkret

Die Forderungen der FB richten sich vor allem an die Regierung und Parlamente im eigenen Land und im eigenen internationalen „Lager“ (Deutschland, EU, NATO). Um möglichst viele Menschen zu erreichen und einzubeziehen, ist es sinnvoll, sich bei Aktionen zu bestimmten Themen und Anlässen auf sie bezogene Forderungen und begründende Argumente zu konzentrieren und auf darüberhinausgehende Punkte ggf. zu verzichten.

Vorrangige Themen von Friedensaktionen 2026 sind:

- Gegen die Hochrüstung Deutschlands und der EU und die damit verbundene Demontage des Sozialstaats;
- gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen der USA, Deutschlands oder anderer Staaten. Dazu gehört die breite Unterstützung des Berliner Appells;
- gegen die Wehrpflicht und die Bundeswehrpropaganda an Schulen;
- gegen die Militarisierung und Kriegsvorbereitung im Gesundheitswesen, in Bildungswesen und Forschung und in anderen gesellschaftlichen Bereichen;
- gegen die Einschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit und die zunehmende Propaganda und Feindbildproduktion sowie die Repression gegen Friedenskräfte;
- für Frieden in der Ukraine und gegen die Kriegspolitik Deutschlands und der EU mit Waffenlieferungen, Geld und schlimmstenfalls direkter militärischer Beteiligung;
- gegen das internationale Verhalten Deutschlands und verbündeter Staaten, insbes. gegen die Kriegs- und Sanktionspolitik der USA und gegen Völkermord und Besatzungspolitik Israels.

Der Zusammenhang der Friedensbewegung zeigt sich nicht darin, daß die Gruppen alle immer umfassend gemeinsame

Positionen vertreten, sondern in der Lage sind, differenziert und mit ihrem eigenen friedenspolitischen Schwerpunkt zu agieren. Nicht jede Gruppierung muß jede Aktion oder Forderung unterstützen. Kräften, die Teile der Friedensbewegung diffamieren und sich die Propaganda der Herrschenden zu eigen machen und damit faktisch gegen die Friedensbewegung arbeiten, muß entschieden entgegengetreten werden.

Wichtig sind auch gemeinsame Aktionen, bei denen sich zentrale Kräfte der Friedensbewegung über gemeinsame Forderungen verständigen (etwa bei großen Demonstrationen oder Aufrufen wie dem Berliner Appell) und in denen die ganze Breite der Forderungen der Friedensbewegung in die Öffentlichkeit gebracht wird.

Aktive Kerne der Friedensbewegung haben die Aufgabe, den großen Zusammenhang herzustellen und gegen die Propagandae-rzählungen zu argumentieren. Aufklärung über die internationalen und historischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Hintergründe ist unabhängig von Aktionen und Mobilisierung Daueraufgabe in allen Bereichen, in denen die Friedensbewegung einwirken kann.

Aktionen konkret

Für bereits konkrete Aktionen im Jahr 2026 ist zu diskutieren, welche Forderungen jeweils im Mittelpunkt stehen (sollten), wer welche Aktion organisiert, welche besonderen Zielgruppen und Bündnispartner angesprochen werden sollen und können und wie ihr Zusammenhang zur Friedensbewegung insgesamt deutlich gemacht werden soll:

- Luxemburg-Liebknecht-Demonstration gegen Krieg und Kapitalismus
- Ostermärsche: für Frieden, gegen Hochrüstung und Kriegsvorbereitung
- Aktionen gegen Wehrpflicht und Bundeswehr an Schulen und Hochschulen, mit Schüler-, Jugend- und Studierendenverbänden und -vertretungen
- Aktionen gegen die Politik Israels in Palästina, mit palästinensischen und kritischen jüdischen Gruppen
- Aktionen gegen die Aggressionen der USA gegen Venezuela, Kuba, Iran usw., mit Gruppen der internationalen Solidaritätsbewegung
- Aktionen gegen Geschichtsrevisionismus und das Feindbild Rußland
- Aktionen gegen Hochrüstung und Sozialabbau, mit gewerkschaftlichen und sozialen Gruppen
- Aktionen gegen die Stationierung von Mittelstreckenwaffen
- Aktionen gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens, mit dort Tätigen
- Herbstdemonstrationen der Friedensbewegung

Frauentag als Friedenstag

Am Ende dieses grausamen Krieges waren 60 Millionen Menschen zu beklagen. Zerstörte Städte und Dörfer, Hunger, Elend, Flüchtlingsströme, kaputte Familien, Waisen, das waren die Hinterlassenschaften des Krieges in den Ländern, gegen die der Krieg geführt worden war. Am stärksten betroffen war die Sowjetunion. Nun fanden sich unterschiedliche Kräfte, um ihren Friedenswillen zu bekunden und die Potenzen für Frieden, Freiheit und Solidarität zusammenzuführen. Politisch engagierte Frauen und Männer schufen internationale Verbände, die der Verständigung durch gegenseitiges Kennenlernen dienen sollten.

Zugleich ging es wieder um die Rechte der Frauen. Am 1.12.1945 bildete sich in Paris die Internationale Demokratische Frauenföderation (IDFF). Im Namen von 81 Millionen Frauen aus 41 Ländern gegründet, entwickelte sie sich im Laufe der Jahre zu einer bedeutenden Kraft im Kampf für Frieden, Demokratie, sozialen Fortschritt, für die Durchsetzung der politischen und sozialen Rechte der Frauen und das Glück der Kinder. Eine der Organisatorinnen und ihre erste Präsidentin war Eugenie Cotton (1881–1967), Professorin an der Sorbonne in Paris. Sie war eine bemerkenswerte Frau, die für ihren Widerstand gegen das Hitlerregime hohe Anerkennung erfuhr. In ihrer wissenschaftlichen Arbeit drückte sich mit der Ausarbeitung von Programmen für die Bildung und Erziehung von Mädchen ihr Engagement für die Menschenrechte von Frauen aus. Viele Staaten zogen mit der Gründung der UNO aus dem Zweiten Weltkrieg die Schlußfolgerung, daß in einem solchen Gremium Streitfragen zwischen Gegnern mit friedlichen Mitteln einer Lösung zugeführt werden sollen. Die damals existierende Sowjetunion war federführend und brachte ihre Erfahrungen bei der Durchsetzung der Gleichberechtigung für die Geschlechter ein. 1946 entstand die Kommission „Zum Status der Frau“ als Funktionalkommission des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) der UNO. Sie hat Empfehlungen und Berichte für den ECOSOC über die Förderung der Rechte der Frauen auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem, kulturell-erzieherischem und familienrechtlichem Gebiet vorzubereiten. Außerdem soll sie Aktionsvorschläge zu dringenden Problemen, die ein unverzügliches Handeln mit dem Ziel der Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau erfordern, unterbreiten. In der IDFF und in der UNO-Kommission zum Status der Frau habe ich seit

den siebziger Jahre bis zum Ende der DDR bei der Lösung dieser Aufgaben mitgewirkt und dort die in der DDR gesammelten Erfahrungen im Gleichstellungsprozeß der Geschlechter dargestellt. Dabei waren sowohl Erfolge als auch Probleme, Fortschritte und Stagnationen, einschließlich der Rückschläge, zu kennzeichnen. (Hörz, H. E. 2009) Die IDFF als wichtige nichtstaatliche Organisation (NGO) und die UNO-Kommission mit ihren Staatenvertretern übernahmen damit die Verpflichtung, alte verkrustete Strukturen, die die Frauen ihrer Menschenrechte beraubten, aufzuweichen. Das erforderte zugleich, sich mit der menschenverachtenden nationalsozialistischen Ideologie in den Köpfen von Menschen auseinanderzusetzen. Die Erfüllung dieser Aufgaben wurde und wird sehr unterschiedlich praktiziert. Während die IDFF in allen Jahren konsequent auf Friedenserhaltung gedrängt hat und dafür den Frauen Verantwortung auferlegt, begegnete mir in der UNO-Kommission doch wieder die These: Der Kampf um Frauenrechte ist von der Politik zu trennen. Es war deshalb immer ein Kraftakt der mit mir Gleichgesinnten aus den verschiedenen Kontinenten, den untrennbaren Zusammenhang zwischen Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden bei der Ausarbeitung von Dokumenten in der Kommission zu erzeugen, weil enorme Widerstände dagegen aufgebaut wurden. Dennoch habe ich als Vertreterin der DDR, mit Unterstützung der Sowjetunion, junger Nationalstaaten und Entwicklungsländern, eine Deklaration über die stärkere Einbeziehung eingebracht, die erst noch den Weg bis zur Verabschiedung durch die Vollversammlung der UNO zu gehen hatte. Eine UNO-Konvention, an deren Ausarbeitung ich ebenfalls beteiligt war, fand die Zustimmung der UNO-Vollversammlung. So konnten nun auf Zusammenkünften zum Internationalen Frauentag, auf einer neuen juristischen Basis, die Rechte der Frauen eingeklagt werden. Das war ebenfalls von großer Bedeutung für die DDR, die mit der nationalsozialistischen Vergangenheit abzurechnen hatte und einen Neubeginn startete, um vergangenes Unrecht zu beseitigen und Bedingungen für die Gleichberechtigung zu schaffen. In der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) wurde am 8. März 1946 erstmalig der Internationale Frauentag feierlich begangen. Im Zusammenhang mit dem Internationalen Jahr der Frau, das für 1975 ausgerufen wurde, richteten die

Vereinten Nationen am 8. März 1975 zum ersten Mal eine Feier aus, um auf die existentiellen Fragen von Frauen und ihren Kindern in vielen Ländern der Welt aufmerksam zu machen. Die UNO-Dekade für die Frau von 1976 bis 1985 brachte ebenfalls Früchte in dieser Richtung. Basierend auf einer UNO-Resolution im Jahre 1977, beschloß die UNO-Vollversammlung 1977, daß der Internationale Frauentag jährlich offiziell als UNO-Feiertag begangen wird. Das Motto an diesem Tag ist: Frauen brauchen für ihre Gleichberechtigung Frieden und die Chance, an der sozialen Entwicklung teilzunehmen. Waren die Feiern zum 8. März 1946 in der DDR noch dadurch bestimmt, daß die Mehrheit der Frauen ihn zum ersten Mal beging, so begriffen viele erst allmählich die Bedeutung für ihr eigenes Leben. Im Verlauf der weiteren ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung in der DDR hat die Anerkennung der Leistung von Frauen in der alljährlichen staatlichen Festveranstaltung zum 8. März eine große Rolle gespielt. Doch große Feiern sind das eine und die Arbeit vor Ort das andere. Das weiß ich selbst sehr gut, da ich sowohl mit Frauen im Betrieb zusammengearbeitet habe, als ich im Glühlampenwerk NARVA in Berlin tätig war, die Nöte schwangerer Studentinnen aus eigenem Erleben und als in der Universität Tätige kannte, oft Briefe nach Vorträgen mit persönlichen Hilferufen empfing und Berichte über Schwierigkeiten immer ernst nahm, um zu helfen, wo ich konnte. So wurde bei den Feiern zum 8. März in den unterschiedlichen Einrichtungen sicher nicht in allen Veranstaltungen der Bezug zur Tradition dieses Tages und zur Aufbaugeneration der DDR hergestellt. Das kann man zwar bedauern, doch es negiert nicht die Bedeutung dieses Tages für die Anerkennung der Gleichberechtigung, die in vielen Ländern der Welt noch nicht verwirklicht ist. Für deren Durchsetzung ist der Internationale Frauentag Erinnerung und Mahnung, sich weiter aktiv für die Frauen einzusetzen. Bis zum Ende der DDR wurde der 8. März feierlich begangen. Bis zum heutigen Tage lebt in vielen Familien, bei ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern der DDR, diese Tradition weiter.

Aus: Helga E. Hörz, Der lange Weg zur Gleichberechtigung, Die DDR und ihre Frauen, trafo Verlagsgruppe, 2010, S. 50-53

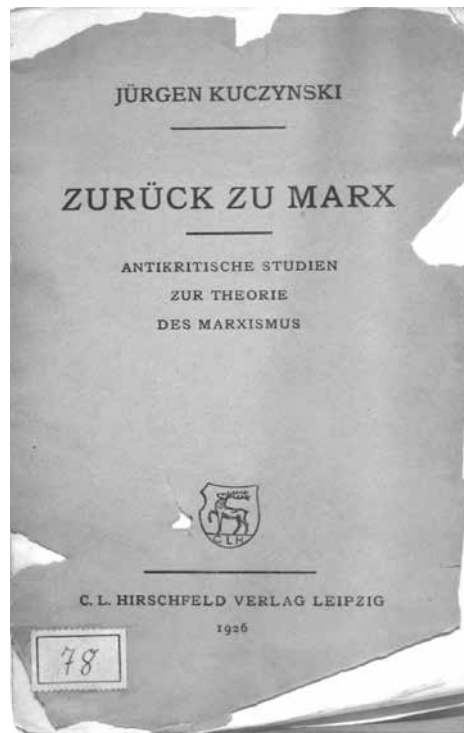
„Zurück zu Marx heißt: Vorwärts mit Lenin!“

Jürgen Kuczynski veröffentlicht vor 100 Jahren sein erstes Buch

Nicht die ungedruckt gebliebene Doktorarbeit steht am Beginn der ca. 4500 Veröffentlichungen, darunter mehr als zehn autobiografische Texte, von Jürgen Kuczynski (J. K.), sondern sein 1926 auf dem Hintergrund der ersten, international bekannt gewordenen Erfahrungen der Oktoberrevolution (1917) und der Errichtung des Sowjetstaates im C. L. Hirschfeld Verlag in Leipzig 1926 publizierte Weckruf *„Zurück zu Marx! Antikritische Studien zur Theorie des Marxismus“*. [1]

(...) „Zurück zu Marx heißt: Vorwärts mit Lenin!“ setzt J. K. jenem Kapitel voran, das von der „Marxistischen Weltanschauung“ handelt. Es bleibt die zentrale Lösung seines einer friedlichen und geschwisterlichen Welt gewidmeten Lebens. Seiner marxistisch-leninistischen Grundhaltung ist J. K. treu geblieben. Vielleicht hat J. K. auch Glück gehabt, den richtigen Weg gleich zu finden. In den Monaten der Produktion und des Erscheinens dieser Broschüre engagierte sich sein Vater Robert René Kuczynski, der Vorsitzender im Reichsausschuß zur Durchführung eines Volksentscheids zur Enteignung der ehemaligen Fürstenthümer war, und später Mitglied des Vorstandes der von Albert Einstein (1879–1955) unterstützten Deutschen Liga für Menschenrechte wurde. Albert Einstein hat mit Hochachtung die von Wladimir I. Lenin (1870–1924), der ihm ein „Hüter und Erneuerer des Gewissens der Menschheit“ war, angestoßene Entwicklung in der Sowjetunion beobachtet. [2] In Berlin gingen die Kuczynskis bewußt und mit offenen Augen durch die Straßen und registrierten den Alltag ihrer Mitmenschen. Die jüngere Schwester von Jürgen Kuczynski, Ursula Maria Kuczynski, d. i. Ruth Werner (1907–2000), erinnert sich an „den Reichtum der wenigen, die Armut der vielen, die bettelnden Arbeitslosen an den Straßenecken“ und wie sie „über die Ungerechtigkeit der Welt nachdachten und wie man sie beseitigen könnte“. [3] Seit Beginn seiner Vertiefung in die Familienbibliothek und beim Zuhören von Gesprächen seines Vaters hat sich J. K. mit theoretischen Fundamenten des Marxismus beschäftigt. Dabei haben der österreichische, in Wien lehrende Nationalökonom Eugen Böhm Ritter von Bawerk (1851–1914) und vor allem der deutsche, zuletzt in Berlin lehrende, Wirtschaftssoziologe Werner Sombart (1863–1941) als zwei in der wissenschaftlichen Welt angesehene Kritiker des von Friedrich Engels 1894 herausgegebenen dritten Bandes des „Kapital“ von Karl Marx seine Aufmerksamkeit geweckt. [4] Wladimir Lenin

wie insbesondere Rosa Luxemburg (1871–1919) haben Eugen Böhm-Bawerk wie auch Werner Sombart zur Kenntnis genommen, auch weil ihnen der Widerhall dieser Posanen für die „demokratische Marktwirtschaft“ bei den Revisionisten des Marxismus bewußt war. [5] Eugen Varga (1879–1964) hat gemeint, Werner Sombart habe in seiner Jugend am meisten vom „Gift des Marxismus“ genossen. [6] J. K. widmet den ganzen 4. Teil seiner Arbeit dem „Marxismus“ von Werner Sombart“, dessen zweibändiges Buch „Sozialismus und soziale Bewegung“ 1924 unter dem Titel „Der proletarische Sozialismus“ in zehnter, neugearbeiteter



Deckblatt des ersten Buches von Jürgen Kuczynski (1904–1997)

Auflage publiziert worden war. [7] Daß Werner Sombart 1911 in seinem weit verbreiteten und wiederholt aufgelegten Buch „Die Juden und das Wirtschaftsleben“ die jüdische Wirtschaftstätigkeit auf Rassenmerkmale zurückgeführte, hat J. K. beiseite gelassen. Er war angesichts der breiten und durch Zitate belegten Literaturkenntnis von Werner Sombart der Meinung, daß dieser „die bedeutendste Kritik des Sozialismus geschrieben hat, die je von bürgerlicher Seite geübt worden ist“ und neben den Ausführungen von Rosa Luxemburg und Georg Lukács (1885–1971) „das beste ist, was in deutscher Sprache über Marx gesagt worden ist“. Wenn Wilhelm Sombart zwischen der absoluten und einer „idealen“ Verelendung unterscheidet, hat er

dem von Karl Marx formulierten Gesetz über die „Akkumulation von Reichtum“ auf dem einen Pol und der „Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol“ [8] nicht widersprochen, vielmehr dessen Aussage noch unterstrichen, weil für den Ausbruch der Revolution die Bewußtseinsbildung ein entscheidender Faktor ist. Wilhelm Sombart hat seine Ansätze rasch hinter sich gelassen und wurde Prototyp der vom herrschenden kapitalistischen System respektierten, weil ihm treu ergebenen, Intellektuellen. Mit ihrer Ideologie von der deutschen Volksgemeinschaft waren sie in gebildeten Kreisen Wegbereiter für den deutschen Faschismus. Noam Chomsky (*1928) hat solche hochqualifizierten Experten wie Sombart zutreffend charakterisiert. [9] Eben das hat J. K. als 22-jähriger erkannt und qualifiziert Wilhelm Sombart mit Zitaten aus dessen Publikation als jene „Renegaten“, die „aber haben den Vorteil, stets einem aufmerksamen Publikum zu begegnen“. In Kenntnis der Religionskritik von Karl Marx [10] distanziert sich J. K. von der von Wilhelm Sombart getroffenen „Scheidung zwischen der christlichen, der von ihm echt genannten Liebe, und der allgemeinen Menschenliebe“. Das sei nach seiner Meinung „völlig verfehlt“: „Bei keinem der Religionsgründer ist die ‚miserabilistische‘ Einstellung so deutlich wie bei Christus, der sich immer an die Mühseligen und Beladenen wendet. Die Liebe des Christen für den Armen, trotzdem dieser arm ist und weil er vielleicht – das kommt gewissermaßen noch hinzu – als Mensch Gott näher ist, hat nichts mit der Liebe Christi gemein, sondern ist typisch für den immer noch arroganten aber versuchsweise liebenden ‚reichen Jüngling‘. Das Objekt der Liebe, der Arme, Mühselig-Beladene, ist Christus und dem Sozialisten gemein, teilweise auch noch die Begründung: weil es dein Bruder ist: dann aber scheiden sie sich: für Christus: Bruder in Gott, für den Sozialisten: Bruder in der Gesellschaft. Und da wagt Sombart den Satz: Bruderliebe heißt nur soviel wie: Du bist auch nichts Besseres als ich! Daß die Propaganda – Sombart wird blasphemisch – der Menschenliebe nichts anderes bedeutet als Anti-Patriotismus und Pazifismus ist wahrhaftig nicht Schuld der Menschenliebenden, sondern aller derjenigen, denen die Menschenliebe, ja denen die Vorbedingung zur Menschenliebe, die Achtung vor dem Menschen, fehlt. Pazifismus hat an sich noch gar nichts mit Menschenliebe zu tun,

sondern ist nur als Vorbedingung derselben zu charakterisieren.“

Vom Marxismus haben sich nach dem Sieg der „freien Welt“ in Europa viele von diesem „infizierte“ Intellektuelle verabschiedet. Als Kader der neuen Linken werden sie von dem in der Europäischen Union (EU) herrschenden kapitalistischen System mit seinen Massenmedien geduldet und korrumpiert, weil sie seine Fundamente nicht in Frage stellen und ideologisch mithelfen, den Weg in den Faschismus offen zu halten. Gleichzeitig vermittelt diese EU-Linke eine Chimäre der Hoffnung, die ihr beim „Urnen-volksspiel“ der Gegenwart Zuschauerplätze sichert. Das, was der Autor dieses Artikels Anfang 2015 in einem damals von einer liberalbürgerlichen Zeitung noch veröffentlichten Gastkommentar geschrieben hat, hat sich bestätigt.[11] Es mögen die hier wörtlich wiedergegebenen Grundgedanken von J. K. über das Wesen des Marxismus-Leninismus zum Nachdenken anregen.

„Die Marxisten sind keine Utopisten. Die Linien der ökonomischen Entwicklung verfolgend, erstreben sie ein Ziel, das durchaus innerhalb des Möglichen, der Gegebenheiten, liegt. Sie treiben Realpolitik, propagieren nur tatsächlich erreichbare Ziele. Jeder Idealismus – Idealismus verstanden als Hingabe an Ideen, deren Realisierung nicht nur dem einzelnen, sondern auch voraussichtlich der ganzen Menschheit nie im ganzen Maße gelingen wird, wie sie z.B. Kant betreffend den ewigen Frieden vom Menschen verlangt – liegt ihm fern. Nicht Schwärmer sind sie, sondern Realisten.

Daraus folgt: Bedeutungsvoll ist ihnen allein die Tat, das reale Geschehen, nur dieses interessiert sie. Das Wirken entscheidet über Wert und Unwert; nur wirkungsvolle Geschehnisse verdienen Beachtung, sind Mühe und Arbeit wert.

Um diese Wirkung zu erreichen, sind alle Mittel gut. Der Zweck, die Wirkung, heiligt die Mittel. Revolutionäre Eingriffe und Diktatur sind durch den Zweck geheiligte Mittel. Die gute Wirkung wird sie entschuldigen. Die Erreichung des Endzweckes rechtfertigt die Einstellung“. (...) J.K.: „Der Marxismus ist eine Weltanschauung. Marx hat sie gewonnen. Lenin hat sie vertieft. Die Marxisten haben sie sich angeeignet. In Rußland versucht man, die dieser Anschauung gemäße Lebensform zu realisieren und zu wahren. Rußlands Kampf gegen die ganze Welt ist der erste wahre Weltkrieg. In ihm ringen nicht Völker im Kampf um die gegenseitige Ausbeutung, sondern Bevölkerungsschichten untereinander – um das Recht auf Ausbeutung auf der einen Seite und um Wiedergutmachung jahrhundertelanger Ausbeutung und Aufrihtung einer Gesellschaftsordnung, die neue Ausbeutung verhindern soll, auf der anderen Seite. Unserer Generation wird es beschieden sein, die Früchte jahrhundertelanger Expropriierung zu gewinnen: alles

Große, was der Kapitalismus, als notwendige Übergangsstufe zum Kommunismus, geschaffen hat: eine zwar anarchische aber ungeheuer weit vorangeschrittene Wirtschaft, eine glänzend ausgebildete Technik, usw. – Das russische Volk unter Führung Lenins ist vorangeschritten in der Eroberung der kapitalistischen Welt, weil es zurückgeschritten ist zu Marx.“

Epilog

Im Spätsommer 1926 konnte J. K. als Forschungsstudent in die USA fahren. Kurz darauf erschien sein noch nach der Erstpublikation erarbeitetes, seinem Vater zugeeignete Büchlein „Der Staatshaushalt. Ein Beitrag zur Erkenntnis der Struktur des kapitalistischen und des kommunistischen Staates“.[12] Als Kommunist fasst er im Sinne des „Kommunistischen Manifests“ und in der Textualität der 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale (Komintern) zusammen: „Es wurde festgestellt, daß die Ausgaben des kapitalistischen Staates ausschließlich dem Wohle der herrschenden Klasse der Kapitalisten dienen. Auch Aufwendungen für Justiz, Volkserziehung usw. haben keinen anderen Zweck, als die Herrschaft der Kapitalisten zu sichern. Daß das Einnahmensystem in hochkapitalistisch entwickelten Ländern ein demokratisches ist, kann den Charakter des Finanzsystems nicht einmal modifizieren. [...] Der Staat dient als Waffe gegen die unterdrückte Klasse in der Hand der herrschenden Klasse. [...] Der einzig mögliche Weg der Überführung des kapitalistischen Staates in den sozialistischen Staat und später in die sozialistische Gesellschaft ist die politische Revolution, die gewaltsame Unterdrückung des Kapitalismus“. Nach rund drei Jahren US-Aufenthalt kehrte J. K. nach Deutschland zurück, das dabei war, den Boden für den charismatischen, von der wirtschaftlichen Macht unterstützten Adolf Hitler (1889–1945) aufzubereiten. Noch in den USA hat J. K. die dort weilende Stipendiatin Marguerite geb. Steinfeld (1904–1998) geheiratet, was in der offenkundigen Kultur der Unterdrückung für beide mehr als eine romantische Beziehung war.

Hermann Klenner (*1926) sagte bei seiner Laudatio auf seinen Freund J. K., die er am 2. September 2015 aus Anlaß der Benennung eines kleinen Parkes in Berlin-Weißensee nach Jürgen Kuczynski und der Einweihung der von Harald Kretzschmar (1931–2024) geschaffenen Bronzetafel hielt: „Jürgen Kuczynski ist ein Wissenschaftler ohne Vergleich. Er war eine in jedem Sinn des Wortes singuläre Persönlichkeit“.[13] Eine historische Alternative zwischen Sozialismus und Barbarei hat Jürgen Kuczynski nicht gesehen. Für sich selbst hat er es als Privileg eingeschätzt, noch im hohen Alter im Kampf für die Wahrheit einzustehen. Unsere Gegenwart gibt ihm nur allzu recht.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Redaktionell gekürzter Beitrag aus „Zeitung der Arbeit“, Wien, 22.1.2026

[1] Druck von W. Kohlhammer / Stuttgart. 217 S.

[2] Gelegentliches von Albert Einstein. Zum Fünfzigsten Geburtstag 14. März 1929 dargestellt von der Soncino-Gesellschaft der Freunde des jüdischen Buches zu Berlin. Privatdruck März 1929 Berlin, S. 20 f.; Grundmann, Einsteins Akte, S. 331.

[3] Ruth Werner: Sonjas Rapport. Verlag Neues Leben Berlin 1977, hier 9. A. 1982, S. 13 f.

[4] Kuczynski, Zurück zu Marx!, S. 70–81.

[5] Vgl. Register Band II zu W. I. Lenin, Werke. Dietz Verlag Berlin 1974; Rosa Luxemburg: Einführung in die Nationalökonomie. Gesammelte Werke. Band 5. Ökonomische Schriften, Dietz Verlag Berlin 1975, S. 524–778 (bes. S. 539 ad Sombart: „Diese funkelnde Narretei, die allen täglichen Wahrnehmungen des Wirtschaftslebens ungeniert ins Gesicht schlägt, unterstreicht aufs glücklichste jene verbissene Abneigung der Herren Zunftgelehrten gegen die Anerkennung der Weltwirtschaft als einer neuen Entwicklungsphase der menschlichen Gesellschaft – eine Abneigung, die wir uns wohl zu merken und deren verborgene Wurzeln wir nachzugehen haben.“)

[6] E. S. Varga: Ausgewählte Schriften 1918–1964. Zweiter Band: Die Wirtschaftskrisen. Zweite, überarbeitete Auflage mit erweiterter Bibliographie. Pahl-Rugenstein Verlag Köln 1982, S. 57, A. 9.

[7] Der proletarische Sozialismus („Marxismus“). Erster Band. Die Lehre. Zweiter Band. Die Bewegung. Zehnte neugearbeitete Auflage der Schrift „Sozialismus und soziale Bewegung“. Verlag von Gustav Fischer, Jena 1924; (...)

[8] MEW 23 (1972), S. 675.

[9] Noam Chomsky: Demokratie und Erziehung. Hg. von Carlos Peregrín Otero. Aus dem Amerikanischen von Sven Wunderlich. Lowell Factory Books 2013, S. 368 und öfters.

[10] Vgl. dazu Hermann Klenner: Über Marxens Religions- und Rechtskritik. UTOPIE kreativ, H. 84 (Oktober 1997, S. 5–10.

[11] <https://www.derstandard.at/story/2000011644513/die-neue-eu-linke-ist-eine-chimaere-der-hoffnung>

[12] E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H. Berlin W 30, 1927.

[13] Hermann Klenner: Jürgen Kuczynski zu ehren. Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE. Heft 12 / 2015, S. 31–34.

AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

Der Humanismus im Werk Maxim Gorkis

Die literarische Bedeutsamkeit des von Gorki geschaffenen Werkes liegt in dem besonderen und neuartigen Verhältnis des Künstlers Gorki zur Wirklichkeit, durch das Gorki zum Bahnbrecher eines neuen Literaturstils wird.

Nannte Goethe seine Lebensbeschreibung „Dichtung und Wahrheit“, weil infolge einer nachträglich einsetzenden Besinnung sich Wahres und Erdichtetes miteinander mischten, so mußte man Gorkis Lebensbeschreibung, wie er sie in den drei Bänden „Meine Kindheit“, „Unter fremden Menschen“ und „Meine Universitäten“ aufgezeichnet hat, „Wirklichkeit und Wahrheit“ überschreiben, denn hier gesellt sich keine nachträglich verändernde Reflexion der Wiedergabe der reinen, d. h. unverfälschten Wirklichkeit hinzu.

Wir wollen uns nun am Beispiel Gorkis selbst verdeutlichen, wie es zu dieser Wiedergabe der unverfälschten Wirklichkeit bei ihm kommt und wo die Wurzeln seines Humanismus zu suchen sind.

Der Lebensweg Gorkis war nicht bequem, und besonders seine Kindheits- und Jugendzeit verlebte er unter schweren und drückenden Verhältnissen. So lesen wir im zweiten Band seiner Autobiographie über seine Empfindungen und seine Einstellung zum Leben im Alter von etwa 14 Jahren eine bezeichnende Stelle. Sie lautet: „Alles in allem genommen, erschien mir das Leben täglich härter und qualvoller, und ich zweifelte nicht an der ein für allemal feststehenden Unabänderlichkeit der Formen, in denen es sich abspielte. Die Möglichkeit einer Umwandlung des Bestehenden, eine Besserung dessen, was unabwendbar Tag für Tag vor sich ging, kam mir nicht in den Sinn.“

Eine solche Ansicht über die Wirklichkeit kann mehrere Verhaltensweisen künstlerischer Art zur Folge haben. Eine dieser Möglichkeiten schildert Gorki in „Meine Kindheit“ dort, wo er von seiner Bekanntschaft mit den drei Knaben erzählt, von denen er eines Tages gesprächsweise zu erfahren bekommt, daß sie ihre richtige Mutter verloren und eine Stiefmutter haben. Da er bemerkt, wie sie nachdenklich und betrübt werden, als sie davon zu ihm sprechen, tröstet er sie mitleidig und sagt zu ihnen: „Wartet nur, eure richtige Mutter wird schon wiederkommen!“ und auf die zweifelnde Gegenfrage des Ältesten der drei Brüder: „Auch wenn sie tot ist? Das ist doch nicht möglich!“ gibt er zur Antwort: „Nicht möglich! Du lieber Gott, wie oft sind nicht Tote, wenn sie gleich schon in Stücke

zerhackt waren, wieder lebendig geworden, sobald man sie mit echtem Lebenswasser besprengte! Wie oft war's nicht der richtige Tod, den der liebe Gott schickt, sondern nur ein Scheintod, wie ihn Hexen und Hexenmeister verhängen!“ Und in lehrhaftem Ton fängt er an, ihnen Märchen zu erzählen, so wie er sie von seiner Großmutter erzählt be-



Maxim Gorki, Lithographie von Franz Tippel (1923–2010)

kommen hat. Und nun heißt es weiter: „Der Älteste lächelte anfangs und sagte leise: ‚Das kennen wir, das sind Märchen.‘ Seine Brüder lauschten schweigend mit vorgeneigten Köpfen; der Kleine blies dabei die Bäckchen auf und preßte die Lippen fest zusammen, während der zweite den einen Arm aufs Knie stützte und mit dem andern den Hals des Brüderchens umschlungen hielt.“ Diese Stelle ist in mehrfacher Hinsicht bedeutsam und aufschlußreich für die Persönlichkeit Gorkis als Mensch und Dichter.

Wir erfahren von seinem tiefen Verständnis und von seinem Mitempfinden für das Leid anderer Menschen und davon, daß diese Eigenschaften schon sehr früh bei ihm entwickelt waren, denn er war ja noch ein Kind, als die geschilderte Episode sich zutrug. Wir erhalten aber auch Kunde von einer ebenfalls sehr frühzeitig entstandenen Freude am Wiedererzählen von Geschichten. Des öfteren berichtet er in seiner Lebensbeschreibung davon, daß er

den Menschen gehörte oder – dann später – gelesene Geschichten wiedererzählt, ein ständiges Sich-Üben des heranreifenden Erzählers. Schließlich aber handelt es sich in dieser bemerkenswerten Stelle um die getreue Schilderung des Hanges, dem Unangenehmen und Betrüben der Wirklichkeit dadurch zu entgehen, daß man sich ins Märchenland begibt, wo alles Rauhe und Rohe keine Gültigkeit mehr besitzt. Von dieser Möglichkeit, sich von einer als häßlich erkannten Wirklichkeit abzuwenden, hat Gorki in seinem dichterischen Werk aufrichtiger- und tapfererweise Abstand genommen. Und dort, wo er seinen Erzählungen eine märchenhafte Form gibt, wie z. B. in der Erzählung „Die alte Isergil“ und dem „Lied vom Falken“, die beide 1895 entstanden, da ist das Märchenhafte nur eine Maske, hinter der sich höchst aufrüttelnde Gedanken verbergen. Als er einmal einen Vortrag über Shakespeare hörte, in dem der Vortragende die Wendung gebrauchte: „Die Literatur ist da für die Erholung der Seele“, da schrieb er diesen Satz zwar in sein Tagebuch, aber setzte schlicht hinzu: „Er schwindelt.“ und brachte damit zum Ausdruck, daß die Literatur nicht einschläfern oder ablenken, sondern den Mensch wach machen und zum Nachdenken bringen soll. In einer sehr drastischen Wendung hat er das einmal so formuliert: „Man muß dem Menschen einen Igel unter die Schädeldecke setzen, damit er sich nie beruhigt.“

Bei diesem Entwicklungsprozeß Gorkis, der gleichzeitig ein Reifungsprozeß war, haben fortschrittlich eingestellte Menschen Pate gestanden. Er spricht von ihnen als den „vielen einsamen vom Leben der anderen losgerissenen Prachtmenschen“, die er auf seinem Lebensweg kennenlernte. Er spürte, daß diese „Einsamen“ nur unter den damals herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen vereinzelt waren, daß sie aber dem wirklichen Leben viel näher standen, weil sie um die zu entwickelnden Möglichkeiten dieses Lebens Bescheid wußten. Unbekannte Menschen sind darunter, wie der Oberkoch Smury auf dem Dampfer Dobry, auf dem Gorki eine Zeitlang Arbeit gefunden hatte, und sehr bekannte Menschen, wie z. B. Lenin.

Die seinem dichterischen Interesse und seiner Phantasie zunächst als Vorlage dienenden Bücher wußte er auch bald hinsichtlich ihres Wertes kritisch zu beurteilen. In einem Gespräch, in das er mit einem Heizer des Dampfers geriet, auf dem auch er selbst arbeitete, beschreibt er den Vorgang seiner Erkenntnis über die

will besagen, daß diesem Menschen die gesellschaftlichen Gesetze der Welt nicht mehr ein Buch mit sieben Siegeln sind, sondern daß er durch die gesetzmäßig erkannte Einordnung in die bestehenden Zusammenhänge die Richtung des Weltprozesses selbst mitbestimmt und daß er weiß, wie und wann das möglich und in welchem Umfang es notwendig ist. Die andere Wendung bezieht sich auf die Konsequenz einer solchen Weltauffassung. Ein solcher Mensch von Weltauffassung macht die Welt zu seinem eigenen Wirkungsbereich. Der Mensch aber, der die Welt zu seinem eigenen

Wirkungsbereich macht, ist der Mensch der Arbeit. Durch die Arbeit geht der Mensch in der Welt auf und ist mit ihr organisch verbunden. Der arbeitende Mensch ist der echte Held in dieser Welt, und der Begriff des Heroismus der Arbeit, wie ihn z. B. Kalinin als Gegensatz zum Heroismus des Krieges erläuterte, geht unmittelbar auf Gorkische Gedankengänge zurück.

Es darf kein Zweifel darüber bestehen, daß der Mensch in der Gorkischen Sprache weder als ein abstraktes Wesen noch als ein Einzelwesen aufzufassen ist. Der Mensch, das sind im Grunde alle Menschen, und

keiner der Helden trägt derartige Züge an sich, daß er eine unerreichbare Einzigartigkeit verkörperte. (...)

Fassen wir zusammen: Realismus und Humanismus werden im Werk Maxim Gorkis in grundlegend neuer Weise zu einer Einheit verschmolzen, indem der realistische Humanismus beschreibender Art zu einem realen Humanismus tätiger Art ausgeweitet wird.

Georg Mende

Gekürzt aus: „Die neue Gesellschaft“, Berlin, Heft 5/6-1948 (2. Jahrgang)

Junkerland in Bauernhand

Spricht man heute in der BRD über die Landwirtschaft der DDR, ist außer „Zwangskollektivierung“ kaum etwas konkretes zu erfahren. Da war es ungeheuer wichtig, daß die Internationale Forschungsstelle DDR eine umfassende Studie darüber veröffentlichte, was sich auf dem Territorium der SBZ und der DDR zwischen 1945 und 1989 und danach wirklich ereignet hat. Sie steht unter dem Titel „Junkerland in Bauernhand“. Zurecht betont sie, daß in dieser Zeit wirklich Revolutionäres vor sich ging. Die Ergebnisse dieser Veränderungen haben weiter historische Bedeutung, egal, ob das den heute Herrschenden gefällt oder nicht. Im Fazit dieser lesenswerten, 74 Seiten umfassenden Broschüre heißt es zutreffend, daß sich in einer – menscheitsgeschichtlich betrachtet – kurzen Zeitspanne von einem knappen halben Jahrhundert im Osten Deutschlands epochale Brüche der Lebens- und Wirtschaftsbeziehungen auf dem Land abspielten. Die führten von den Überresten einer halbfeudal-hierarchisierten Sozial- und Eigentumsordnung hin zu einer gemeinschaftlichen, auf Kooperation basierenden Arbeits- und Lebensweise auf dem Land. In exemplarischer Weise gibt die Landwirtschaftsgeschichte im Osten Deutschlands damit Aufschluß über den bestimmenden Charakter der Eigentums- und Machtverhältnisse auf die Lebens- und Arbeitsbeziehungen aller Menschen.

Die Bodenreform war es, welche die unabdingbaren Voraussetzungen für all die grundlegenden Veränderungen auf dem Lande schuf. Mit ihr wurde die bedrückende politische und wirtschaftliche Macht der über Jahrhunderte dominierenden Eigentümerschichten gebrochen. Erst mit der Zerschlagung ihrer Herrschaft konnten neue Beziehungen aufgebaut werden und wachsen. Die Bodenreform beendete mit der Enteignung des junkerlichen Großgrundbesitzes die Vorherrschaft feudalladiger und agrarkapitalistischer Schichten und mit ihr ebenfalls deren gesellschaftlich dominante Rolle. Landarbeiter, landlose und landarme Bauern

und die einfache Dorfbevölkerung wurden aus dem System ökonomischer Ausbeutung und halbfeudaler Entrechtung befreit. Aus Unterdrückten wurden aktive Gestalter der Landwirtschaft und des Dorflebens. Zu solch einem tiefgreifenden Wandel waren die politischen Führungen des bürgerlich-kapitalistischen Deutschland niemals bereit gewesen. Erst unter Führung der Parteien der Arbeiterbewegung und mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht konnte die bürgerliche Bauernbefreiung in diesem Teil Deutschlands durchgesetzt werden. Die Bodenreform war mit einer deutlichen Parteinahme für die Interessen der werktätigen Bauern verbunden. Die Neuentstehung von Großgrundbesitz wurde verhindert, gegenseitige Hilfe, kollektive und demokratische Arbeits- und Denkweisen zwischen den Landwirten wurden befördert. Schon die Bodenreform allein wies damit bereits deutlich über den bürgerlich-kapitalistischen Rahmen hinaus, unter dem sie noch stattfand.

Die darauf aufbauende Etappe der Genossenschaftsbewegung ist ein Lehrstück für die Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit eines gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozesses, in dem ein Wandel im Denken und Handeln aller Akteure entscheidend für sein Gelingen ist. Die SED mußte dabei ständig das Verhältnis zwischen strategischem Ziel und den widersprüchlichen Ausgangsbedingung austarieren. Fehler und Härten konnten dabei nicht ausbleiben. Voluntarismus einerseits und passiver Selbstlauf andererseits bargen stets die Gefahr, entweder den Blick für die gesellschaftlichen Realitäten oder die notwendige und aktive Gestaltungsrolle zu verlieren. Äußere und innere Bedingungen, feindliche Aktivitäten des imperialistischen Lagers, der Bewußtseinsstand der Bauern, Notwendigkeiten und Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung waren zu bestimmen, um die Geschwindigkeit und den Ablauf dieses umfassenden Entwicklungsprozesses zu steuern. Die Kompliziertheit des Weges, die Langwierigkeit mancher Prozesse, insbesondere im Denken

der Menschen, sowie die Sabotage durch die politischen Gegner, mußten beachtet werden. Das verlangte nach einem hohen Maß an Beweglichkeit und Zielklarheit, aber auch an Fähigkeit zur Selbstkritik. All das wiesen die politisch Verantwortlichen über weite Strecken im Wesentlichen auf.

Soziale Härten und Verletzungen des Prinzips der Freiwilligkeit, zu denen es im Verlauf der Genossenschaftsbildung auch kam, lassen sich nur im Zusammenhang mit der widersprüchlichen und komplizierten Ausgangslage erklären. Gegenüber der Gesamtentwicklung aber verblasen diese Fehler. Ohne eine aktive und vorantreibende Rolle der Bauern selbst wäre der Schritt zur Genossenschaft unmöglich gewesen. Erzählungen von der „Zwangskollektivierung“, die den öffentlichen Diskurs in Deutschland dominieren, verfolgen nicht die Absicht, die Prozesse in der DDR zu verstehen, sondern sie mit antikomunistischen Etiketten zu versehen. Dabei wird die Abwendung von der Dominanz des Privateigentums zu einer Erbsünde sozialistischer Landwirtschaftspolitik gemacht. Mit der ausschließlichen Konzentration auf Einzelschicksale, in denen es durchaus tragische Konflikte und Verwicklungen gab, wird der Blick auf das Ganze verstellt und eine ernsthafte und auf historischen Tatsachen beruhende Beschäftigung unterbunden.

Durch den Zusammenschluß der Bauern und ihre enge Eingliederung in die staatliche Gesamtplanung wurde die Unsicherheit der individuellen wirtschaftlichen Existenz, die zur „Freiheit“ des Privateigentums und des Wettbewerbs notwendig dazugehört, überwunden. Der Aufbau der genossenschaftlichen Produktion auf dem Land war Teil der Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse und ein entscheidender Baustein dafür, daß sich die DDR als sozialistischer Staat einheitlich entwickeln konnte. Positionen, die in der Fortexistenz des genossenschaftlichen Eigentums neben dem Volkseigentum wesentliche Hindernisse zur Vertiefung planwirtschaftlicher

Beziehungen sahen, wurden durch die Entwicklungen in der DDR nicht bestätigt. Zwar wiesen die Erfahrungen der Agrar-Industrie-Vereinigungen durchaus auf noch zu lösende Widersprüche zwischen den verschiedenen Eigentumsformen hin, allerdings waren die Genossenschaften durch gemeinsam entwickelte Pläne und damit verbindliche Absprachen zur Fondsverteilung, sowie das Festpreissystem bereits tief in die gesamtwirtschaftlichen Vorgänge der DDR integriert. Wirtschaftliche Eigenständigkeit bestand im Hinblick auf die inneren Belange der Genossenschaften. Auf die gesamtwirtschaftlichen Proportionen der DDR wirkte sie sich keinesfalls nachteilig aus. Die genossenschaftliche Arbeits- und Lebensweise hat die Dörfer demokratisiert, indem die früheren sozialen Unterschiede aufgehoben wurden. Die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung wurden ausgebaut und völlig neue Möglichkeiten zur kulturellen, sportlichen und sozialen Aktivität geschaffen. Kulturhäuser, Kinderkrippen, Dorfläden, Essensversorgung, flächendeckende medizinische Versorgung, Weiterbildungsmöglichkeiten, Ferienplätze, Sport- und Musikgruppen und weiteres mehr gehörten bald fest zur Infrastruktur der Dörfer. Dabei war es die Landbevölkerung selbst, oft über die LPG organisiert, die maßgeblich am Aufbau dieser Strukturen beteiligt war.

Die DDR konnte ihren Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten im wesentlichen eigenständig decken. Hunger und wirtschaftliche Existenzsorgen wurden auf dem Lande zu Fremdworten. Zum Ende der DDR fehlten allerdings auch in der Landwirtschaft immer öfter Mittel zur Modernisierung der technischen Basis.

Die Orientierung auf eine hochtechnisierte, industriemäßige Produktion liefert genügend Anstöße für das Nachdenken über Großproduktion und Technisierung in der sozialistischen Landwirtschaft der Zukunft. Manch einer sieht heute die Perspektiven der Landwirtschaft eher in der Kleinproduktion. Der Weg der DDR weist hingegen darauf, daß die Steigerung von Erträgen und Produktivität auch bei weitgehender Vermeidung von negativen Erscheinungen erzielt werden kann.

Der jähe Abbruch dieser Entwicklung 1990 zeigte mit aller Deutlichkeit die enormen Nachteile kapitalistischer Umgestaltung: Privatisierung, Abbau sozialer und kultureller Infrastruktur, Bodenspekulation, Landflucht. Heute sind die Bauern wieder auf sich allein gestellt. Absatzschwierigkeiten, Preisdruck und Marktkonkurrenz haben die damals bereits überwundenen existenziellen Sorgen mit aller Härte zurückgebracht. Der Abbau von Infrastruktur auf dem Land hat die Tendenz zur sozialen

Vereinzelung im dörflichen Leben gestärkt. Der Zugewinn an Entscheidungsfreiheit, den die Rückkehr des Privateigentums für die Höfe bedeuten mochte, geschah auf Kosten der Rolle der Dorfbewölkerung als Mitgestalter der Gesellschaft. Nicht wenige Bauern stehen heute in Opposition zu einer Politik, die ihnen keine sichere Perspektive für ihre Betriebe gibt. Mit der kapitalistischen Restauration kamen auch die billigen, meist migrantischen Erntehelfer und Landarbeiter zurück, denen das Land kein Zuhause ist. Wachsende Ungleichheit prägt nun auch wieder die Dörfer. Der Boden ist wieder Spekulationsobjekt. Immer öfter liegt er brach, statt auf ihm Lebensmittel zu produzieren. Nichtabbaubare Gifte hinterlassen unvorhersehbare Wirkungen auf eine Ressource, von der unser aller Leben abhängt. Nun ist es wieder der Profit und nicht das Leben, das bestimmt, was auf dem Lande getan oder gelassen werden muß. „Das Land denen, die es bearbeiten“ – das war eine Losung, die in die Zukunft wies. Schon heute steht sie dringender denn je wieder auf der Tagesordnung.

Aus: IF DDR, Studies on the DDR #3 „Junkerland in Bauernhand“

(Die Broschüre kann gegen eine Spende unter <https://ifddr.org/ifddr/spendenshop/> angefordert werden)

Denk mal!

Denkmale sollen zum Denken, zum Nachdenken anregen. Sie sollen als Orte des Dankes, der Mahnung und der Erinnerung fungieren. Nachdenken sollte man über einem Artikel in der Zittauer Zeitung vom 7.2.26 unter der Überschrift: „Zittau ringt um sein Gedächtnis: Stadtrat drängt auf Entfernung des Fedin-Denkmal und Aberkennung der Ehrenbürgerwürde“. Konstantin Fedin, ein russisch-sowjetischer Schriftsteller lebte von 1892 bis 1977. Er war u.a. Vorsitzender der sowjetischen Gesellschaft für Freundschaft mit der DDR und Vorsitzender des Schriftstellerverbandes der Sowjetunion. Nicht zu vergessen seine Aktivitäten als Korrespondent bei den Nürnberger Prozessen gegen die faschistischen Kriegsverbrecher. In der Zeit des 1. Weltkrieges lebte er in verschiedenen Städten in Sachsen, so auch in Zittau, was offensichtlich auch zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Zittau und der Benennung der Oberschule der Stadt führte. Weitere Details über sein Leben kann man auch bei Wikipedia finden. Nicht erst mit Beginn des Ukraine-Krieges fallen die Denkmäler in Osteuropa, die an den Sieg der Roten Armee über den Faschismus erinnern, verbunden mit der Beseitigung von Symbolen der sozialistischen Vergangenheit. In Polen beispielsweise

wurden in den letzten Jahren Hunderte von Denkmälern für die Soldaten der Roten Armee, die für die Befreiung des Landes von den deutschen Faschisten starben, zerstört. Grundlage hierfür bildete u.a. eine Gesetzesänderung des polnischen Präsidenten von 2017, die „Propaganda für den Kommunismus oder ein anderes totalitäres System in den Namen von Gebäuden, Einrichtungen und Räumlichkeiten für den öffentlichen Gebrauch verbietet“. Analogien hierzu zeichnen sich in den Baltischen Ländern sowie in Bulgarien und Rumänien ab. Jegliche Erinnerungen an den Sieg der Roten Armee über den Faschismus sollen für die zukünftigen Generationen getilgt werden. Recherchiert man zum Thema „Denkmalabriß“ für die Jahre 1933 bis 1940 im Internet, so wird für den genannten Zeitraum darauf verwiesen, daß „zahlreiche Denkmäler und Gedenkorte entfernt, umstrukturiert oder abgerissen wurden, um sie an die Ideologie des NS-Regimes anzupassen oder Erinnerungen an demokratische, jüdische oder sozialistische Traditionen auszulöschen ... und letztlich den NS-Heldenkult zu etablieren“. Bleibt die Frage nach der Situation des „Denkmalabrießes“ in Deutschland. Ist sie so, wie sie sich in den osteuropäischen Staaten darstellt? Wie man den unterschiedlichsten

Medien entnehmen kann, sind Bestrebungen vorhanden, diese Denkmäler in Deutschland zu beseitigen, umzuwidmen, umzugestalten oder ihre Aussagekraft zu mindern. Auch Vandalismus oder fehlende Pflege- und Instandhaltungsarbeiten spielen dabei eine Rolle. Offiziell jedoch ist der Erhalt dieser Denkmäler völkerrechtlich im Zwei-plus-Vier-Vertrag sowie im Deutschen Gräbergesetz festgeschrieben. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Meldung aus der sächsischen Presse vom April 2025, wonach die Sanierung des sowjetischen Ehrenmals in Dresden abgeschlossen ist. Bei der Erhaltung der Denkmäler, die den Sieg über den Faschismus dokumentieren, geht es darum, die historische Wahrheit darzustellen. Wer den Abriß dieser Denkmäler anstrebt, dokumentiert seine Feindschaft zu Rußland, will letztlich Krieg gegen Rußland. Letzteres ist leider Grundlage der gegenwärtigen Politik in Deutschland und die der NATO-Staaten. Für den weiteren Aufbau eines von Rußland ausgehenden Bedrohungsszenarios stehen solche Denkmäler nur im Wege. Aus der Geschichte, die uns die Denkmäler vermitteln, haben verantwortliche Politiker offensichtlich nichts gelernt.

Dietmar Hänel
Flöha

Vor 70 Jahren wurde die NVA gegründet

Eine Armee des Friedens

Der vom deutschen Faschismus entfachte 2. Weltkrieg endete 1945 mit dem Sieg der Alliierten, wobei die Sowjetunion mit der Roten Armee den Hauptanteil trug. Deutschland wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Allerdings hatten die westlichen Besatzungsmächte (USA, Großbritannien und Frankreich) kein Interesse daran, daß ein geeintes und neutrales Deutschland, so wie es von sowjetischer Seite mehrmals vorgeschlagen wurde, entstehen könnte. Mit der Bildung der Bi- und danach der Tri-Zone leiteten sie vielmehr bewusst die politische und territoriale Spaltung Deutschlands ein, die dann 1949 mit der Gründung der Bundesrepublik ihren Abschluss fand und das Land endgültig gespalten wurde. Als Konsequenz aus dieser Entwicklung wurde am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik gegründet.

Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit im Inneren und an den Grenzen der Republik wurden in der sowjetischen Besatzungszone neue Polizeiorgane gebildet. 1948 wurde die Deutsche Verwaltung des Inneren geschaffen und weitere Polizeieinheiten aufgestellt, die der Hauptverwaltung Ausbildung unterstellt wurden. 1950 wurde die Hauptverwaltung der Seepolizei gebildet. Schließlich wurde 1952 die kasernierte Volkspolizei ins Leben gerufen.

In der Bundesrepublik wurden am 10. November 1955 die ersten Soldaten der neu geschaffenen Bundeswehr vereidigt und die Bundesrepublik trat der NATO bei. Charakteristisch für die Bundeswehr ist, daß deren Führungsapparat vor allem aus ehemaligen Offizieren und Generalen der Wehrmacht und der Waffen-SS bestand. Mit der Gründung regulärer Streitkräfte in der BRD wurde in der DDR die Notwendigkeit immer stärker, für den Schutz des Landes eigene Streitkräfte aufzubauen. Dazu wurde am 18. Januar 1956 das „Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung“ durch die Volkskammer verabschiedet. Darin heißt es:

„Der Schutz der Arbeiter-und-Bauern-Macht, der Errungenschaften der Werktätigen und die Sicherung ihrer friedlichen Arbeit sind elementare Pflicht unseres demokratischen, souveränen und friedliebenden Staates. Die Wiedererrichtung des aggressiven Militarismus in Westdeutschland und die Schaffung der westdeutschen Söldnerarmee ist eine ständige Bedrohung des deutschen Volkes und aller Völker Europas. Zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit und der Sicherheit unserer Deutschen

Demokratischen Republik beschließt die Volkskammer auf der Grundlage der Artikel 5 und 112 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik das folgende Gesetz:

§ 1

(1) Es wird eine „Nationale Volksarmee“ geschaffen.

(2) Die „Nationale Volksarmee“ besteht aus Land-, Luft- und Seestreitkräften, die für die Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik notwendig sind. Die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte wird begrenzt entsprechend den Aufgaben zum Schutz des Territoriums der Deutschen Demokratischen Republik, der Verteidigung ihrer Grenzen und der Luftverteidigung.

§ 2

(1) Es wird ein „Ministerium für Nationale Verteidigung“ gebildet.

(2) Das „Ministerium für Nationale Verteidigung“ organisiert und leitet die Nationale Volksarmee (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) auf der Grundlage und in Durchführung der Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse der Volkskammer und des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik.

(3) Die Aufgaben des „Ministeriums für Nationale Verteidigung“ werden im Ministerrat festgelegt.

§ 3

Das Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.“

Bis zum 1. März 1956 hatten die entsprechenden Stäbe und Verwaltungen einsatzbereit zu sein und am 1. März 1956 wurden in Anwesenheit des Ministers für Nationale Verteidigung, Generaloberst Stoph, die ersten Soldaten der NVA vereidigt. Damit gilt dieses Datum als Gründungsdatum für die NVA. Für den Aufbau einer sozialistischen Armee wurde im geringen Maße auch auf ehemalige Wehrmachts-offiziere, die in Kriegsgefangenschaft eine antifaschistische Entwicklung eingenommen hatten, zurückgegriffen, die jedoch bis Ende der 50er Jahre entlassen wurden. Hierin unterscheidet sich die NVA grundlegend von der Bundeswehr, in der die ehemaligen Generale und Offiziere der Wehrmacht und der Waffen-SS die Kommandogewalt bis zum altersbedingten Ausscheiden aus dem Dienst innehatten und damit den Charakter dieser Armee bestimmten.

Die wichtigste Aufgabe der neu geschaffenen Streitkräfte bestand in der zuverlässigen Verteidigung der DDR. Der der NVA erteilte Auftrag lautete: „Im unerschütterlichen Zusammenwirken mit der Sowjetarmee und den anderen sozialistischen

Bruderarmeen die erforderlichen äußeren Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu sichern, die Staatsgrenze, das Territorium, den Luftraum und das Küstenvorfeld der DDR sowie der verbündeten sozialistischen Staaten zuverlässig zu schützen, die Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft ständig qualitativ zu vervollkommen und jeder imperialistischen Aggression entschlossen zu begegnen.“

In ihrem Wesen verstand sich die NVA als eine Armee des Volkes und brach konsequent mit den alten militaristischen Traditionen früherer deutscher Streitkräfte. Das zeigte sich in der konsequenten Friedenspolitik im Rahmen des Warschauer Vertrages. Der Kommandeursbestand (Generale, Offiziere, Fähnriche und Berufsunteroffiziere) war zu über 90 % Mitglied der SED.

Die NVA zeichnete sich durch einen hohen Grad der Einsatz- und Gefechtsbereitschaft aus. Dies wurde erreicht durch eine straffe militärische Ausbildung, einem hohen Stand der Einsatzbereitschaft der Technik und Bewaffnung und ein hohes Engagement des Personalbestandes. Dieser hohe Stand der Gefechtsbereitschaft hatte aber auch Auswirkungen auf die Dienst- und Lebensbedingungen aller Soldaten. Das zeigte sich vor allem darin, daß die Soldaten nur aller sechs bis acht Wochen zu ihren Familien fahren konnten und für die Berufssoldaten ein Acht-Stunden-Tag eine Utopie war. Besonders hervorheben muß man die Ausbildung des Kommandeursbestandes. 4776 Offiziere studierten an sowjetischen Militärakademien und Hochschulen und 6130 Offiziere wurden an der Militärakademie „Friedrich Engels“ ausgebildet. Dazu kommen die an der Militärpolitischen Hochschule „Wilhelm Pieck“ ausgebildeten Politoffiziere. Außerdem beendeten viele Offiziere ein ziviles Hoch- oder Fachschulstudium. Die Anzahl der Offiziere an den Lehrinrichtungen, die den 2. und 3. akademischen Grad erworben hatten, stieg von Jahr zu Jahr. Dieses System der ständigen Aus- und Weiterbildung garantierte, daß Berufs- und Zeitsoldaten stets über aktuelle militärische und gesellschaftswissenschaftliche Kenntnisse verfügten.

Einen wichtigen Beitrag leistete die NVA bei der Ausbildung militärischer Kader befreundeter Länder. Die Ausbildung erfolgte an der Militärakademie, der Offiziershochschule für ausländische Militärkader sowie an verschiedenen Offiziershoch- und Unteroffiziersschulen und trug dazu bei, daß die NVA auch international als eine

leistungsstarke Armee eingeschätzt wurde und eine hohe Achtung genoß.

Ein zentrales Merkmal der NVA war ihre friedenserhaltende Aufgabe. Im Rahmen des Warschauer Vertrages leistete sie einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für die Erhaltung des Friedens in Europa. In den verschiedensten gemeinsamen Manövern, hier sollen nur die Manöver „Waffenbrüderschaft“ oder „Quartett“ genannt werden, bewies die NVA hohe militärische Meisterschaft und die Fähigkeit, erfolgreich im Bestand von Koalitionsstreitkräften handeln zu können. Damit wurden auch den Gegnern des sozialistischen Lagers die Grenzen aufgezeigt.

In der gesamten Zeit ihres Bestehens war die NVA mit moderner Technik und Bewaffnung ausgerüstet. So verfügte sie über mehr als 9000 moderne Panzer und Schützenpanzer, 2465 Artilleriegeschütze verschiedener Kaliber, ca. 370 Kampfflugzeuge, darunter auch die MIG-29, 191 Kampfschiffe verschiedener Bestimmung, moderne Raketensysteme wie die S-300 oder die operativ-taktischen Raketensysteme Elbrus und Oka. Die Aufzählung ließe sich weiter fortsetzen. Diese Ausrüstung, verbunden mit einem hohen Ausbildungsstand und hoher Einsatzbereitschaft der Soldaten,

Unteroffiziere, Offiziere und Generale und Admirale, waren der Garant für einen zuverlässigen Schutz der DDR und im Verbund mit den Armeen des Warschauer Vertrages des sozialistischen Lagers.

Es ist wichtig, in diesem Zusammenhang hervorzuheben, daß die NVA nie in ihrer Geschichte an aggressiven Militäreinsätzen gegen andere Staaten beteiligt war. Darin unterscheidet sie sich grundlegend von der Bundeswehr, die an zahlreichen Auslandseinsätzen, hier seien nur die Teilnahme an der Bombardierung Jugoslawiens 1999 oder der Einsatz in Afghanistan genannt, beteiligt war und ist. Auch solche Begriffe wie „kriegstüchtig“ oder „siegfähig werden“, die heute wieder verstärkt propagiert werden, wären mit dem Selbstverständnis und dem Auftrag der NVA unvereinbar gewesen.

Der 70. Jahrestag der Gründung der NVA ist für mich zugleich Anlaß, persönlich Bilanz zu ziehen. Warum bin ich Offizier geworden? Es wäre zu einfach zu sagen, weil ich den Frieden erhalten wollte, aus Überzeugung. Nein, es spielten auch andere Aspekte eine bestimmte Rolle: Abenteuerlust, schnellere wirtschaftliche Unabhängigkeit. Die Ausbildung an der Offiziersschule der Landstreitkräfte „Ernst Thälmann“ in der

Fachrichtung III, Chemische Dienste, (1965 bis 1968) war hart und fordernd, prägte jedoch nachhaltig meine Haltung zum Soldatenberuf und festigte meine Bereitschaft, alles für den Schutz der DDR einzusetzen – eines Staates, der mir eine sorglose Kindheit und eine ausgezeichnete Schulbildung ermöglicht hatte. Ich setzte im weiteren alles ein, meine Aufgabe bestmöglich zu erfüllen. Nach dem Studium an der Militärakademie für Chemischen Schutz in Moskau (1974 bis 1979) und dem Einsatz in verschiedenen Dienststellungen führte mein Weg zurück an die Offiziershochschule „Ernst Thälmann“ nach Löbau. Hier mußte ich den Verlust meines Heimatlandes, der DDR, miterleben. Als letzter Kommandeur der Sektion 7, Chemische Dienste, bestand mein Bestreben darin, allen Angehörigen der Sektion den Weg in die Arbeitslosigkeit zu ersparen und den Offiziersschülern einen qualifizierten Abschluß zu ermöglichen. Das ist mir größtenteils gelungen. Rückblickend kann ich heute sagen, daß ich keine Stunde meines 25-jährigen Dienstes in der NVA, so hart und entbehrungsreich es auch oftmals war, vermissen möchte. Ich bin stolz darauf, meinen Beitrag zur Erhaltung des Friedens geleistet zu haben!

Oberst a.D. Wolfgang Herzig, Berlin

Wir schützten die Staatsgrenze der DDR und sicherten den Frieden

Die Grenztruppen der DDR waren eine eigenständige Formation der bewaffneten Organe der DDR zur Sicherung der territorialen Integrität an der land- und seeseitigen Staatsgrenze.

Ehemalige Angehörige der NVA, der Deutschen Volkspolizei/Grenztruppen der DDR, Mitglieder des OV Sonnenberg Die Linke (Chemnitz), der AG Frieden-Gerechtigkeit-Solidarität (Chemnitz), der GRH (Chemnitz) und ISOR (Chemnitz) erklären:

Wir, Angehörige der Grenztruppen der Deutschen Demokratischen Republik, erinnern uns der gemeinsamen Zeit des Schutzes eines antifaschistischen und dem Sozialismus verpflichteten Staates. Unser Auftrag war in jeder Hinsicht eine Herausforderung an Wissen, politischer Bildung und persönlichem Einsatz für jeden einzelnen und zugleich ein hoher Anspruch an das kollektive Handeln bei Tag und Nacht. Wir können erhobenen Hauptes auf unsere Dienstzeit für ein im gesellschaftlichen Aufbruch befindliches Land zurückblicken, das im Verbund mit der sozialistischen Staatengemeinschaft für eine antifaschistische, friedliche, solidarische und soziale Perspektive für die Menschen eintrat.

Heute müssen wir konstatieren, daß der erste Sozialismusanlauf auf deutschem Boden eine Niederlage erlitten hat. Die Ursachen dafür sind weiter gründlich zu analysieren, zu ihnen gehört, daß der politische Gegner unsere Schwächen gnadenlos ausgenutzt und eigene gravierende Fehler den gesellschaftlichen Umbruch, gemeint ist die Konterrevolution, herbeigeführt haben.

In diesen sehr bewegenden und für viele ernüchternden Zeiten zeigten auch die Angehörigen der Grenztruppen auf allen Kommandoebenen und in den Strukturen Augenmaß und trafen Entscheidungen, die eine friedliche Bewältigung der bedrohlichen Konfliktsituation, ohne Waffen und Leichensäcke (was vom Westen fälschlicherweise behauptet wird), ermöglichte. Wir denken, dafür gehört stellvertretend Menschen wie Egon Krenz, Hans Modrow, Siegfried Lorenz, Wolfgang Herger, Fritz Streletz, Heinz Keßler, Dieter Baumgarten und all den vielen namenlosen Helden im Grenzdienst Dank und Anerkennung.

Zumal die neuen Politiker und Medien sowie ein Teil der gesellschaftlichen Öffentlichkeit Spott und Häme, Lügengeschichten und Verleumdungen und letztendlich Gefängnis für die bereithielten, denen noch

am Abend der Grenzöffnung Blumen und Schulterklopfen zuteil wurde.

Um der geschichtlichen Wahrheit und den Tatsachen zum Lichte zu verhelfen und unserer menschlichen Verantwortung gerecht zu werden, ist es sicher eine unsere letzten Aufgaben, in Wort, Schrift und Tat über diese Zeit authentisch zu berichten.

Es ist uns eine Herzensangelegenheit, die Angehörigen der Grenzpolizei/Grenztruppen zu ehren, die in Ausübung ihrer Dienstpflichten an der Staatsgrenze der DDR hinterhältig ermordet wurden. Ihre Täter kamen mehrheitlich ungestraft davon.

Unvergessen:

Gerhard Hofer, Fritz Otto, Siegfried Apportien, Herbert Liebs, Werner Schmidt, Hein Janello, Manfred Portwich, Ulrich Krohn, Helmut Just, Waldemar Estel, Jörgen Schmidtchen, Manfred Weiss, Peter Göhring, Reinhold Huhn, Rudi Arnstadt, Siegfried Widera, Egon Schultz, Rolf Henninger, Lutz Meier, Klaus-Peter Seidel, Jürgen Lange, Ulrich Steinhauer, Klaus-Peter Braun, Eberhard Knospe, Uwe Dittmann, Rudolf Spranger, Horst Hnidyk

Raimon Brete, Chemnitz

Was wir an der FDJ hatten

Gedanken zum 80. Geburtstag der Freien Deutschen Jugend

Es war Pfingstsonnabend 1946, als Hermann Axen gegen 9 Uhr das I. Parlament der FDJ in Brandenburg an der Havel eröffnete. „Zum ersten Mal“, sagte er, trafen sich Vertreter der verschiedenen Schichten und Gruppen der deutschen Jugend, die einer politischen Richtung oder einer religiösen Weltanschauung angehören, und „ihren gemeinsamen Willen zum Aufbau unseres Vaterlandes bekunden.“ Dieses „zum ersten Mal“ meinte, daß der gemeinsame Weg zum Parlament nicht gradlinig war. Er mußte manchen Widerstand und eigene Pläne klarer und bürgerlicher Kräfte passieren, ehe er im Konsens als ein ultimatives Gebot der Zeit akzeptiert war. Die Nachkriegsmisere drängte auf diese Einigung. Die materielle und geistige Situation der jungen Generation vor Augen, sahen sich die beiden Arbeiterparteien frühzeitig vor eine besondere Verantwortung gestellt. Mit dem Placet der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) bildeten sich auf örtlicher, regionaler und zentraler Ebene antifaschistische Jugendausschüsse, um den Heranwachsenden Orientierung für den Aufbruch in ein neues Leben und für die dringendsten Aufgaben beim Wiederaufbau zu geben. Sie riefen zur Entrümmung, zur Instandsetzung von Betrieben, zur Bergung der Ernte, zur Sicherung energetischer Grundlagen oder zur Sanierung der lebensnotwendigsten Infrastruktur auf. Noch im Sommer 1945 waren auch erste Kindergruppen gebildet worden. Die Jugendausschüsse bemühten sich, den Kindern und Jugendlichen etwas Freude bei Sport und Spiel zu bieten. Ferienlager wurden organisiert und gaben besonders elternlos gewordenen Kindern etwas Halt und Geborgenheit. Die sinnvolle Arbeit in solchen Gemeinschaften war am ehesten geeignet, die Hirne der faschistisch traumatisierten jungen Generation zu entgiften. In den Jugendausschüssen wuchs die Idee, einen einheitlichen, überparteilichen Jugendverband zu gründen. Einzelne Gruppen nannten sich bereits „Freie Deutsche Jugend“, bevor sich der Zentrale Antifaschistische Jugendausschuß am 26. Februar 1946 mit der Bitte an die SMAD wandte, eine Jugendorganisation mit dieser Ausrichtung und unter diesem Namen zuzulassen. Die sowjetischen Besatzungsbehörden genehmigten den Antrag am 7. März 1946, der seitdem als Gründungstag der Freien Deutschen Jugend gilt. Vor den Debatten gedachten die 633 Delegierten des I. Parlaments jener jungen Deutschen, die im Kampf gegen die faschistische Tyrannei ihr Leben gelassen hatten. Namen wurden aufgerufen, nach denen

alsbald Straßen und Plätze benannt wurden: Artur Becker, Hans und Sophie Scholl, Rudi Arndt ... Mit ihnen war die Erinnerung an alle Kämpfer vieler Nationen wach, die in den Zuchthäusern und KZ-Lagern ihren antifaschistischen Widerstand mit dem Leben bezahlt hatten. Aber auch das Elend der großen Zahl junger Deutscher, die „irregeleitet und in ihren besten Idealen mißbraucht“ (Axen), für verbrecherische Ziele auf dem Schlachtfeld verbluteten, sollte Mahnung sein, jedes künftige Aufbegehren von Faschismus und Völkermord im Keim zu ersticken. Dieser Geist verstand sich auch als Versprechen an die „Jugend der Vereinten Nationen“. Das war der bereits 1945 auf Anregung des Jugendrates der Alliierten in London gegründete „Weltbund der Demokratischen Jugend“. Ihm wollte man so bald wie möglich beitreten. Brandenburgs Oberbürgermeister Fritz Lange begann seine Begrüßungsrede auf dem Parlament mit einem Gag: „Als erstes muß ich das tun, was gewöhnlich jeder Jugendliche in Deutschland tut, nämlich protestieren. Ich bin nicht Doktor.“ Versammlungsleiter Axen hatte ihn irrtümlich so bezeichnet und schaufelte die Heiterkeit auf seine Seite, als er ihn kurzerhand zum „Ehrendoktor der deutschen Jugend“ erklärte. Der OB der Havelstadt erbat „mildernde Umstände“ für alle Unannehmlichkeiten wegen der noch nicht beseitigten Kriegsschäden, um dann auf das nötige Umdenken seiner eigenen Generation zu verweisen. „Lernen, lernen und nochmals lernen!“ – dieser Grundsatz der deutschen Jugend gelte auch für die Älteren „Denn auch wir sind Anfänger, auch wir müssen von vorn beginnen. Wir wissen, daß wir ohne die Jugend an einen Wiederaufbau überhaupt nicht denken können.“ Oberst Tulpanow, als Vertreter der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, verwies auf das Unheil, das „Rassentheorie, der preußische reaktionäre Untertanengeist, ein viehischer Chauvinismus“ im Denken und Handeln der deutschen Jugend angerichtet hatten, bemerkte aber, daß für die Rückbesinnung auf die Humanität ein reiches Fundament vorliege. „Ihr müßt euch die deutsche Kultur wieder nahebringen. In erster Linie sind hier zu nennen die großen Humanisten, die großen Menschen, die für die Demokratie, für die Wissenschaft, für den Progreß kämpften.“ Zu den Delegierten sprachen auch der damalige Oberbürgermeister Berlins, Dr. Werner, für die SED Otto Grotewohl, Bürgermeister Will für den Hauptvorstand der CDU und als FDGB-Vorsitzender Hans Jendretzki. Überbracht wurde auch eine

Grußbotschaft des LDPD-Vorsitzenden Dr. Külz. Auf der Sitzung am Samstagnachmittag redete Erich Honecker. Von den Nazis zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, war er nahe dem Tagungsort, in Brandenburg-Görden, inhaftiert gewesen. Nun erneuerte er Tulpanows Aufforderung, sich auf die eigenen nationalen Werte zu besinnen. „Unser Kampf gegen die nazistische Terrorherrschaft“, sagte er, „schöpfte seine Kraft zum Widerstand aus der Liebe zu unserem Volk.“ Das sei auch das Motiv gewesen, als junge Deutsche auf spanischer Erde in den Internationalen Brigaden zu kämpften. Beim bevorstehenden Volksentscheid in Sachsen müsse nun ein vernichtendes Wort über die Hauptschuldigen und Profiteure am Zweiten Weltkrieg gesprochen werden. Er bedauerte, daß das aktive Wahlrecht auf 21 Jahre festgesetzt blieb, während die FDJ dessen Herabsetzung auf 18 Jahre forderte. Honecker begründete die Rechte, die der Jugend bei ihrem Anteil am Wiederaufbau Deutschlands zugestanden werden müßten: die (hier noch vage definierten) politischen Rechte, das Recht auf Arbeit und Erholung, das Recht auf Bildung, das Recht auf Freude und Frohsinn. Die Stärke der FDJ, meinte er, läge in ihrem überparteilichen Charakter. Er sei dem System vieler, zersplitterter Jugendorganisationen überlegen. Eine Aussage, die auf dem Parlament angesichts der geschichtlichen Lehren kein Streitpunkt mehr war, wenn auch Jugendpfarrer Hanisch bereits von Kräften sprach, die die Zusammenarbeit mit den konfessionell gebundenen Jugendlichen nicht wünschten. Daß der Gründungsgedanke von einer breiten, nicht parteigebundenen, gleichwohl dem antifaschistischen Geist und dem gesellschaftlichen Fortschritt zugewandten einheitlichen Jugendorganisation einer stets enger werdenden politisch-weltanschaulichen und organisatorischen Bindung an die Führungspartei wich, führte zu frühen Auseinandersetzungen in FDJ-Leitungsgremien und zur Umorientierung von Mitgliedern und Funktionären, deren Namen man später im westdeutschen Polit-Establishment wiederfand. Andererseits war in der aus KPD und SPD vereinigten SED der Wille zur Aufarbeitung der imperialistischen Kriegsschuld und zum antifaschistischen Neubeginn am konsequentesten. Dieser Geist des Zupackens und des alternativen Gestaltenwollens, die Entschlossenheit beim Entrümmern der Landschaften und Hirne wurde selbst für jenen Teil der Jugend anziehend, der sich zunächst nur zögerlich von dem eingepflanzten faschistischen Ideenbazillus lösen konnte. Die Suchenden

aufzunehmen, war ein unabweisliches Gebot des Neubeginns. Zu unterstellen, „eine Konsequenz dieses Nach-vorn-Blickens“ sei es gewesen, „auf eine substantielle geistige Auseinandersetzung mit der Jugend und den Inhalten des Nazismus (Rassismus, Nationalismus) für immer (sic!) weitgehend zu verzichten“ (Eberhard Aurich, 2019), ignoriert jenen Gutteil antifaschistischer Prägungen, den Bildungsarbeit in der DDR zu aller Zeit mit Erfolg anstrebte.

Mit der einmütigen Wahl Erich Honeckers zum Vorsitzenden fand auf dem I. Parlament der Gründungsprozeß der FDJ seinen Abschluß. In den Zentralrat wurden 62 Mitglieder aus der sowjetischen Besatzungszone gewählt. Da die drei westlichen Siegermächte den gesamtdeutschen Zusammenschluß der FDJ blockierten, wurden im Zentralrat 30 Plätze für die zukünftige Mitarbeit junger Westdeutscher freigehalten. Drei Monate nach ihrer Gründung waren der FDJ bereits 240 000 Jugendliche aus der sowjetischen Besatzungszone beigetreten – mehr als ein Zehntel der ostdeutschen Jugendlichen im Alter von 14 bis 25 Jahren. Anfang 1948 gehörten der FDJ dann schon über eine halbe Million Mitglieder an. Sie war zu einer einflußreichen Massenorganisation geworden. Jenseits der Elbe wurde die Arbeit der FDJ von den westalliierten Besatzungsmächten weiterhin nach Kräften behindert. In Ostdeutschland hatten FDJler engagiert beim Wiederaufbau geholfen, auf dem ersten Jungaktivistenkongreß in Zeitz über die Steigerung der Produktion beraten, sich auf sowjetische Traktoren gesetzt, um die Landwirtschaft zu effektivieren, eine Wasserleitung zur volkswirtschaftlich bedeutsamen „Maxhütte“ gebaut. Ihr wichtigstes mediales Podium fanden sie in der Zeitung „Junge Welt“, die seit dem 12. Februar 1947 erschien. Sie druckte erstmals das von Bertolt Brecht und Paul Dessau geschaffene „Aufbaulied der FDJ“. Dessen Aufforderung „Fort mit den Trümmern, und was Neues hingebaut!“ aus so prominenter Feder war ein veritabler Weckruf, beherzt anzupacken und der eigenen Kraft zu vertrauen. Denn: „Um uns selber müssen wir uns selber kümmern, und heraus gegen uns, wer sich traut!“ Offensiver ging's nicht.

Im Sommer 1947 besuchte eine FDJ-Abordnung unter Leitung von Erich Honecker als erste deutsche Jugenddelegation nach Kriegsende die Sowjetunion und präsentierte sich deren Völkern als Vertretung einer neuen, umdenkenden, antifaschistischen jungen Generation des einstigen Aggressors. Der „Friedensflug nach Osten“, der neben Moskau in das von den hitlerdeutschen Besatzern ausgehungerte Leningrad und nach Stalingrad, in die Wendestadt des Zweiten Weltkrieges, führte, war auch international stark beachtet worden. Die FDJ wurde in die Gemeinschaft der

demokratischen Weltjugend aufgenommen. So reisten im August 1949 bereits 750 Delegierte mit einem von Jungaktivisten des Reichsbahnausbesserungswerkes Dresden gebauten Zug zu den II. Weltfestspielen der Jugend und Studenten nach Budapest. Wochen später wurde die DDR gegründet. Stets verband die FDJ im Osten eine starke Solidarität mit ihren Gleichgesinnten im Westen, wo die FDJ 1951 von der Adenauer-Regierung verboten wurde. Neben der



Plakat zu den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten 1973 in Berlin

KPD und weiteren Friedenskräften hatte sie energischen Widerstand gegen die westdeutschen Remilitarisierungspläne geleistet. Bei 70 000 Befragungsaktionen hatten sich fast 95 Prozent der über sechs Millionen Kontaktierten gegen die Wiederbewaffnung und für den Abschluß eines Friedensvertrages ausgesprochen. Die sich als Teil der Friedensbewegung verstehenden Jugendverbände konnten sich also auf ein großes Verständnis in der westdeutschen Bevölkerung stützen, als sie im Mai 1952 zu einer Demonstration nach Essen riefen. Tausende junge Menschen waren gekommen. Die Polizei ging mit äußerster Brutalität vor und erschoss den 21jährigen Münchener Eisenbahner Philipp Müller, Gewerkschafter und Mitglied der KPD sowie der FDJ. In der DDR wurden nach ihm FDJ-Einrichtungen benannt, und Jugendkollektive gaben sich seinen Namen.

Die Geschichte der FDJ auf sozialistischem deutschem Boden zu erzählen oder gar all die Impulse nachzufühlen, die wohl die meisten DDR-Bürger durch den Jugendverband erhielten, überstiege die Fassung eines erinnernden Essays. Möge jeder seine eigenen Erinnerungen aufrufen und

seine Lebensgeschichte befragen, was er an „seiner“ FDJ besaß und auch, was ihm manchmal fehlte. Ich selbst hatte der noch reichlich im westdeutschen Konservatismus verhafteten Kirche Ade gesagt. War in Richtung FDJ ausgebüßt, weil ich sie als Frucht eines konsequenten antifaschistischen Wandels begriff. Sie war zum Zentrum der jungen Generation eines Landes geworden, das aus der Ausbeutungs- und Kriegslust des Imperialismus die richtigen Lehren gezogen hatte und wo die gesellschaftliche Wirklichkeit allen Kindern des Volkes gleiche Zukunftschancen eröffnete. Auch der FDJ-Gruß „Freundschaft“, wenn man seine Bedeutung vor die gelegentlich rituelle Benutzung stellte, hatte eine schöne Anmutung. Ich hörte Freunde und Lehrer, darunter Genossen, die Nazi-Torturen überlebt hatten oder aus dem Exil in den Osten Deutschlands zurückgekehrt waren, „Freundschaft, Hartmut!“ sagen, und es bedeutete mir viel.

Vier Jahrzehnte FDJ in der DDR, das war ein Geflecht von Möglichkeiten, sich am Aufbau der neuen Gesellschaft zu beteiligen. Politisch durch Mitsprache, wie sie durch mehrere Jugendgesetze, das erste war bereits 1950 von der Volkskammer beschlossen worden – oder durch das von Walter Ulbricht initiierte Jugendkommuniqué von 1963 angeregt und garantiert wurde. Auch hatte die FDJ eine eigene Fraktion in der Volkskammer. Sich ökonomisch einzureihen, gelang faktisch überall. In Jugendbrigaden, bei Altstoffsammlungen, als Neuerer in den „Messen der Meister von morgen“ oder in jungen Forscherkollektiven. Nicht zu vergessen die Jugendobjekte an Brennpunkten der Volkswirtschaft wie in Rostock, Schwedt, Buna, Sosa, Unterwellenborn, Trattendorf, Berlin oder in den Meliorationsgebieten. Oder denken wir an die ehrgeizigen Trassenprojekte zur Energieversorgung im RGW. Für das Leben, für Lehre, Studium und Beruf gut gerüstet durch ein international anerkanntes, polytechnisch orientiertes Bildungssystem, das bis in die höchsten Bildungsstufen hinein nicht nach dem Geldbeutel der Eltern fragte und keine PISA-Schelte zu befürchten gehabt hätte, schufen sich junge Leute ihre Zukunftsaussichten ohne soziale Not und Befürchtungen drohender Arbeitslosigkeit. Junge Familien genossen den Schutz und die Förderung des Staates. Kulturelle Horizonte erschlossen sich durch ein Netz von Jugendklubs, das sogar die Bedürfnisse der Schichtarbeiter berücksichtigte, durch Betätigungsmöglichkeiten in buchstäblich allen Genres der Kunst, darunter auch in Spitzenensembles wie dem FDJ-Sinfonieorchester der Hochschulen für Musik, durch z.T. erstklassige nationale und internationale Kunsterlebnisse zu erschwinglichen Preisen, aber auch durch vielfältige Begegnungen mit Künstlern und ihren Werken. Der nach dem Deutschlandtreffen 1964 fest installierte Sender DT64 bot junger Kunst, vor

allem auch aus dem Rock- und Pop-Bereich oder der Singebewegung, ein aktuelles Podium. Manche Songs, damals ins Ohr gesetzt, waren und blieben eine Schallfolie für das Lebensgefühl und die Gedankenwelt ihrer Hörer zu DDR-Zeiten. Die vom Jugendverband und dem Oktoberklub veranstalteten Festivals des politischen Liedes demonstrierten den internationalistischen Charakter der FDJ. In der Solidarität mit den um ihre nationale und soziale Befreiung kämpfenden Völkern spielte sie eine exponierte Rolle. Als Mitglied des WBDJ und des Internationalen Studentenbundes (ISB) nahm die FDJ seit Budapest nicht nur an allen Festivals der Jugend und Studenten teil, sondern richtete selbst die III. (1951) und X. Weltfestspiele (1973) in der DDR-Hauptstadt aus. 1970 beteiligte sie sich an der Weltjugendkonferenz der Vereinten Nationen in New York – zu einer Zeit, als die beiden deutschen Staaten noch gar keine UNO-Mitglieder waren. Seit 1964 hatte die FDJ ihre „Brigaden der Freundschaft“ – das waren Gruppen junger Entwicklungshelfer im Blauhemd – in über 15 Länder der Erde entsandt. Legendar war die Förderung des Breiten- und Spitzensportes in der DDR. Sie schuf nicht nur schöne Freizeiterlebnisse im Alltag, sondern machte die Begabtesten ohne Ansehen der elterlichen Finanzen zu Europa- und Weltmeistern. Noch heute kennt man deren Namen auf allen Kontinenten.

Das und manches mehr gehörte zum Spektrum der FDJ-Lebens. Viele von uns werden sich an ihren Teil daraus gern erinnern. Aber jedes souveräne Nachdenken über künftige Chancen einer freien deutschen Jugend zu Zeiten einer sozialistischen Renaissance gebietet auch eine kritische und selbstkritische Rückschau. Nicht selten wurde der FDJ-Alltag eben auch als ritualisiert, organisatorisch vorgegeben erlebt, nicht als spannendes Feld individueller Sinnsuche in einer geschichtlich neuen, potentiell zur Selbstverwirklichung herausfordernden Formation der Gesellschaft. Blauhemden wurden anlässlich übergestreift, Losungen kamen aus den Werkstätten der Agitationsmittelproduktion. Demonstrationsformen wie Fackelzüge waren irgendwann nur noch „alte Mode“, und Begriffe wie „FDJ-Aufgebot“ kitzelten keine jugendliche Zunge. Literarische und andere künstlerische Wortmeldungen junger Leute wurden nicht nach ihren Fingerzeigen auf Fehlentwicklungen und diskutablen Lösungsansätzen befragt, sondern nach ihrem Zustimmungsgrad zur Tagespolitik. Als gegen Ende der DDR Kritiken an der Arbeitsweise des Jugendverbandes lauter wurden, waren es Forderungen, die in vielen Bereichen der Gesellschaft, auch innerhalb der SED, erhoben wurden. Demokratiedefizite mußten abgebaut, Dialogschwäche bei der Begegnung mit Andersdenkenden ausmerzt werden (wobei auch die einst proklamierte Überparteilichkeit der FDJ wieder zur Sprache kam). Kritische Ideen, die erkennbar zur Optimierung der gesellschaftlichen Entwicklung beitragen wollten, sollten nicht länger

ausgegrenzt, sondern mit politischer Sensibilität aufgegriffen werden.

Die FDJ bemühte sich, darauf mit besorgten Zustandsbeschreibungen und Vorschlägen zu reagieren. Eberhard Aurich als 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ, Wilfried Poßner als Vorsitzender der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ sowie Gerd Schulz, Abteilungsleiter Jugend im ZK der SED, hatten, gestützt auf Erkenntnisse des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung, des Amtes für Jugendfragen beim Ministerrat der DDR und der Generaldirektion des Jugendreisebüros der FDJ „Jugendtourist“, eine Analyse über die unzufriedene Stimmung unter der Jugend erarbeitet. Sie schickten sie im Einverständnis mit Egon Krenz zur Behandlung im Politbüro am 9. Oktober 1989 direkt an Erich Honecker, der den Text empört als „größten Angriff der FDJ auf die Parteiführung seit 1949“ verwarf. Immerhin enthielt der Bericht Sätze wie: „Breite Kreise des FDJ-Aktivs und junge Genossen in der FDJ sind stark verunsichert, können sich vor allem viele Fragen unserer inneren Entwicklung und den Umgang damit durch die Partei- und Staatsführung nicht mehr erklären.“ Jochen Willerding, damals internationaler Sekretär des FDJ-Zentralrates und ich, schon ins Kulturministerium umgezogen, aber dem Zentralrat noch immer eng verbunden, teilten den Geist der FDJ-Vorlage. Auch hatte uns die krude Denkweise verstört, die Erich Honecker in einen ND-Kommentar zur Ausreisewelle von DDR-Bürgern hinein formuliert hatte. Die Flüchtlinge gen Westen hätten „sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Man sollte ihnen keine Träne nachweinen“. Wir fanden das

zynisch und forderten den Generalsekretär in einem gemeinsamen Brief auf, innerhalb der nächsten zwei Wochen eine Tagung des ZK einzuberufen, die die entstandene Lage mit gebotenem Ernst analysiert. Überdies hatte die FDJ-Zeitung „Junge Welt“ in ihrer Berichterstattung von den Feierlichkeiten zum 7. Oktober auf die üblichen Protokollbilder der Parteiführung verzichtet und dafür einen nachdenklich-kritischen Offenen Brief des Schriftstellers Hermann Kant veröffentlicht. Die FDJ wollte eine Debatte über die Zukunft der Gesellschaft und damit auch über ihre eigene anstoßen. Aber ihre Einsprüche kamen zu spät und drangen außerdem zu wenig an die Basis durch. Aus allem ist zu lernen. Wir müssen unsere Geschichte aus den Errungenschaften wie den Fehlern erklären. Und wir als ehemalige Funktionäre vornweg! Das sollte sich lohnen. Denn Nach-Denken, ganz im Wortsinn verstanden, kann dem Vorausdenken künftiger Möglichkeiten auf die Sprünge helfen. In dem Gesellschaftslabor Sozialismus ist uns aus äußeren und inneren Gründen ein dauerhafter Durchbruch noch versagt geblieben. Aber auf Zeiten folgen Zeiten. Warten wir die Zukunft ab! Tätig natürlich, kämpferisch, kraftgebende Erinnerungen im Kopf. Die Habenseite der FDJ bleibt ermutigend, ihre materiellen und ideellen Werte sind nicht erloschen. Von der Freien Deutschen Jugend, wie wir sie erlebt haben, ist ein Fundus zu erben, der Millionen junger Menschen etwas Aufrichtiges, Schönes, Bewahrenswertes für ihr Leben mitgegeben hat. Das Beste daraus stünde auch einer künftigen freien, sozialistischen Gesellschaft gut zu Gesicht.

Hartmut König

Glückwunsch zum 85.

Am 14. März vollendet der Vorsitzende der Gesellschaft für Rechtliche und Humanitäre Unterstützung (GRH)

RA Hans Bauer

aus Berlin sein 85. Lebensjahr.

Hans Bauer studierte nach Abitur und Militärdienst in der NVA Jura an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1966 wurde er zum Staatsanwalt ernannt, fünf Jahre später zur Generalstaatsanwaltschaft der DDR versetzt, bei der er bis zum Stellvertretenden Generalstaatsanwalt der DDR aufstieg. Von 1973 bis 1978 absolvierte er ein Fernstudium als Gesellschaftswissenschaftler an der Parteihochschule „Karl Marx“. Anfang der 80er Jahre wirkte er über lange Zeit als Regierungsberater in der Volksdemokratischen Republik Jemen.

Auch nach 1990 hat er sich als engagierter Kämpfer gegen pseudojuristisches Unrecht der BRD hoch verdient gemacht. Viele Jahre war er Mitglied des Vorstands des „RotFuchs“-Fördervereins.

Wir danken Dir, lieber Hans, für Dein unermüdliches Engagement in unseren Reihen, Dein aufklärerisches und kämpferisches Wirken zur Entlarvung von BRD-Unrecht und Willkür. Wir freuen uns, Dich mit Deiner menschlichen Wärme und stets uneigennützigen Hilfe fest an unserer Seite zu wissen.

Alles Gute und beste Gesundheit für die kommenden Jahre wünschen Dir

Redaktion und Vorstand

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Monat März 2026

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am Dienstag, dem 10. März, um 16.30 Uhr spricht der Vorsitzende des BSW Sachsen-Anhalt John Lucas Dittrich zum Thema: **Wohin geht der Weg des BSW?**

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am Freitag, dem 13. März, um 15 Uhr, spricht Dr. Joachim Seider zum Thema: **Der Faschismus zurück in Europa?**

Ort: Klub der Volkssolidarität „Oderblick“, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Gera/Altenburg

Am Sonnabend, dem 14. März, um 14 Uhr, laden „RotFuchs“-Förderverein, Freidenkerverband und ISOR ein.

Thema: **Sanktionen – Arsenal des Faustrechts?!** Es spricht Barbara Bodechtel, IPPNW, Ärzte zur Verhinderung eines Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung

Ort: Gaststätte Steinweg 1, 07545 Gera/Altenburg

■ Regionalgruppe Halle

Am Dienstag, dem 17. März, um 15 Uhr, spricht Rudenz Schramm, stellv. Landesvorsitzender des BSW, zur **Entwicklung und der Wahlprogrammatik des BSW in Sachsen-Anhalt.**

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Dresden

Am Dienstag, dem 17. März, um 17 Uhr, spricht Diplom Philosoph Siegfried Kretschmar zum Thema: **Das Aufkommen neofaschistischer Bewegungen und die Rolle der AfD**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Marzahn-Hellersdorf

Am Dienstag, dem 17. März, um 18 Uhr, sprechen die Friedensaktivisten Georg und Doris Pumphrey zum Thema: **Der Friedenskampf in den US-Kasernen. Ein Rückblick auf den Vietnamkrieg und Rückschlüsse für heute (unter Verwendung von historischem Filmmaterial)**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Leipzig

Am Mittwoch, dem 18. März, um 19 Uhr, stellt Dr. Hannes Hofbauer (Wien) sein neuestes Buch **„Aller Rechte beraubt. Mit außergerichtlichen Sanktionen zum autoritären Staat“** vor.

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04109 Leipzig
(Vorstellung auf der Leipziger Buchmesse)

■ Regionalgruppe Strausberg

Am Donnerstag, dem 19. März, um 15 Uhr, spricht Prof. Raina Zimmering, Professorin für soziokulturelle Transformationsforschung, zum Thema: **Analyse der gesellschaftlichen und politischen Situation in Venezuela und in Lateinamerika**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg.

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am Sonnabend, dem 21. März, um 10 Uhr, spricht Carsten Hanke, Präsident der Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität (GeFIS) in Rostock zum Thema: **Ist Venezuela Schaukampfplatz der multi-polaren Auseinandersetzung?**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Rostock

Am Sonnabend, dem 21. März, um 11 Uhr, ist Hartmut König, Journalist und Liedermacher, mit folgendem Thema zu Gast: **„Schön ist der Frieden, wenn du seiner sicher bist“** – Lieder und Lesung

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Etkar-André-Straße 53 A, 18069 Rostock-Reuthshagen

■ Regionalgruppe Treptow-Köpenick

Am Montag, dem 23. März, um 17 Uhr, spricht auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Regionalgruppe der GRH Dr. Joachim Seider zum Thema: **„Der Faschismus zurück in Europa?“**

Ort: Wahlkreisbüro der Partei Die Linke, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am Dienstag, dem 24. März, um 16.30 Uhr spricht Eckhard Hosung (Diplomlehrer für Sportgeschichte) über seine **3.800 km Friedensfahrt durch China**

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Cottbus

Am Sonnabend, dem 28. März, um 10 Uhr, hält Peter Müller, Freital (Sachsen) einen Lichtbildervortrag zum Thema **„Freundschaftsdelegationen besuchen Moskau“**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Bernau

Am Sonnabend, dem 28. März, um 15 Uhr, spricht Dr. Wolfram Adolphi (Potsdam), Journalist, Romanautor, Politikwissenschaftler, zum Thema: **Was kann/soll/muß Deutschland in der EU – und die EU in der Welt des Jahres 2026?**

Ort: Treff 23, Saal 3, Breitscheidstraße 43 A, 16321 Bernau bei Berlin

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats März!

Zum 99. Geburtstag

Kurt Heß (Plauen) am 2. März

Zum 97. Geburtstag

Werner Rothe (Schwielowsee) am 9. März

Zum 96. Geburtstag

Herbert Kühling (Weißenfels) am 28. März

Zum 95. Geburtstag

Thea Kleine (Berlin) am 26. März

Zum 92. Geburtstag

Helmut Braunschweig (Schorffheide) am 12. März
Gottfried Hamm (Penzlin) am 15. März

Zum 91. Geburtstag

Fritz Klinger (Neubrandenburg) am 3. März
Hannelore Streng (Berlin) am 21. März
Wolfgang Koch (Berlin) am 29. März

Zum 85. Geburtstag

Peter Bleyel (Tanne) am 9. März
Hans Bauer (Berlin) am 14. März
Jost Zempel (Olbernhau) am 23. März
Reinhard Peter (Magdeburg) am 30. März

Zum 80. Geburtstag

Jürgen Fleitmann (Zetel) am 7. März

Zum 75. Geburtstag

Ingolf Töle (Oranienburg) am 14. März

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Frieden gemeinsam schaffen

Konzert
Ernst-Busch-Chor Berlin

Gäste: Kinder- und Konzertchor
Canzonetta

Sonntag, 19. April 2026, 15.00 Uhr

Konzertsaal der Universität der
Künste Berlin
Hardenbergstraße/
Ecke Fasanenstraße
10623 Berlin

Ticket: 15 €
www.ernstbuschchorberlin.de
oder Mo-Fr: 030/9 71 23 17



Friedensbewegung stärken!

Heute nennt man es „Russophobie“. Damals war es Russenhaß, der sich aus dem Antikommunismus speiste, mit dem (nicht nur) die Deutschen aufwuchsen. Antikommunismus hat eine erschreckende Kontinuität, die gewissermaßen vererbt wurde und nie aufgehört hat, zu existieren und das Denken und Handeln vieler Menschen zu bestimmen. Er wird Tag für Tag neu befeuert. Das erfolgt natürlich zur „Stärkung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ und zur „Wahrung der Menschenrechte“. In der Realität wird das Grundgesetz jedoch kontinuierlich gebrochen, Menschenrechte im Interesse des Machterhalts des Kapitals eklatant verletzt. Denken wir nur an die Neuformulierung der Paragraphen 105 und 106 oder den Paragraphen 130 des Strafgesetzbuches der BRD. 60 % der Bevölkerung sind laut einer Umfrage der Friedrich-Nauemann-Stiftung bei Meinungsumfragen vorsichtiger, weil sie negative Konsequenzen befürchten. Finanzielle Repressionen (z. B. Kündigung oder Sperrung von Bankkonten, Verhinderung von Finanzdienstleistungen) gegen mißliebige Personen, Vereine und Organisationen haben zugenommen. Laut einer Studie des Allensbach-Institutes von Ende 2025 glauben 46 % der Befragten, daß politische Themen in diesem Land nicht offen diskutiert werden können. Traditionelle Musik aus dem Großen Vaterländischen Krieg der UdSSR gegen die faschistische deutsche Wehrmacht darf öffentlich nicht mehr gesungen oder intoniert werden. Fahnen der Russischen Föderation öffentlich zu zeigen wird unter Strafe gestellt. Der für die europäische Sicherheitsarchitektur wichtige Zwei-plus-Vier-Vertrag wurde zu Makulatur gemacht.

Die Deutschen hatten den Krieg verloren. Der Hauptgrund war der Sieg der „Roten“ über die deutsche Wehrmacht und die SS. Diesen verlorenen Krieg und den daraus resultierenden Verlust ehemals deutschen Territoriums, das dann auch noch „kommunistisch“ und damit der Herrschaft des Kapitals entzogen wurde, kann man den Russen nie verzeihen. Darüber kann auch die erstmalige Äußerung eines hohen

Funktionärs der BRD im Jahr 1985 (!) nicht hinwegtäuschen, der den Tag des verlorenen Krieges den „Tag der Befreiung“ nannte. Der Antikommunismus bleibt in diesem Land ungebrochen, auch wenn es Kommunismus in der Welt nie gab, da er leider bis 1990 in der Realität nur ein Ziel blieb. Auch in Rußland gibt es keinen Sozialismus mehr. Das Denken der Deutschen, insbesondere (aber bei weitem nicht nur) der Vertreter des deutschen Kapitals und ihrer politischen Handlanger, in bezug auf die „Russen“ hat sich jedoch nie verändert. „Die Russen“ waren, sind und bleiben die Feinde, solange das Kapital hier herrscht. Diese Maxime schadet dem Land enorm. Die Sanktionen gegen Rußland, denen sich die BRD vorbehaltlos anschloß, waren ein Bumerang für die deutsche Wirtschaft mit unabsehbaren Folgen, auch für die Bevölkerung, insbesondere den ärmeren Teil der Gesellschaft, der immer größer wird.

Völkerfreundschaft ist dem Kapitalismus nicht immanent. Hier gilt der Grundsatz, jeder gegen jeden. Konkurrenzkampf ist quasi das Bewegungsgesetz dieser Gesellschaft. Es reicht vom Verhalten des einzelnen Individuums bis zu dem von Staaten. Das spürt man auch im Umgang der Menschen miteinander. Häufig hört man von einstmaligen DDR-Bürgern, daß das menschliche, das solidarische Miteinander fast vollständig verloren gegangen ist.

Der Rüstungssektor ist heute die heilige Kuh, fast der einzige Wirtschaftszweig, in dem noch Maximalprofite zu erreichen sind. Die Zeche zahlt wie immer das Volk, der Steuerzahler. Und Hochrüstung ist ja notwendig und lebenswichtig für das Land, weil die Russen de facto schon vor Berlin stehen! Die Bundesregierung plant, 400 Tomahawk-Marschflugkörper (und drei mobile Typhon-Startsysteme) zu kaufen, eine Erstschlagswaffe mit einer Reichweite von bis zu 2500 km. Das läutet eine neue Ära in der deutschen Militärpolitik ein. Die USA dürfen neue, auch atomar bestückbare Mittelstreckenraketen auf deutschem Territorium stationieren.

Halten wir dagegen! Lassen wir das nicht zu! Stärken wir die Friedensbewegung und tragen wir dazu bei, daß sie geschlossen und geeint auftreten kann. Nur so wird es möglich sein, das Ende der Menschheit abzuwenden.

Bernd Gnant, Kühlungsborn

Wir brauchen Frieden mit Rußland und keinen Krieg!

Heute wird in Deutschland wieder die Kriegstrommel gerührt, um erneut gegen Rußland marschieren zu können. US-Präsident Trump will die Kontrolle über Grönlands Bodenschätze und die Arktis-Insel für den Aufbau eines „Raketenabwehrschirms“ nutzen. Die Bundesregierung will zur Abschreckung Rußlands eine stärkere

NATO-Präsenz in der Arktis. Da frage ich mich, was geht in den „Abschreckungsköpfen“ vor? Sie rücken dem russischen Bären aufs Fell und er soll Pfötchen geben? In diesen Köpfen zählen nur Wirtschaftsmacht, Bodenschätze und Krieg als letztes Mittel. So ein Irrsinn muß aufrütteln. Wir brauchen Frieden mit Rußland und keinen Krieg!

Ernst Jager, Panketal

Der eigenen Lebensinteressen bewußt werden!

Wer es ernst mit Demokratie und Freiheit meint, sich noch die Freiheit einer eigenen Meinung erlaubt, wird erkennen, wer diesen Krieg in der Ukraine schon 1990 im Blick hatte, wer gegen alle Sicherheitsinteressen Rußlands provokant handelte und wer die Ukraine auserwählt hat für die uralten Interessen der westlichen Welt, wer Revanche üben will für seine in den letzten beiden Weltkriegen erlittenen Niederlagen. Ist es so schwer, heute herauszufinden, wer gegen wen seine imperiale Macht mit Krieg zu erreichen gedenkt? Wie blind müssen jene sein, die nach zwei Weltkriegen, nach allen historischen Feldzügen gen Osten für Lebensraum und Reichtümer sich glauben machen lassen, der Russe sei schon immer und wieder auf Eroberung Europas und der Welt aus.

Doch wer hat sich denn schon immer des Völker- und des Russenhasses bedient, die Menschen auf ihre Schlachtfelder zu treiben? Wie können Völker, das deutsche im besonderen, sich einmal mehr dafür benutzen lassen, gegen ihre ureigensten Interessen, gegen ihre großen Gemeinsamkeiten, gegen ein friedliches Miteinander, friedlichen Handel und Wandel zum gemeinsamen Nutzen und Wohle zu handeln?

Wer soll dem Krieg und seinen Ursachen ein Ende bereiten, wenn nicht die Menschen selbst, die sich ihrer Lebensinteressen bewußt werden, die denen die Hand reichen, mit denen sie immer friedlich gelebt und gearbeitet haben und sich gegen jene wenden, die den Haß und Kriegswillen in ihr Volk, gegen andere Völker hineinragen. Diese haben Namen und Adresse. Wir sehen und hören sie auch ganz nahe bei uns, in den Parlamenten, den Medien, auf den Regierungsbänken und aus fast allen Parteien im Lande.

Seht und hört ihr sie immer noch nicht? Welche Friedenswilligen lassen sich den Krieg als Weg in den Frieden weismachen? Wir gedenken in diesem Jahr des 85. Jahrestages des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion. Dem voraus ging auch damals unbändiger Russenhaß in Sprache und Ausdruck, fast wortgleich wie heute. Wir erinnern uns des Handschlags an der Elbe vom 25. April 1945. Des Krieges müde, sich der vielen Millionen Opfer bewußt, reichten sich alliierte Soldaten die

Hand nach dem Sieg über die faschistischen Welteroberer. In Ost und West reichten alliierte Soldaten und Menschen den Deutschen die Hand, siegreich die einen und geschlagen die anderen.

Wir wissen in diesen Tagen, erfahren es schmerzlich und sehen es drohend, es ist kein dauerhafter Sieg gewesen. Der Geist von Torgau und vielerorts in den Kriegsländern hat die faschistischen Geister nicht aus allen Köpfen vertreiben können. Die Zeit hat nicht gereicht, den Gedanken der Befreiung über den der Niederlage siegen zu lassen. Die alten Geister sind auferstanden ...

Roland Winkler, Aue

Satirisch betrachtet

Es ist doch immer wieder beeindruckend, wie „kluge und alles genau wissende Bürger“ denen, die mit der aktuellen Geschichtsdarstellung in den Medien ihre Probleme haben, schnell und selbstsicher auf die Sprünge helfen können.

Bisher hatte ich angenommen, daß im Zuge der Übernahme der DDR durch die BRD der Sowjetunion versprochen wurde, die NATO nicht weiter nach Osten auszudehnen. Daß das von so manchen Politikern im Nachgang nicht mehr nachvollziehbar ist, habe ich verstanden. Jetzt scheint es aber so, als habe Rußland das irgendwie mißverstanden. Verwunderlich ist es allerdings, daß ihre Truppen heute, ohne auch nur einen Meter sich in Richtung Westen bewegt zu haben, an der Ostgrenze der NATO stehen. Ist doch klar, daß man sich da bedroht fühlen muß und 4000 deutsche Soldaten nebst Gerät in Litauen an der russischen Grenze stationiert. In der Ukraine hat man von Seiten der NATO alles unternommen, um einen Konflikt mit Rußland zu verhindern.

Nur aus diesem Grund haben allein die USA fünf Milliarden Dollar investiert, um eine ihnen genehme Regierung an die Macht zu bringen. Also Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes? So etwas macht doch kein friedliebender demokratischer Staat! Das kann nur russische Propaganda sein. Das Verbot der russischen Sprache, seiner Kultur und Denkmale einschließlich der russisch-orthodoxen Kirche war wohl auch nicht so ernst gemeint. Scheinbar hat man gar nicht verstanden, wieso sich die Gebiete im Osten des Landes so vehement dagegen gewehrt haben. 14 000 tote Ostukrainer kann man als Kollateralschaden betrachten. Ein Grund, deshalb Krieg zu führen, ist es bestimmt nicht. Und zu allem Überfluß hat Putin auch noch die Zerstörung von Nordstream 2 und Teilen von 1 angeordnet. Aber nicht, ohne vorher noch Joe Biden zu informieren, damit er Bundeskanzler Scholz auf neue Lieferwege für Gas und Öl aus den USA einstimmen konnte.

Was mir nach wie vor ein Rätsel ist, wie auch heute noch ein Bundeskanzler, der Außenminister, der Kriegsminister und andere Kriegsgeile unverfroren behaupten können, der Russe ist unser Feind und wenn er nicht in der Ukraine den Krieg verliert, wird er weiter bis Berlin marschieren. In den letzten etwas mehr als 200 Jahren versuchte stets der Westen, Rußland zu erobern. Also nur auf Grund der katastrophalen Niederlagen, mit denen man besonders in Deutschland schwer zu tun hat, wäre diese Feindschaft eventuell zu begründen. Daß das auch dieses Mal wieder anders ausgeht als erhofft und gewünscht, ist offensichtlich. Jetzt zeigt uns unser ehemals engster Verbündeter, wo der Hammer hängt. Aus diesem Grund dämmert es auch dem größten Russenhasser, ohne Rußland an der Seite hat Europa auf der Weltkarte nichts mehr zu bestellen.

Es wird spannend und interessant werden, mit welchen Wortkapriolen die Medien versuchen werden, diesen Wandel im Umgang mit Rußland der Bevölkerung schmackhaft zu machen.

Auf alle Fälle sitzt Rußland am längeren Hebel und Europa auf dem größten Schuldenberg seiner Geschichte!

Ralf Kaestner, Bützow

Haß auf Rußland – woher kommt er?

Viele Russen fragen sich, ob das, was sie von deutscher Seite wahrnehmen, wirklich die Meinung der Deutschen über Rußland ist. Wie ist so etwas möglich? Daß die Sowjetunion im 2. Weltkrieg mit ca. 27 Millionen Toten den höchsten Blut-zoll gezahlt hat, wird hierzulande großzügig unterschlagen.

Statt dessen wird aus allen Regierungskanälen und gleichgeschalteten Medienkanälen ein unerträglicher Russenhaß propagiert, der schon zur Normalität geworden ist. Ungeachtet der jahrhundertealten gemeinsamen Geschichte zwischen Rußland und Deutschland wird heute bewußt alles getan, auch noch die letzte wirtschaftliche wie kulturelle Brücke leichtfertig abzureißen.

Eine naheliegende Erklärung für den Ursprung des Russenhasses, der alles bisher Dagewesene sprengt, ist sicher die damalige Entscheidung Adenauers, sich aus Angst vor den Russen eng an die Amerikaner zu binden.

Diese Problematik des tödlichen Hasses auf die Sowjetunion und den Kommunismus wird in einem neu erschienenen Buch von Jochen Hellbeck „Ein Krieg wie kein anderer“ tiefgründig aufgearbeitet.

Der Autor geht der Frage nach, wie es möglich war, innerhalb kürzester Zeit ein ganzes Volk dermaßen zu indoktrinieren? Das Buch gibt eine klare Antwort.

Eine zentrale Stellung in der Hetzpropaganda Hitlers nimmt das systematische

Schüren von Angst unter der Bevölkerung vor den „jüdisch-bolschewistischen, asiatischen Horden“ ein. Und diese systematische Beeinflussung der gesamten Bevölkerung zeigte ihre verheerende Wirkung in einer allumfassenden Volksparanoia. Diese irrationale Angst vor den Kommunisten damals ist die Angst der Menschen heute.

Volker Büst, Kalbe

Gründungsmythos der Grünen begraben

Schon allein die Tatsache, daß die Ukraine und Rußland an einem Tisch sitzen und reden, läßt die Führungsfigur der Grünen, Frau Brantner, aufschrecken und immer neue, weiterreichendere Waffenlieferungen fordern. Der Gründungsmythos der damaligen Umweltpartei wurde schon mit dem völkerrechtswidrigen Überfall auf Jugoslawien nachhaltig ad absurdum geführt und die Parteifarbe Grün betreffs Ökologie / Frieden / Emanzipation pervertiert. Die wundersamen Wandlungen mancher Vorturner sind wohl nur mit den sich ergebenden Karrierechancen bei entsprechender Anpassung zu erklären, was zu häufigem Austritt bzw. zu Marginalisierung von verdienten Gründungsmitgliedern führte.

Die Parteiführung redet von Krieg gegen Rußland und dessen Ruinierung. Das unermeßliche Leid und der Tod von Millionen im 2. Weltkrieg scheinen vergessen.

Der US-Finanzminister Henry Morgenthau hatte 1946 gemeint, man müsse aus Deutschland einen reinen Agrarstaat machen und damit für alle Zukunft seine militärischen Ambitionen ausschließen. Aber Deutschland wurde wieder gebraucht, als neue Speerspitze gegen die Sowjetunion, und im Land der Dichter und Denker wurde ab 1956 wieder fleißig aufgerüstet. Franz Josef Strauß drohte im Bundestag: „Wenn es wieder einen Fall gibt, dann den Fall Rot!“ Nach der „friedlichen Übernahme“ der DDR 1990 war Deutschland wieder stark und mischte sich bis hin zum Hindukusch mit deutschen Qualitätswaffen erneut ins Weltgeschehen ein. Es bleibt nur zu hoffen, daß die nächste Generation sich nicht mehr von patriotischem Geschwafel bis zur Pflege des Feindbildes Rußland zum Wohle der Rüstungsaktionäre blenden und verheizen läßt.

Richard Jawurek, Markkleeberg

Die Flammen der Kriegsfackeln löschen!

Gespannt erwartete ich die erste RF-Ausgabe des neuen Jahres. Das Heft entspricht inhaltlich der hohen Qualität, um die sich Herausgeber und Schreiber (Autorenkreis, Leserbrief-Meinungen) seit vielen Jahren

erfolgreich bemühen. Dafür meinen herzlichen Dank.

Der Leserbrief von Peter Truppel „Der verdammte Krieg“ im Januar-Heft hat mich außerordentlich beeindruckt. Da ich zehn Jahre jünger bin als er, habe ich zum Glück seine Erfahrungen im „großen Krieg“ nicht machen müssen. Allerdings habe ich ab 1956 die von ihm geschilderte Entwicklung in meinem Heimatland, der DDR, immer verstehender miterlebt. Für mich war die DDR trotz ihrer Mängel und auch vorgekommenen Unrechts - deshalb aber kein Unrechtsstaat! - das bessere Deutschland.

Besonders aus aktuellem Geschehen widmet Peter Truppel der Kriegsgefahr, evtl. sogar eines Atomkrieges, große Teile des Leserbriefes. Wirklich emotional lesen sich seine Zeilen, in denen er aufruft: „Kämpft mit allen Mitteln gegen diese Kriegstreiber!“ Beeindruckt haben mich seine Worte: „Mich plagen Selbstvorwürfe. Habe ich wirklich alles getan, um dies zu verhindern?“

So wie er stelle auch ich mir selbst solche Fragen und muß die Antwort darauf offenlassen.

Auf jeden Fall wird sein Leserbrief Antrieb sein, um weiter mitzuhelfen, „... die Flammen der Kriegsfackeln zu löschen, bevor sie einen großen Weltenbrand entzünden“.

Reinhardt Koblichke, Aschersleben

BRD – nicht mein Staat

Der Artikel von Dr. sc. jur. Heinz Günther in der Januar-Ausgabe des RF ist sehr interessant. Ich kann ihm nur voll zustimmen. Ich persönlich habe von 1982 bis 1989 bei der HA VI, Drewitz PKE, gearbeitet und gedient. Ich wurde damals als Leutnant entlassen. Wir haben allen Linien, vor allem aber den Linien VIII, IX, HV A zugearbeitet. Drewitz war die größte Grenzübergangsstelle in Europa. Es war immens wichtig, den Personenverkehr innerhalb der DDR und auf Transit unter Kontrolle zu haben. Die DDR war mein Staat, die BRD ist es nicht.

Frank Sterzinger, Königs Wusterhausen

Dank an RotFuchs

Vielen Dank für die Zusendung der RF-Ausgaben Januar und Februar 2026, die ich wie stets mit größtem Interesse gelesen habe. Es ist für mich sehr angenehm, dezidiert politisch linke Meinungen zu erfahren, womit der herrschende Mainstream-Journalismus einen Gegen-Diskurs erfährt. Ich bin zum Beispiel immer wieder erstaunt, wie viele Falschaussagen über die DDR existieren.

Hendrik Franz, Saarbrücken

„Der lachende Mann“

Mein Dank gilt Ralph Dobrawa, der in seinem Beitrag (Februar-RF) das seinerzeitige Interview von Walter Heynowski und Gerhard Scheumann mit „Kongo-Müller“ in unsere Erinnerung geholt hat. Dieses Interview war eine Sternstunde des DDR-Journalismus. Ich habe die Sendung vor 60 Jahren im Fernsehen gesehen und war entsetzt über die Aussagen dieses Söldners, zugleich aber auch stolz auf die Leistung der beiden DDR-Dokumentaristen. Noch heute sehe ich „Kongo-Müller“ mit seiner Tarnuniform grinsend im Sessel „fläzen“ und wie er sich seiner Bedeutung bewußt war. Doch je öfter er das Glas zum Mund führte, um so redseliger wurde er und um so mehr hatte er es verdient, so entlarvt zu werden. Daß er in der Bundesrepublik für seine Verbrechen nicht zur Verantwortung gezogen wurde, wirft ein bezeichnendes Licht auf die bundesdeutsche Justiz, in deren höchsten Ämtern noch Männer saßen, die dem Faschismus nicht abgeschworen hatten. Im „Braunbuch“ der DDR erschienen viele Namen.

Sehr interessant fand ich auch den Beitrag „Trump und Xi im Schlagabtausch“ von Felix Bendix im selben Heft. Dadurch ist jeder in der Lage, die Argumente zu vergleichen und seine eigenen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Waltraud Käß, Berlin

Kleiner Nachtrag

Meinen im Februar-RF veröffentlichten Beitrag Grenzübergangsstelle Check-Point „Charlie“ habe ich meinem Mitkämpfer Horst Scholz gewidmet.

Dazu sei ein kleiner ergänzender Nachtrag gestattet:

Horst Scholz, der 1967 an die Grenzübergangsstelle versetzt wurde, um beim Aufbau neuer Strukturen zu helfen, war dort unterbrochen bis zum 31. Dezember 1989 als Leiter der PKE tätig. Gemeinsam mit seinen mehr als 100 Mitarbeitern gelang es, alle Provokationen zu entschärfen, Zwischenfälle mit polizeilichen Mitteln – ausschließlich Schußwaffenanwendung, worauf alle sehr stolz waren – zu klären und sämtliche Versuche unerlaubter Ein- oder Ausreisen abzuwehren. Das war nicht einfach, denn das setzte ein hohes Maß an Wissen voraus, alle Dokumente mußten auf Sicht erkannt werden, denn Diplomaten und Alliierte durften nicht kontrolliert werden. So kannten die Kontrolleure alle in Frage kommenden diplomatischen Kennzeichen und wußten, welche Personen sie nutzten. Das war nach der Anerkennungswelle der DDR nach 1971 eine wahre Sisyphusaufgabe, die alle Beteiligten hervorragend bewältigten, wie Horst mir erklärte.

Er selbst stammte aus proletarischem Milieu. An seinem 80. Geburtstag 2009 erzählte er: „Als viertes Kind wurde ich am 16.11.1912 mitten in die von der Wallstreet ausgelösten Weltwirtschaftskrise

hineingeboren. In Deutschland gab es fast fünf Millionen Arbeitslose, ebenso viele Wähler, ca. 13 %, hatten die Partei Ernst Thälmanns gewählt. Mein Vater, Paul Oswald Scholz als Langholzkutscher wurde arbeitslos und sein Vaterhaus, 1904 abgebrannt, unter Mühen aufgebaut, ist für einen Apfel und ein Ei an einen Berliner Kapitalisten verkauft worden. Im November 1929 ging mein Vater mit meiner hochschwangeren Mutter, Frida Lina Scholz aus dem Schlesischen nach Riesa, der Flick'schen Stahlarbeiterstadt. Meine älteren Brüder fraß der Krieg.“ Horst schwor sich, dafür zu arbeiten, daß es nie wieder Krieg geben sollte und verpflichtete sich bei den bewaffneten Organen der DDR, die Friedenserhaltung auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Mit der Rückwende 1989 schied er als Oberstleutnant aus den bewaffneten Organen aus. Er starb 2024.

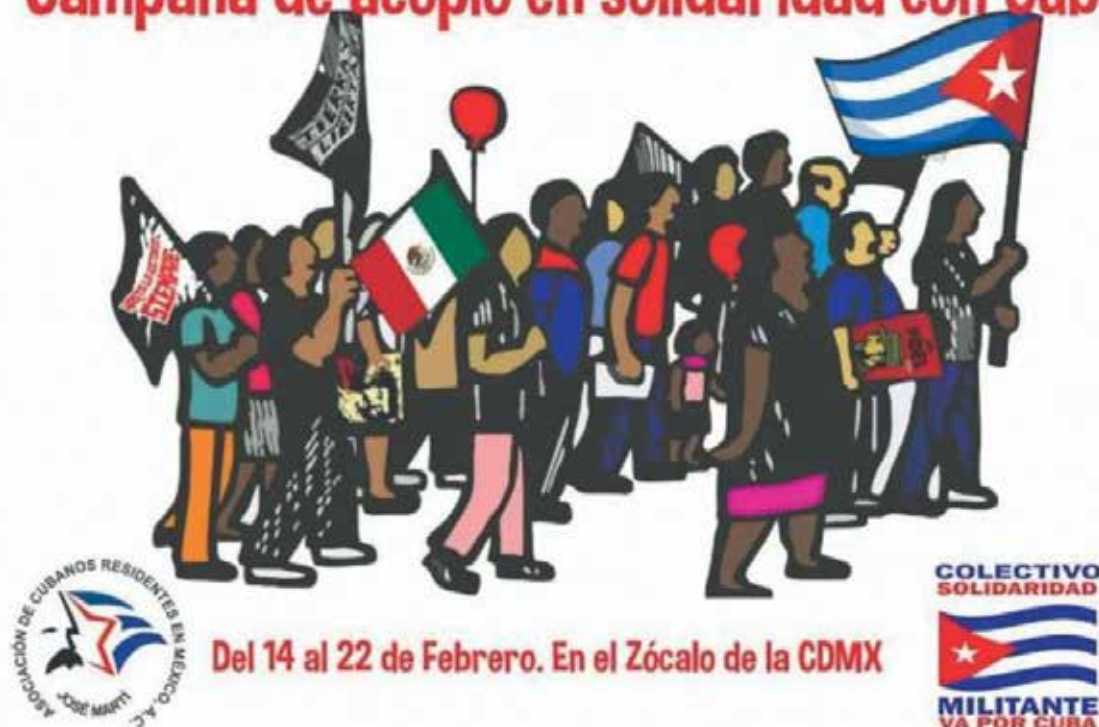
Uli Jeschke, Chorin

Rente um einen zweistelligen Millionen Betrag „gekürzt“

Nach dem Grundgesetz Artikel 3 sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich. Das ist scheinbar nicht in jedem Fall so! Nach der „Pflege-Beitragssatz-Anpassungsverordnung 2025 vom 20.12.2024“ vom Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz und dem Bundesamt für Justiz wurde nach § 1 Absatz 1 der Beitragssatz für die soziale Pflegeversicherung zum 1. Januar 2025 auf 3,6 % festgesetzt. Das funktionierte auch von Beginn des Jahres an für die Berechnung aller Arbeitnehmer durch Lohnbüros und Steuerkanzleien sowie für Leistungsbezieher durch die Bundesagentur für Arbeit / Jobcenter. Nur bei der Deutschen Rentenversicherung sah man angeblich erheblichen technischen Aufwand für die Umsetzung für die Rentner und die im Absatz 2 im § 1 formulierte Anhebung von Januar bis Juni 2025, was in der Weise abgegolten werden soll, daß der Beitrag im Monat Juli 2025 einmalig 4,8 Prozent der im Juli 2025 beitragspflichtigen Rente beträgt. Damit wurde nicht die in den Monaten Januar bis Juni 2025 gezahlte Rente für die Beitragsabführung herangezogen (wie nach Abs. 1 bei den Arbeitnehmern u.a.), sondern die im Juli um 3,74 % erhöhte Rente für die 4,8 Prozent zur Grundlage gemacht. Somit hat die Deutsche Rentenversicherung die 21 Mio. Rentner um einen zweistelligen Millionen Betrag „gekürzt“. Und dem hat der Bundesrat zugestimmt! Da stellt sich die Frage, wo sind hier die Menschen vor dem Gesetz gleich? Bleibt also abzuwarten, wie die Bundesrichter dies sehen. Andererseits hat der Staats-Konzern im Widerspruchsverfahren mehrere Bittschreiben zur Rücknahme der Widersprüche verschickt, jedenfalls gab es hier keinen erheblichen technischen Aufwand.

Wolfgang Mey, Berlin

De Pueblo a Pueblo, Acabemos con el Bloqueo
Campaña de acopio en solidaridad con Cuba



Die Kampagne „Von Volk zu Volk: Laßt uns die Blockade beenden“, initiiert vom Solidaritätskollektiv „Va por Cuba“ und dem Verband der kubanischen Bürger in Mexiko „José Martí“ sammelte ab 14. Februar in Mexico-Stadt Hilfsgüter für Kuba

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
 Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
 Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
 Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
 Tel. 0157 - 524 461 43
 E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH
Herstellung: Evertz Papier Berlin GmbH

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für das April-Heft
 ist der 27.2.2026

ISSN (Print) 2628-7900
 ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
 Dr. Matin Baraki
 Ralph Dobrawa
 Dr. Peter Elz
 Peter Franz
 Dr. h.c. Gerhard Giese
 Georges Hallermayer
 Dr. Ralf Hohmann
 Lutz Jahoda
 Rico Jalowietzki
 Uli Jeschke

Dr. Hans-Jürgen Joseph
 Prof. Dr. Anton Latzo
 Dr. Holger Michael
 Reiner Neubert
 Horst Neumann
 Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
 Hans Schoenefeldt
 Dr. Joachim Seider
 Johann Weber
 Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
 Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
 12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
 vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
 10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
 WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
 Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
 Mail: parakeninks@rotfuchs.net
 Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
 IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
 BIC: BELADEBEXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.